Rainer Gehrke: Der Kapp-Putsch 1920 in Preetz

Es ist nicht ganz einfach, die Ereignisse in Preetz im März 1920 zu rekonstruieren, geschweige denn sich darüber ein differenziertes Urteil zu bilden. Die sonst hilfreiche Preetzer Zeitung fällt als Quelle weitgehend aus, da sie auf Grund des in Preetz am 14. März 1920 ausgerufenen und bis zum 21. des Monats andauernden Generalstreiks nicht erschienen ist. Die Nachrichten vom Putsch in Berlin hatten die Preetzer aber noch durch die Ausgaben der Preetzer Zeitung und der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung vom 13.3. erreicht. Die Zensuren durch die Marinestation der Ostsee und Putschisten der ersten Stunde, tituliert als „Militärbefehlshaber des Gouvernementsbereichs Kiel", von Levetzow, hatte am Morgen des ersten Putschtages noch nicht gegriffen. Die Preetzer Zeitung hatte die Nachrichten des Wolffschen Telegraphenbüros unter der Überschrift „Neueste Nachrichten. Gegenrevolution in Berlin" wie so oft kommentarlos als halbamtliche Meldung abgedruckt. Auf der ersten Seite ihrer Zeitung konnten die PretzerInnen dann lesen: „Die bisherige Regierung hat aufgehört zu sein. Die Staatsgewalt ist auf den Generallandschaftsdirektor von Kapp als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident übergeben […] Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet. Die Nationalversammlung und die Preußische Landesversammlung wurden aufgelöst." Aber auch gleich danach: „Die sozialistischen Parteien proklamierten den Generalstreik."[1] In der von der Arbeiterschaft von Preetz viel gelesenen Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung (SHVZ) war auf der Titelseite die erste Verlautbarung von Levetzows abgedruckt, in der es hieß: „Alle Versammlungen in geschlossenen Räumen und auf Plätzen sowie Umzüge und Ansammlungen von Menschenmengen auf den Straßen und die Herstellung von Flugblätter irgendwelcher Art verbiete ich."[2] Daneben wird aber auch hier der gemeinsame Streikaufruf der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und des Parteivorstandes der SPD abgedruckt. Auch die Redaktion der SHVZ ruft zur Anwendung der „Waffe, die schärfer ist als alle Mordwerkzeuge"[3], auf. Was dann in Preetz geschah, soll im Folgenden dargestellt werden.

1. Auftakt und Verlauf. Wahrscheinlich noch am Sonnabendvormittag tauchte als „Kreisvertrauensmann"[4] der Putschregierung in Berlin der Nervenarzt Dr. Otto Jaspersen, der in der Nachbargemeinde von Preetz, Schellhorn, seit 1895 eine medizinische Heilanstalt betrieb, in Preetz auf. Dessen Auftritt beschreibt Peter Pauselius so: „Alte Preetzer erinnern sich noch, dass er (Otto Jaspersen, R. G.) mit einer Pistole in der Hand auf den Stufen des Hauses Möller[5] am Markt stehend die Menschen in Schach hielt."[6] Und ein Mitglied der weitverzweigten Familie Jaspersen, Gerd Jaspersen, schildert das Geschehen ähnlich: „Nahe bei Preetz wohnte ein entfernter Verwandter mit Namen Otto Jaspersen […] Er schwang

1 PZ v. 13.3. 1920
2 Schleswig-Holsteinische Volkszeitung (im Folgenden: SHVZ) Nr. 62 v. 13.3.1920.
3 Ebenda.
4 Bezeichnung durch Landrat Kiepert, dem gegenüber sich Jaspersen aber auch als „Militärbefehlshaber des Kreises" bezeichnet hatte. Vgl. Bericht Kieperts an das Oberpräsidium v. 24.3.1920, LAS 301 Nr. 4457.
5 Heute Markt Nr. 14.
6 Peter Pauselius, Preetz unter dem Hakenkreuz, Großbarkau 2001, S. 14f. Dem Autor ist von der Zeitzeugin Olga Brede, die gegenüber der Heilanstalt wohnte und Jaspersen von Ansehen genau kannte, glaubhaft versichert worden, dass sie seinen Auftritt persönlich beobachtet hat.

Bild rechts:
Otto Jaspersen (1863-1926),
(Foto: Stadtarchiv Preetz)

sich zum Führer des sog. Kapp-Putsches auf, kam mit einer Pistole in die Bürgermeisterei und meinte regieren zu müssen."[7] Am nächsten Tag, Sonntag, den 14. März, wurde auf einer großen Versammlung der Generalstreik in der Stadt proklamiert.[8] Die genaue Zusammensetzung dieser Versammlung kennen wir nicht, aber wir können annehmen, dass ähnlich wie zu Beginn der Revolution im November 1918, an dieser Versammlung Vertreter der drei örtlichen Arbeiterparteien sowie des Gewerkschaftskartells teilgenommen haben, denn schon am Tag zuvor war ein gemeinsamer Aktionsausschuss der Ortsgruppen der MSPD, USPD und der KPD gebildet worden, der den Widerstand gegen die Putschisten in der Stadt organisieren sollte. Dazu war es notwendig, auch bewaffnete Kräfte gegen Jaspersen und die von ihm befehligten Reichswehrsoldaten ins Feld führen zu können. So wurde schon am ersten Putschtag eine Arbeiterwehr aufgestellt, der sich Mitglieder und Anhänger aller drei Arbeiterparteien zur Verfügung stellten. Zusätzlich motiviert wurde der Widerstand der Arbeiter gegen die Übergriffe Jaspersens und seiner Truppe sicher auch dadurch, dass spätestens am Sonnabendabend in Preetz, wahrscheinlich durch mit dem Pendlerzug aus den Betrieben in Kiel zurückkehrende Werftarbeiter einer ihrer Kollegen, der Arbeiter Karl Keidel, bei Kämpfen mit Marinesoldaten auf der Reichswerft durch einen Kopfschuss getötet worden war.[9] Noch am selben Abend requirierte der Aktionsausschuss acht Infanteriegewehre „Modell 98" aus den Beständen des Preetzer Kriegervereins.[10] Diese Bewaffnung war offensichtlich eine Reaktion auf das Vorgehen Jaspersens, dem, obwohl Preetz keine Garnisonsstadt war, Soldaten und weitere bewaffnete Anhänger, wie wir noch sehen werden, zur Verfügung standen. Es befand sich auch immer noch eine Sicherheitswache von 15 Mann für die Marinekartoffellager am Bahnhof in der Stadt, die seit April 1919 von der Kieler Sicherheitswehr gestellt wurde und von der nicht klar war, ob sie sich Jaspersen unterstellen würde. Außerdem standen Jaspersen zeitweise Reichswehrsoldaten aus Eutin zur Verfügung und er erhielt Schützenhilfe, wie wir noch sehen werden, von bewaffneten Seminaristen des Predigerseminars in Preetz.

Landrat Max Kiepert, wurde nach eigenen Angaben, zur Vermittlung zwischen der Arbeiterschaft und Stadtvertretern von Preetz einerseits und dem „Kreisvertrauensmann" der Putschregierung andererseits am Dienstag, dem 16. 3., angesichts der Lage nach Preetz gerufen wurde, „wo sich eine Festung von Kapp-Anhängern gebildet hatte"[11]. „Außerdem fand sich ein Offizier ein, welcher 21 Soldaten der Reichswehr ohne unsere(!) Veranlassung von Eutin nach Preetz geführt hatte und dort auf weitere Befehle wartete."[12] In diesen Verhandlungen wurde die Stadt vom stellvertretenden Bürgermeister und beigeordneten Stadtrat August Nothdurft (MSPD)[13] sowie weiteren Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung vertreten. Kiepert gibt in seinem Bericht für das Oberpräsidium an, dass er von den Stadtvertretern gebeten worden sei, das Militär sofort wieder wegzuschicken, was er auch getan habe.[14]

7 Gerd Jaspersen, Schicksalsjahre in Deutschland, Heide 1994, S. 41.
8 Vgl. PZ v. 22.3.1920.
9 Vgl. PZ v. 22.3.1920 u. Kirchenchronik, S.191; zu Karl Keidel s. weiter unten.
10 Handschriftliche Notiz von Bürgermeister Krug in einer Bestandsmeldung vom 11.5.1920: „Die in der Übersicht vom 12.2. ausgewiesenen 8 Gewehre Modell 98 befinden sich seit dem 13 3. (im) Besitz des Aktionsausschusses, SAP Nr. 514.
11 Max Kiepert, Die Arbeit des Landrats. Von der Kriegs- und Revolutionszeit über Kapp-Putsch, Inflation und Wirtschaftskrise zu Adolf Hitler (im Folgenden: Kiepert, Landrat), Berlin 1935, S. 127.
12 Entlastungsschreiben Max Kieperts an das Oberpräsidium und das Innenministerium v. 24.3.1920 (im Folgenden: Entlastungsschreiben Kiepert), S. 5 (eig. Pag.). LAS 301 Nr. 4457. Max Kiepert war zu dieser Stellungnahme gezwungen, weil er beschuldigt worden war, Aufrufe der Kapp-Regierung weitergeleitet und gegen streikende Arbeiter vorgegangen zu sein. Er wurde von dem zeitweiligen Regierungspräsidenten Eduard Adler am 21.3. suspendiert und musste sich vor dem Untersuchungsausschuss beim Oberpräsidium rechtfertigen. Er wurde, auch wegen der geschickten Verteidigung in diesem Brief, freigesprochen und schon am 19.5. wieder in sein Amt eingesetzt, vgl. ebenda.
13 Bürgermeister Krug war seit dem 12.3.1920 in Urlaub.
14 Vgl. Entlastungsschreiben Kiepert, S. 5.

Bild rechts:
August Nothdurft (1876-1926),
(Foto: Stadtarchiv Preetz)

Wer das Militär angefordert hatte, bleibt unklar, aber es liegt nahe, dass es, wenn Kiepert den Marschbefehl nicht gegeben hatte, auf Veranlassung von Jaspersen nach Preetz beordert worden war. „Sie beschwerten sich bitter über das Verhalten des Sanitätsrats Jaspersen, der mit seinen Bewaffneten die Stadt wiederholt stark beunruhigt habe.“[15] Landrat Kiepert hat sich dann, laut Eingabe an das Oberpräsidium, mit den Vertretern der Stadt Preetz dahingehend verständigt, „dass der Sanitätsrat Jaspersen ersucht werden sollte, den Boden von Preetz nicht mehr zu betreten.“[16] Schon am Tag zuvor hatte August Nothdurft – Bürgermeister Krug war seit dem 12.3. in Urlaub – eine außerordentliche Magistratssitzung einberufen. Außer ihm waren allerdings nur die bürgerlichen Stadträte Donath und Oldenburg anwesend. Und der wesentliche Beschluss lautete schon da: „Sanitätsrat Jaspersen ist zu ersuchen, sich nach Möglichkeit aus der Stadt Preetz fernzuhalten, solange Ruhe und Ordnung bestehen.“[17] Kiepert tut also so, als ob die Aufforderung an Jaspersen unter seiner Mitwirkung zustande gekommen sei. Dabei hat er sich dieser eher angeschlossen. Diese eher defensiven Formulierungen mitsamt der Einschränkung am Schluss des Magistratsbeschlusses waren dem Anlass wirklich nicht angemessen. Was wäre denn gewesen, wenn „Ruhe und Ordnung“ nicht hätten hergestellt werden können? Hätte dann Jaspersen wieder in Preetz einmarschieren dürfen? Und wie hätte man denn den Beschluss durchsetzen können, ohne regierungstreue Einwohnerwehr? Nur die Arbeiterwehr konnte jetzt verhindern, dass Jaspersen wieder in der Stadt auftauchte. Eine eindeutige Verurteilung des Putsches sucht man im Protokoll der Sitzung des Rumpfmagistrats (Krug und H. Peters, MSPD, waren die übrigen Mitglieder) am Montagmorgen übrigens vergeblich. Inzwischen versuchte ein Teil der aus Eutin herbeigerufenen Reichswehrsoldaten die im Auftrag der Putschregierung vom Reichswehrbrigadekommando 9 unter von Lettow-Vorbeck, dessen Zuständigkeitsbereich auch Schleswig-Holstein und Hamburg umfasste, verhängte Zensur und das entsprechenden Druckverbot durchzusetzen. J. M. Hansen, der Besitzer und Herausgeber der Preetzer Zeitung, berichtet 1928 über das Eindringen von Soldaten, vermutlich auch am gleichen Montagmorgen, in seine Druckerei, das er als ein „eigenartiges, tragikomisches persönliches Erlebnis“ bezeichnet. Er habe zusammen mit zwei Lehrlingen, die er offenbar trotz des ausgerufenen Streiks zur Mitarbeit hatte bewegen können, begonnen an der Maschine einen Aufruf der Regierung Ebert-Bauer zu setzen: „Während ich beim Setzen war, drang ein Unteroffizier mit vier bewaffneten Soldaten in das Druckereigebäude ein und forderte in dem allbekannten ‘höflichen’ Unteroffizierton auf, die Arbeit sofort einzustellen.“ Zur Rechtfertigung für die Veröffentlichung des Aufrufs berief sich Hansen dann auf eine Vereinbarung zwischen der Kreisverwaltung Plön und den regionalen Zeitungen, die sogar unter Zensurbedingungen während des 1. Weltkrieges gegolten hatte. Die Mitteilungen des halbamtlichen Wolffschen Telegraphenbüros (WTB) hätten auch während des Krieges, ohne einer Zensurbehörde

15 Ebenda, S. 5.
16 Ebenda, S. 5.
17 Magistratsprotokoll v. 15. 3. 1920, Stadtarchiv Preetz (im Folgenden: SAP) Nr. 231.

vorgelegt zu werden, veröffentlicht werden dürfen. Durch ein Telefonat mit dem Landratsamt in Plön sei ihm die Gültigkeit dieser Vereinbarung bestätigt worden. Aber „der Vertrauensmann der neuen Regierung, Dr. Jaspersen", lehnte seine Zustimmung zu der Vereinbarung „strikte" ab. „Ich machte den Herrn (den Unteroffizier, R.G.) darauf aufmerksam, dass es sich um einen Aufruf des Reichspräsidenten Ebert handelte, der sofort zur Kenntnis des Publikums gebracht werden müsste", berichtet Hansen weiter, „aber er scherte sich den Teufel um den Reichspräsidenten, er erklärte, wenn wir nicht sofort die Arbeit einstellten, machte er darauf aufmerksam, dass er vier Soldaten mit geladenen Gewehren mitgebracht hatte und ich die Folgen eines weiteren Arbeitens zu tragen hätte […] So mussten alle eingegangenen Mitteilungen zur Zensur vorgelegt werden, die den größten Teil der Berichte rücksichtslos strich, weshalb wir auch wegen des strikte durchgeführten Streiks die Zeitung in diesen Tagen nur in Fragmenten erscheinen lassen konnten."[18] Vor dem Druckereigebäude in der Bahnhofstraße sei es dann zu einer Menschenansammlung gekommen und er habe dann den amtierenden stellvertretenden Bürgermeister Nothdurft getroffen. Als dieser von dem Aufruf der Regierung Ebert erfahren habe, habe er verfügt, den Aufruf sofort zu veröffentlichen. Kurze Zeit später sei dieser aber mit dem Stadtverordnetenvorsteher Damm zurückgekommen und beide hätten ihn ersucht, „die Sache nicht an die große Glocke zu hängen."[19] Daraufhin hätte er das Setzen endgültig eingestellt. Dann wurde das Druckereigebäude, nach Angaben von Hansen, noch nach Waffen durchsucht, wozu auf Grund einer Verfügung von Eduard Adler, dem zu diesem Zeitpunkt amtierenden Regierungspräsidenten, die Soldaten kein Recht gehabt hätten. Die Soldaten, die das Erscheinen der Preetzer Zeitung verhinderten, handelten ganz im Sinne der Anordnungen des Chefs des Reichswehrgruppenkommandos 9 in Schwerin, von Lettow-Vorbeck, der sich gleich zu Beginn des Putsches auf die Seite von Kapp und von Lüttwitz geschlagen und die Regierung in Schwerin abgesetzt hatte. Er hatte das Versammlungsverbot und das Verbot jeglichen Telefon- und Telegrafenverkehrs der Putschregierung schon am 13.3. an das Oberpräsidium in Kiel weitergeleitet und auch eine Anordnung von Lüttwitz übermittelt, in der es hieß: „Alle Kundgebungen der Regierung Ebert-Bauer sind unter allen Umständen zu verhindern – Drucksachen zu beschlagnahmen – Verteiler zu verhaften – Druckereien zu schließen – Maschinen unbrauchbar zu machen."[20] Am 17. März, also dem Tag des Rücktritts von Kapp und Lüttwitz versuchte Lettow-Vorbeck noch Standgerichte einzusetzen, die die seit der Verordnung der Kapp-Lüttwitz-Regierung vom 15. März mit dem Tode bedrohten Streikposten aburteilen sollten.[21] Leichtsinnig war allerdings in diesem Zusammenhang auch der Magistratsbeschluss, ebenfalls vom Montagmorgen, dass die vom Landratsamt übermittelten Verlautbarungen und Plakate weiterhin ausgehängt werden sollten.[22] Es war überhaupt nicht sicher, dass über das Landratsamt nicht Veröffentlichungen der Putschregierung weitergegeben wür-

18 Zitate aus: J. M. Hansen, Aus dem Inhalt der Preetzer Zeitung (Preetzer Wochenblatt) der verflossenen 100 Jahre, o. J. (1928), S. 95 ff, teilweise wieder abgedruckt in: W. Rönnau/J. M. Hansen, Preetz im Spiegel seiner Heimatzeitung 1928-1945, Preetz 1970.

19 Ebenda, S. 96. Da keine Ausgaben bzw. Notausgaben der Preetzer Zeitung aus der Putschwoche existieren, ist anzunehmen, dass Nachrichten des WTB, die die Zensur passiert hatten oder im Sinne der Putschisten unverfänglich waren, in einem Schaukasten, der früher am Zeitungsgebäude in der Bahnhofsstraße existierte, ausgehängt wurden. Diese „Fragmente" sind leider nicht erhalten.

20 Vgl. Telegramme in: LAS 301 Nr. 5712.

21 Vgl. Telegramm v. 17.3. nachmittags, ebenda; Verordnung vom 15.5., abgedruckt u. a. in: E. Könnemann, G. Schulze (Hrsg.), Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, München 2002, S. 221.

22 Magistratsprotokoll v. 15. 3. 1920, Punkt 4, SAP Nr. 231.

den. Der Magistrat kümmerte sich aber zunächst einmal um die Versorgung der Bevölkerung: „Die lebenswichtigen Betriebe sind aufrechtzuerhalten. Es gehören dazu die Kolonialwarengeschäfte, die Fleischversorgung, die Postanstalt und die Nährmittelfabrik von H. Donath […]. Es ist dafür zu sorgen, dass die Kleinbahn Lebensmittel (Milch) befördert, also den Güterverkehr aufrechterhält.“ Unter 3. hieß es dann: „Diesbezüglich sollen Anordnungen getroffen werden.“ Schon vorher hatte es etwas umständlich geheißen: „Nachdem von der Arbeiterschaft nach Einwirkung des stellvertretenden Bürgermeisters dahingewirkt werden soll, dass für Milch, Butter und Brot gesorgt werden soll, sind vorerst keine Anordnungen diesbezüglich nicht zu treffen.“[23] Die Preetzer Sozialdemokratie und vor allem August Nothdurft ließen sich also sofort unter den schwierigen Bedingungen des Generalstreiks in die Pflicht nehmen. Über Versorgungsengpässe während der Putschtage in Preetz gibt es jedenfalls keine überlieferten Nachrichten.

Am folgenden Dienstagmorgen begab sich Landrat Kiepert nach Preetz, „um festzustellen, was dort los sei“. Sein Stellvertreter Lauritzen (MSPD) begleitete ihn dorthin und nach Schellhorn, „wo sich eine bewaffnete Festung von Kapp-Anhängern gebildet hatte“.[24] Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss Jaspersen also mit seinen Schergen durch die Arbeiterwehr aus Preetz vertrieben gewesen sein und sich auf seinem Berg verschanzt haben. In Preetz begegnete Kiepert dann zunächst August Nothdurft und einigen von diesem herbeigerufen Mitgliedern der Stadtkollegien im Rathaus. Außerdem traf er noch auf 21 Reichswehrsoldaten und ihren Offizier, der „ohne unsere Veranlassung“, wie Kiepert betonte, die Soldaten aus Eutin nach Preetz geführt hatte und dort auf weitere Befehle wartete. Von den Preetzern sei er dann gebeten worden, „das Militär sofort wieder wegzuschicken“, was er auch getan habe. In dem Gespräch habe man sich dann darauf verständigt, „dass in Preetz möglichst bald eine paritätische Einwohnerwehr zu bilden sei und dass der Sanitätsrat Jaspersen ersucht werden sollte, den Boden von Preetz mit seinen Bewaffneten nicht mehr zu betreten.“[25] Kiepert, Nothdurft und andere Stadtvertreter sind dann wohl zur „Festung“ gegangen, um mit Jaspersen zu verhandeln. „Es gelang mir, durchzusetzen, dass er sich bereit erklärte, die Preetzer künftig in Ruhe zu lassen.“ Dieser habe aber darauf bestanden, „Patrouillen auf das Land zu schicken, weil sich dort verschiedentlich bewaffnete Banden gezeigt hätten.“[26] Zu dieser Ankündigung der Fortsetzung des Treibens von Jaspersen hat Kiepert offensichtlich nichts gesagt, sonst hätte er dies an dieser Stelle sicher zu seiner Entlastung angeführt. Mangels eigener bewaffneter Kräfte hätte er Jaspersens Aktivitäten aber auch kaum unterbinden können. Dass er dazu aus seiner Burg auf dem Schellhorner Berg heraus überhaupt noch fähig war, ist unwahrscheinlich. Spätestens seit Dienstag, den16. März, waren die Verteidiger der Republik in Preetz also militärisch in der Offensive. Das Übrige tat dann der Rücktritt von Kapp und Lüttwitz am 17. 3., der auch den Verteidigern auf dem Mühlenberg klar gemacht haben

23 Magistratsprotokoll v. 15.3.; SAP Nr. 231.
24 Kiepert, Landrat, S. 128.
25 Vgl. Entlastungsschreiben Kiepert, S. 5.
26 Ebenda, S. 6.

dürfte, dass ihre Sache verloren war. Die letzten Verteidiger der Heilanstalt, die Sicherheitswehrleute, zogen jedenfalls am Donnerstag, dem 18.3.[27], in Richtung Kiel ab. Bei Raisdorf muss es dann zu einem Scharmützel gekommen sein. Die Preetzer Zeitung berichtete einige Tage später, dass dabei ein Soldat getötet und zwei ins Preetzer Krankenhaus eingeliefert worden seien.[28] Die Preetzer Kirchenchronik weiß darüber hinaus: „Es waren dabei, wie erzählt wurde, jüngere Leute aus Preetz beteiligt, welche die Gruppe von Sicherheitssoldaten auf ihrem Marsch nach Kiel verfolgten, da sie hier die Wohnung des Sanitätsrats Jaspersen in Verteidigungszustand versetzt hatten. Letzterem war man um seines Eintretens für die neue Regierung (Kapp) willen besonders gram, so dass er schließlich flüchten musste." Die Stadt habe sich dann allmählich wieder beruhigt, „doch gingen noch Wochen lang nachts Patrouillen und die jungen Arbeiter waren bewaffnet", schließt die Kirchenchronik ihren Bericht ab.[29] Der Vorfall in Raisdorf sollte später noch ein politisches und juristisches Nachspiel haben.[30]

Am Donnerstagmorgen tagte erneut der Magistrat, noch einmal unter dem Vorsitz von August Nothdurft, denn Bürgermeister Krug war, wohl auch wegen der Verkehrssituation während der Putschtage, noch nicht nach Preetz zurückgekehrt. Jetzt war aber Nothdurfts Parteigenosse Heinrich Peters dabei, Arbeiterschaft und Bürgertum waren mit je zwei Magistratsmitgliedern in der Stadtführung vertreten. Zusätzlich nahmen der Stadtverordnetenvorsteher Damm (Sparkassenleiter, bürgerliche Liste) und, man fühlt sich in den November 1918 in die Zeit des Arbeiterrats und der Beigeordneten versetzt, der Aktionsausschuss der Arbeiterparteien an der Sitzung teil.[31] Die wichtigste politische Entscheidung kündigte in der Sitzung an diesem Morgen August Nothdurft an: „Das Versammlungsverbot wird vom stellvertretenden Polizeiverwalter aufgehoben werden."[32] Die Arbeiterschaft und die Arbeiterwehr hatten sich um das Versammlungsverbot ja ohnehin nicht geschert, aber dem Magistrat scheint dieser formale Akt wichtig gewesen zu sein, um das Leben in der Stadt zu normalisieren und die Preetzer Bürger zu beruhigen, aber auch zu demonstrieren, dass der Ausnahmezustand, verbunden mit der Einschränkung der demokratischen Rechte, endgültig beendet war. Vielleicht hat aber auch der in der Magistratssitzung anwesende Aktionsausschuss darauf hingewirkt, um seine Bewegungsfreiheit zu erhöhen. Ein Eingreifen seinerseits in den Verlauf der Sitzung ist allerdings nicht dokumentiert.[33] Zu Beginn der Sitzung wurde ganz lapidar festgestellt: „Es hat eine Besprechung der allgemeinen Lage nach einem(!) Putsch von rechts stattgefunden."[34] Ob diese „Besprechung" sich eher auf den Putsch in Preetz bezog oder ganz allgemein auf den in Berlin und dem Reich, ist dem Protokoll nicht zu entnehmen. Gleich danach steht im Protokoll aber Folgendes: „Die Einrichtung einer paritätischen Einwohnerwehr wurde gut geheißen."[35] Noch im Oktober 1919 war eine solche Einwohnerwehr von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig abgelehnt und in Preetz für überflüssig erklärt worden[36], nun diese Kehrtwende, die

27 Vgl. Brief Krug an Oberpräsidium v. 10.4.1920, LAS 301 Nr. 5713.
28 Vgl. PZ v. 22.3.1920
29 Chronik der evangelischen Kirchengemeinde (masch.), Preetz 1985, S. 192.
30 Vgl. weiter unten.
31 Da keine Unterlagen über den Aktionsausschuss überliefert sind, so auch keine Mitgliedslisten, kennen wir nur einzelne Mitglieder aus anderen Quellen, vgl. unten Kapitel „Einwohnerwehr".
32 Magistratsprotokoll v. 18.3.1920, SAP Nr. 231.
33 Vgl. ebenda.
34 Magistratsprotokoll v. 18.3.1920.
35 Ebenda.
36 Vgl. Magistratsbeschluss v. 9.10.1919, SAP Nr. 231

Heinrich Peters (MSPD), Mitglied des Magistrats seit Oktober 1919
(Foto: Privatbesitz)

sicher auf die Erfahrungen mit den bewaffneten Anhängern Jaspersens in den ersten Putschtagen zurückzuführen war. Leider steht uns für diese Sitzung, wie erwähnt, kein etwas ausführlicherer Bericht der Preetzer Zeitung zur Verfügung und wir wissen daher nicht, wie diese Zustimmung zu einer Einwohnerwehr im Einzelnen zustande gekommen ist.[37] Insgesamt ist erstaunlich, dass Magistrat und Stadtverwaltung in Preetz, abgeschirmt durch Arbeiterschaft und Arbeiterwehr, ziemlich unbehelligt arbeiten und auch die Auswirkungen des Streiks managen und für die Bevölkerung erträglich gestalten konnten. Als in Kiel noch die heftigsten Straßenkämpfe tobten, hatte sich dank der Arbeiterwehr und der umsichtigen amtierenden Stadtverwaltung die Lage schon wieder beruhigt, auch wenn unter anderem die Preetzer Zeitung ihr Erscheinen auf Grund des andauernden Streiks ihr Erscheinen noch nicht wieder aufgenommen hatte.

Ein Ereignis hat aber noch einmal insbesondere die Preetzer Arbeiterschaft in Alarmbereitschaft versetzt. Leider steht uns dazu nur

37 Zum Versuch der Einrichtung einer „paritätischen" Einwohnerwehr vgl. weiter unten.

eine Quelle zur Verfügung. In einem Interview, das der frühere langjährige SPD-Vorsitzende W. Behrends in den 70er Jahren dem damaligen Ortsvorsitzenden J. Michalski gab, finden wir eine stichwortartige Mitschrift dieses Gesprächs: „1920, Anführer in Preetz Jaspersen (sen.), M.-Soldaten (Marinesoldaten, R.G.) nach Preetz (max. 20), wollten Steen[38] verhaften, stehen in L-B.Straße (Langebrückstraße, R. G.), versammelte Arbeiterschaft zwischen W. Bank (Westbank, R. G.) u. Volksbank, Kaschi u. Soldaten verjagt.“[39] Christian Steen war einer der vier MSPD-Vertreter im Aktionsausschuss und dessen Vorsitzender. Innerhalb der MSPD vertrat er eher eine linke Position, die zum Ausdruck kam, wenn er zum Beispiel auf Ortsvereinssitzungen „verschiedene Missstände anführte, die trotz der Revolution bereits wieder eingerissen sind.“[40] Den Grund für die Konfrontation in der Langebrückstraße kennen wir nicht, wir wissen auch nicht, welche Rolle Karsten Jaspersen, der älteste Sohn von Otto Jaspersen, dabei gespielt hat. Das Ereignis dürfte aber kaum der Phantasie von W. Behrends entsprungen sein. Ziemlich sicher kann man den Vorfall in die ersten Putschtage einordnen, als der Kampf zwischen der Arbeiterwehr und den Hilfstruppen von Jaspersen noch nicht entschieden war. Er zeigt, dass Arbeiterwehr und Aktionsausschuss in der Lage waren, ihren führenden Genossen zu schützen und willkürliche Verhaftungen seitens der Reichswehr zu verhindern.

Zwei Kontroversen in der Öffentlichkeit kurz nach dem Putsch beziehen sich direkt auf den Putschverlauf. Auf der Kollegiensitzung vom 1. April kritisierte Christian Steen für die MSPD „besonders scharf das Verhalten des ersten Staatsanwalts in Kiel, der, statt die Hochverräter, die von hier am Gefecht von Raisdorf beteiligten Arbeiter auf die Anklagebank zu bringen suche. Laut Aussage des hier eingebrachten Soldaten (einer der beiden Verwundeten aus Raisdorf, die in das Preetzer Krankenhaus eingeliefert worden waren, R. G.) sei der beim Gefecht Erschossene von seinem eigenen Kameraden getötet worden.“[41] August Röhling sprang seinem Genossen bei, allerdings aus einem nachvollziehbaren politischen Grund. Er warnte davor, „Verhaftungen nicht an den verkehrten Stellen vorzunehmen, da sonst auch der ruhigste Arbeiter in das spartakistische Lager getrieben würde“.[42] Ob diese Bemerkung mehr der Furcht vor einer Austrittswelle aus der MSPD als Folge des Putsches in Richtung USPD oder KPD geschuldet war, wie sie die Preetzer SPD schon einmal 1919 erlebt hatte[43,] oder er nur allgemein vor einer Radikalisierung der Arbeiterschaft in Preetz warnen wollte, sei dahingestellt. Schon auf der Kollegiensitzung unmittelbar nach der Putschwoche war die militärische Konfrontation an den Putschtagen Gegenstand der Diskussion gewesen. Vom MSPD-Stadtverordneten Sievers war dort die Beteiligung von Kandidaten des Predigerseminars Preetz am Putsch auf der Seite von Jaspersen zur Sprache gebracht worden. „Stadtverordneter Sievers kritisiert besonders das Verhalten der Kandidaten des Predigerseminars, die sich ganz besonders in den Dienst der Putschisten gestellt haben“,

38 Christian Steen, von Beruf Maurer, MSPD-Mitglied und Stadtverordneter seit 1919, war später Vorsitzender des Aktionsausschusses der Arbeiterparteien, in den er von seiner Partei am 26. März zusammen mit den Parteimitgliedern Miebs, Sellmer und Buck gewählt worden war. Vgl. Ortsvereinsprotokoll v. 9.4.1920 u. Brief Krug an Oberpräsidium v. 10.4.1920.

39 Interview J. Michalski mit W. Behrends, Nachlass Michalski, SAP Nr. 1389; „Kaschi“ war der Spitzname für Ottos ältesten Sohn Karsten (geb. 1896), die Anlage der Heilanstalt auf dem Mühlenberg wurde später in Preetz auch einfach nur „Kaschipark“ genannt.

40 Protokoll SPD-Ortsverein v. 18.3.1920.

41 PZ v. 3.4.1920.

42 Ebenda.

43 Vgl. Ortsvereinsprotokoll v. 16.5.1920. Damals waren innerhalb eines Monats 27 Mitglieder des Ortsvereins zur USPD bzw. KPD (Spartakusgruppe) übergetreten.

heißt es im Bericht über die Sitzung.[44] Der Leiter des Predigerseminars, Professor Weinreich, wies die Kritik am Verhalten der Seminaristen zurück und betonte in einem „Eingesandt", dass man nicht von den Kandidaten sprechen könnte, weil ja nicht alle, sondern nur einige von ihnen etwas getan hätten, was er verurteilt.[45] Über die politische Ausrichtung des Seminars sagte er dann: „Wir wollen dort nicht Anhänger einer einzelnen Partei züchten […] Also nicht aus politischer Gefolgschaft haben mehrere Kandidaten sich der Sicherheitswehr angeschlossen, sondern nur um mit für Ruhe und Ordnung einzutreten."[46] Neben dem Ortsvorsitzenden der MSPD, J. Tischbein, antwortete ihm das einfache MSPD-Mitglied, der Töpfer O. Zinke, ebenfalls in einem Leserbrief: „Herr Professor Weinreich sucht mit einer schon fast nicht mehr zu bewundernden Kühnheit das Verhalten 'einiger' Kandidaten zu rechtfertigen, zu entschuldigen, so hinzustellen, als müsste man noch fast ein Kompliment vor ihnen machen. Sie handelten `nicht aus politischer Gefolgschaft' … (bewahre), sie wollten nur Ruhe und Ordnung. (Sie identifizieren sich auffallend mit jenen Kapp, Lüttwitz, Lindemann, die auch sagten, sie wollten nur Ruhe und Ordnung, keine Reaktion!) […] Bereits am Montag früh haben sich die Kandidaten ganz offen dem damaligen Militärbefehlshaber mit dem Sitz in der Nervenheil-

Telegramm von v. Lettow-Vorbeck an das Oberpräsidium in Kiel

44 PZ v. 24.3.1920

45 Leserbrief Weinreich v. 27.3.1920 an die PZ.

46 Ebenda.

anstalt zur Verfügung gestellt, mit anderen Worten: Sie haben sich ganz bewusst in den Dienst der Militärdiktatur gestellt, sie haben sich damit nicht nur als Feinde des Proletariats, sondern überhaupt als Feinde der Demokratie, als Volksfeinde gekennzeichnet. (Diener Gottes ?!) Dieser Erwiderung hätte es nicht bedurft, wenn sie in ihrem Eingesandt diese Tatsache nicht – bewusst oder unbewusst – verschleiert hätten."[47] In leicht ironischem Ton rückte Zinke hier die Tatsachen, die Weinreich ja auch grundsätzlich nicht bestritten hatte, zurecht und stellt Weinreichs Einlassungen in den Zusammenhang mit der Rechtfertigung der Kapp und Lüttwitz für ihren Putsch. Diese wollten angeblich ja auch eine „Regierung der Ruhe und Ordnung". Wie sich die Worte ähnelten, ausgesprochen noch vierzehn Tage nach dem Putsch, ist wirklich frappierend. Weinreich hatte darüber hinaus angeführt, dass „mehrere Kandidaten" ihm erzählt hätten, dass sie am Mittwoch, dem 17.3., telefonisch vom Rathaus aus zu Patrouillengängen aufgefordert worden seien, „man möchte Sicherheitspatrouillen gehen lassen, um die Ruhe in den Straßen zu wahren. Wenn anerkannt wird, dass die jungen Männer mit für Ordnung und Sicherheit eintreten wollten, dann ist ja kein Grund mehr, sie zu verurteilen", argumentierte Weinreich.[48] Die Aufforderung zum Patrouillengang könnte ja nur, wenn sie überhaupt ergangen sei, im Sinne der Unterstützung der rechtmäßigen Regierung gemeint gewesen sein, hielt MSPD-Mann Zinke ihm entgegen und fragte ihn in Bezug auf die Seminaristen, die auf der Seite Jaspersens gestanden hatten: „Glauben sie nun, oder wollen Sie uns glauben machen, die Kandidaten haben die verfassungsmäßige Regierung unterstützen wollen?"[49] Joseph Tischbein wurde in seinem „Eingesandt" grundsätzlicher. Weinreich hatte betont, dass doch alle „Glieder eines Volkes" seien, die jetzt „am Wiederaufbaus unseres Volkslebens" gemeinsam arbeiten sollten.[50] „Jawohl, aber eins Herr Professor: Ein Teil der Glieder wollen besondere Glieder sein, die herrschen und sich dem Volkswillen nicht fügen wollen, und die anderen Glieder sollen die Knechte sein, politisch und wirtschaftlich. Nachdem man die Volksseele vergiftet hat und der Putsch zusammengeschlagen worden ist, sagte man sich, die Sache ist schief gegangen, lernt man schnell um und spricht von Entspannung. Im friedlichen Sinne will man wirken, obwohl man selbst mitgeholfen hat, die Volksmassen aufzuhetzen, indem man die Monarchie gefordert hat. Ferner erklärte man fortgesetzt, die Regierung müsse gestürzt werden. Nein, Herr Professor Weinrich, wir klassenbewussten Hand- und Kopfarbeiter wissen genau, was wir von einer bestimmten Klasse von Menschen zu halten haben." Dann ging er auf die Behauptung Weinreichs ein, dass es unter den Seminaristen auch Kandidaten gäbe, die der Sozialdemokratie nahe ständen. „Bis jetzt habe ich noch nicht gelesen, dass die von Ihnen zitierten Kandidaten ihren Abscheu öffentlich ausgesprochen haben […] Wer sozialistisch denkt und fühlt, soll es frei und offen tun. Mit der Bemerkung, dass die Kandidaten nur für Ruhe, Ordnung und Sicherheit sorgen wollten, wird ein grober Unfug getrieben. Nein auf die Arbeiter wollte

47 Leserbrief Zinke in der PZ v. 1.4.1920.
48 Vgl. Leserbrief Weinreich v. 27.3.1920.
49 Ebenda.
50 Leserbrief Weinrich, s. Anm. 38.

man schießen, der Komplott in Preetz war fertig. Die Preetzer Arbeiterschaft braucht um Ruhe zu halten, die Herren im schwarzen Rock nicht. Ihnen müsste es bekannt sein, dass gerade die Preetzer Arbeiterschaft eine ordnungsliebende ist, aber jetzt muss sie sich sagen, jetzt heißt es auf dem Posten sein, um im Wiederholungsfalle solche Verbrechen am Volke unmöglich zu machen. Das eine Gute haben uns die Herren gelehrt, dass wir Sozialisten nur einen Feind haben, und der steht rechts." Die politische Auseinandersetzung müsse offen und ehrlich sein, betont er am Schluss und müsse sich „in den verfassungsmäßigen Grenzen" halten.[51] Und Töpfer Zinke machte Weinreich am Ende der Kontroverse klar, dass er dessen bekundeten Willen, „ zur Entspannung der Lage" beizutragen, nachvollziehen könnte, „doch auf dem von Ihnen eingeschlagenen Wege", machte er ihm klar, „wird es Ihnen nicht gelingen."[52] Die Sozialdemokraten in Preetz mussten die Worte des Leiters des Predigerseminars als eine reine Heuchelei empfinden und hatten die platte und ihnen sattsam bekannte Argumentation natürlich durchschaut. Die Fragen mussten dem gegenüber lauten: Woher hatten die militanten rechten Seminaristen eigentlich ihre Waffen? Ist es vorstellbar, dass die Putschvorbereitungen im Seminar völlig ohne Kenntnis von dessen Leiter vonstattengegangen sind? Warum ist er nicht gegen deren Beteiligung am Putsch eingeschritten?[53]

Man kann der folgenden zusammenfassenden Einschätzung der Preetzer Zeitung vom Tag ihres Wiedererscheinens nach dem Putsch durchaus zustimmen: „Die letzte Woche ist in unserer Stadt im Vergleich zu anderen Orten unserer Provinz verhältnismäßig ruhig ver-

Staatsbahn und Kleinbahn, kein Zugverkehr nach Kiel. Für die Preetzer war vor allem die anhaltende Unterbrechung auf beiden Bahnstrecken nach Kiel, über Kirchbarkau auf der Kleinbahn und auf der Staatsbahn über Raisdorf, eine schmerzliche Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit während der Putschtage. „Erst am Freitagnachmittag erhielten wir die erste Verbindung mit der Außenwelt und zwar wurde der Verkehr von Eutin bis Preetz in Betrieb gesetzt, während die Verbindung nach Kiel erst am Sonnabendabend hergestellt wurde", schrieb die Preetzer Zeitung.[54] Der sogenannte Arbeiterzug, der regelmäßig morgens Hunderte von Arbeitspendlern nach Kiel brachte, war am Montagmorgen, den 22.3., aus Kiel kommend nicht eingetroffen. Er fuhr erst am folgenden Donnerstagmorgen wieder, als auch in Kiel der Generalstreik beendet war.[55] Auch die Kleinbahn über Kirchbarkau nahm ihren Betrieb erst an diesem Tag wieder auf.[56] Viele Pendler, soweit sie in den Tagen vorher von den Arbeitsstätten in Kiel zurückgekehrt waren, mussten also in Preetz bleiben und stellten so auch nicht zuletzt für diese Zeit ein Rekrutierungspotenzial für die Arbeiterwehr dar. Auch in der folgenden Woche, ab dem 22. 3., bedienten Preetz nur wenige Züge.[57] Sie sollten bevorzugt Reisende an ihren Wohnort befördern, die wegen des Putsches nicht nach Hause zurück-

51 Alle Zitate aus Leserbrief Tischbein, PZ v. 1.4.1920.
52 Leserbrief Zinke v. 1.4.1920.
53 Prof. Weinreich bekannte sich später zu den Deutschen Christen und begrüßte die Machtübertragung an Hitler 1933, vgl. Joachim Heubach, Aus der Geschichte des Predigerseminars Preetz, S. 213ff, Brief von Weinreich an Studieninspektor Pastor Halfmann, hier S. 222, in: K. Jürgensen, F. O. Scharlau, W. H. Schmidt (Hrsg.), Gott loben ist unser Amt. Beiträge zu einem Leitwort Nr. 1114, Kiel 1984.
54 PZ v. 22 3.1920.
55 Vgl. PZ v. 25.3.1920
56 Vgl. PZ v. 24.3.1920.
57 Vgl. PZ v. 23.3.1920.

gekommen waren. In Kiel musste man zu diesem Zweck sogar einen „Reiseschein“ auf dem Polizeipräsidium beantragen.[58] Auch die Preetzer Zeitung bat ihre Leser noch einmal um Verständnis dafür, dass die einzelnen Ausgaben immer noch nicht in gewohntem Umfang erscheinen konnten, „da die Postverbindung nach Berlin noch sehr unregelmäßig ist.“[59] Die Post wurde eben überwiegend mit der Bahn transportiert. Inwieweit die Kleinbahn trotz des Streiks für den Lebensmitteltransport eingesetzt werden konnte, wie es der Magistrat gewünscht hatte, wissen wir nicht. Der Frachtverkehr mit Gütern langfristigen Bedarfs, zum Beispiel der wichtigen Steinkohle, war mindestens 14 Tage ganz unterbrochen oder stark eingeschränkt. Auch nach Beendigung des Streiks, herbeigeführt durch einen Versammlungsbeschluss am Sonntag, dem 21. März[60] normalisierte sich der für Preetz so wichtige Bahnverkehr erst langsam.

laufen, zu Blutvergießen ist es hier in der Stadt nirgends gekommen.“[61] Dass das daran lag, dass sich das Blatt zugunsten der Republik wendete durch die entschlossene Gegenwehr der Arbeiter und der demokratisch gesonnenen Kräfte wie der schon vorher stark in die kommunale Selbstverwaltung eingebundenen Sozialdemokratie, erwähnt sie nicht. Deren Führung, die sich auf Verhandlungen mit den Putschisten einließ oder einlassen musste, setzte sich dabei aber auch der Kritik aus den eigenen Reihen und den radikaleren Teilen der Preetzer Arbeiterschaft aus, wie wir noch sehen werden. Der Zusammenhalt in der Preetzer Arbeiterschaft, wohl begünstigt durch die in den Kieler Großbetrieben unter anderem bei Streiks erfahrene Solidarität, war jedenfalls sprichwörtlich. Nicht zuletzt zeigte sich ihre Solidarität, als sie für die mittellose Witwe ihres Kollegen und Genossen Karl Keidel eine Geldsammlung veranstaltete und dabei 2180,60 Mark erzielte[62], eine erkleckliche Summe, auch unter Berücksichtigung der zunehmenden Inflation.

2. Arbeiterwehr oder Einwohnerwehr? Gleich in der ersten Ausgabe der Preetzer Zeitung nach dem Putsch rief der Aktionsausschuss zu einer Versammlung der Arbeiterwehr in der Tonhalle auf: „Die eingetragenen Genossen müssen erscheinen. Dortselbst werden neue Mitglieder eingetragen“[63] Die Ansprache in diesem Aufruf macht deutlich, dass die Arbeiterwehr zu diesem Zeitpunkt ausschließlich aus organisierten Arbeitern bestand. Der Aktionsausschuss, zusammengesetzt aus Vertretern der drei Arbeiterparteien, hielt nach der Vertreibung Otto Jaspersens und seines Anhangs aus der Stadt also noch nicht für erledigt. Wie passte dies nun mit dem Beschluss in der zweiten Magistratssitzung der Putschwoche durch die vier Stadträte (Nothdurft und Peters für die MSPD, Oldenburg und Donath für die bürgerliche Liste) zusammen, eine „paritätische Einwohnerwehr“ zu gründen?[64] Dieser Beschluss war offenbar unter Einfluss von Landrat Kiepert zustande gekommen, der in seinem Rechtfertigungs-

58 Vgl. ebenda.
59 PZ v. 22.3.1920.
60 Vgl. „Die Lage in Preetz“, PZ v. 22.3.1920.
61 Ebenda.
62 Vgl. PZ v. 25.3.1920.
63 PZ v. 22.3.1920.
64 Vgl. Magistratsprotokoll v. 18.3.1920, SAP Nr. 231.

Aufruf des gemeinsamen Aktionsausschusses der Preetzer Arbeiterparteien, aus: Preetzer Zeitung vom 22.3.1920

schreiben als Ergebnis seiner Vermittlung am Dienstag, dem 16.3., in Preetz und Schellhorn festgehalten hatte: „Wir einigten uns darauf, dass in Preetz möglichst bald eine paritätische Einwohnerwehr zu bilden sei."[65] Das Motiv, insbesondere für die bürgerlichen Stadträte, war, einerseits einen Schutz gegen eine solche Soldateska wie die von Jaspersen zu haben, anderseits aber auch eine Alternative zur bestehenden Arbeiterwehr zu schaffen, deren Radikalisierung man fürchtete. Bei der letztgenannten Magistratssitzung waren neben den erwähnten Stadträten auch der Stadtverordnetenvorsteher Damm sowie der Aktionsausschuss anwesend. Man fühlt sich fast, was den Aktionsausschuss angeht, an den November 1918 erinnert, als der ganze Arbeiterrat auch an einer Sitzung des Magistrats teilnahm, um dann seinen Vorsitzenden als Beigeordneten zur Kontrolle in den Magistrat zu entsenden.[66]

Wie sollte eine solche „legale" paritätische Einwohnerwehr nun aussehen?[67] Dafür waren immer noch die „Bestimmungen über die Errichtung von Einwohnerwehren" des preußischen Innenministers Heine vom 15. September 1919 gültig, in denen festgeschrieben war, dass die Wehr von „örtlichen Behörden", also Gemeindeverwaltungen, städtischen Magistraten oder Landratsämtern, gebildet werden konnten. Die Wehren sollten sich „aus allen Schichten der Bevölkerung" zusammensetzen, wobei aber auf die „Mitwirkung der Arbeiterschaft ganz besonderer Wert" gelegt werden sollte.[68] Im Übrigen war auch bestimmt, dass die Mitglieder der Einwohnerwehr die parlamentarische Regierungsform sowie die preußische und die Reichsverfassung anerkennen mussten. Als Zweck einer Einwohnerwehr wurden dort der „Schutz der eigenen Gemeinde", die Bekämpfung von „Unsicherheit in Stadt und Land" und der aus dem „Anwachsen des Verbrechertums" erwachsenden Gefahren angegeben.[69] Diese nun auch in Preetz ins Auge gefasste Einwohnerwehr musste natürlich sofort in ein Konkurrenzverhältnis zur bestehenden Arbeiterwehr geraten und praktisch gegen diese aufgebaut werden. So war sie wohl auch gedacht, ganz sicher vom Landrat Kiepert, von dem der Vorschlag wahrscheinlich gekommen war. Die Absichtserklärung vom 18.3. wurde am 22.3. vom Magistrat (wieder unter dem Vorsitz von Bürgermeister Krug) bekräftigt und sollte den Kollegien auf einer außerordentlichen Sitzung zur endgültigen Beschlussfassung vorgelegt werden.[70] Auf der Magistratssitzung am 22.3. wur-

65 Entlastungsschreiben von Kiepert an das Oberpräsidium und das Innenministerium v. 24.3.1920, LAS 301 Nr. 4751.

66 Damit niemand auf den Gedanken kommen konnte, dass sich im März 1920 wieder wie im November 1918 räteähnliche Strukturen ausbreiten könnten, hatte der preußische Innenminister Heine (MSPD) schon am 1.4. ein Telegramm an alle nachgeordneten Behörden geschickt. Danach waren „Vollzugsräte, Arbeiterräte und dergleichen, welche während der verfassungswidrigen Zustände gebildet wurden und noch bestehen" nur „als beratende und vermittelnde Organe der betreffenden Stellen der Staats- und Kommunalverwaltungen" zu betrachten. Das Telegramm schloss mit der Feststellung: „Vollziehende Gewalt steht ihnen verfassungsgemäß nicht zu." Zit. nach Kreisanzeiger v. 9.4. 1920 (St. 33), Text auch in PZ v. 9.4. (!).

67 Solche Einwohnerwehren existierten schon mit Genehmigung vom Oberpräsidium seit Sommer bzw. Herbst 1919 im benachbarten Kühren und auf dem Klosterhof Preetz, allerdings unter der Führung von Graf v. Bülow bzw. des Gutsverwalters v. Nicolaisen, vgl. LAS 301 Nr. 2462 u. 2494.

68 Zitiert nach E. Könnemann, Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände, Berlin 1971, Dok. 20, S.377ff.

69 Vgl. ebenda.

70 Vgl. Magistratsprotokoll v. 22.3.1920, SAP Nr. 231.

den ansonsten eine lange Reihe von Tagesordnungspunkten zu Finanz-, Miet- und Wohnungsfragen abgehandelt, eine Diskussion über den Putsch fand in diesem Gremium nicht mehr statt. Aber zwei der Tagesordnungspunkte hingen doch mit dem Putsch zusammen. Zunächst vereidigte August Nothdurft Bürgermeister Krug auf die Verfassung, dann vereidigte dieser die Stadträte Nothdurft, Peters und Donath auf die Verfassung. Auf diese erneute Vereidigung, folgte vier Tage später noch die der gesamten Beamtenschaft.[71] Ob diese Bekräftigung der Verfassungstreue auf eine Anweisung des Ober- oder des Regierungspräsidiums erfolgt ist oder eher nicht, ist unklar. Darüber geben die vorhandenen Unterlagen leider keine Auskunft.

Auf der Kollegiensitzung am nächsten Abend kam es dann aber doch zu einer Aussprache über den Putsch, obwohl diese nicht auf der Tagesordnung gestanden hatte. Bürgermeister Krug leitete die Sitzung mit einer Erklärung ein und gab damit den Anstoß für diese aufschlussreiche Debatte. Er sprach von einem „wahnsinnigen Putsch, […] der seitens einiger unverantwortlicher Personen in Szene gesetzt sei und unser Vaterland von Neuem in das Chaos zurückgeworfen habe, gerade in dem Augenblick, als die Ansätze für eine Besserung sich zeigten.“[72] Es antwortete ihm der MSPD-Ortsvorsitzende und Stadtverordnete Joseph Tischbein, der das Verhalten der „rechtsstehenden Parteien bei diesem Putsch“ kritisierte, und bekräftigte, dass er nur einer Einwohnerwehr zustimmen könne, „in welcher nur solche Leute Aufnahmen finden können, die sich klipp und klar auf den Boden der Reichsverfassung stellen und im Notfalle diese zu schützen wissen“. Der Stadtverordnetenvorsteher Damm war weiterhin der Auffassung, dass eine Einwohnerwehr überflüssig wäre und warnte davor, „die Politik (gemeint: Parteipolitik, R. G.) auf das Rathaus zu tragen“. Der bürgerliche Stadtverordnete Methmann (DDP) wandte sich gegen die Aufnahme von Rechts- und Linksradikalen, stimmte aber grundsätzlich der Errichtung einer Einwohnerwehr zu. Daher zeichnete sich eine klare Mehrheit für die Einwohnerwehr ab, zumal die MSPD-Fraktion geschlossen dafür war. „Stadtverordneter Steen[73] führte aus, dass er infolge des Verhaltens der rechtsstehenden Einwohnerschaft nicht davon abgehen könne, auf die (sic !) Einrichtung einer Einwohnerwehr zu beharren.“ August Nothdurft bekannte, dass er als früherer Gegner einer Einwohnerwehr seine Haltung geändert habe und sich mit dieser „unter den gegenwärtigen Verhältnissen“ abfinden müsse, „aber nur unter den Umständen, wenn nach den vom Oberpräsidenten herausgegebenen Normen dabei verfahren wird“.[74] Hier zeigte sich, dass die Preetzer Sozialdemokraten auf der Linie von Oberpräsident Kürbis lagen, der bis zum Putsch nur sehr zurückhaltend Genehmigungen für Einwohnerwehren erteilt hatte und dafür vom Innenministerium noch kurz vor dem Putsch heftig gerügt worden war.[75] Die Bedenken, die nach wie vor auf allen Seiten bestanden, gingen dann in den endgültigen immerhin einstimmigen Beschluss der Kollegien zur Einrichtung der Einwohnerwehr so ein, „dass diese in Alarmbereit-

71 Vgl. PZ v. 26.3.1920.

72 Ebenda.

73 Drei Tage später wurde Christian Steen von der MSPD zusammen mit den Genossen Miebs, Sellmer und Buck in den Aktionsausschuss entsandt, dessen Vorsitz er auch übernahm. Vgl. Ortsvereinsprotokoll v. 26.3.1920 sowie Brief von Bürgermeister Krug an das Oberpräsidium v. 10.4.1920. LAS 301 Nr. 5713.

74 Alle Zitate aus Bericht der PZ. v. 24.3.1920.

75 Vgl. Schreiben des Staatssekretärs Schlosser an das Oberpräsidium v. 12.3.1920: „Die Verhältnisse in der Provinz Schleswig-Holstein bezüglich der Einwohnerwehren zwingen mich dazu, nunmehr die sofortige Einsetzung der […] Landesschutzbeamten zu fordern.” LAS 301 Nr. 2475.

schaft bestehen und nur im Falle der Gefahr in Aktion zu treten hat."[76] Eine stehende bewaffnete Einheit wollten alle in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien auf jeden Fall vermeiden. Nebenbei hätte sie sicher auch weit höhere Kosten verursacht als eine Einwohnerwehr auf Abruf. Zur politischen Führung dieser Wehr wurde streng nach dem Erlass vom September 1919 ein Wehrausschuss eingerichtet, der „mit dem Erforderlichen beauftragt" wurde. Aus dem Magistrat wurde August Nothdurft zu seinem Mitglied bestimmt, aus der Stadtverordnetenversammlung August Röhling für die MSPD sowie Friedrich Methmann für die bürgerliche Mehrheitsfraktion. Außerdem sollten noch je zwei Vertreter des Gewerkschaftskartells sowie des Aktionsausschusses in das Gremium entsandt werden.[77] Damit musste die Arbeiterschaft ein starkes Übergewicht bekommen, womit einer anderen Bestimmung entsprochen wurde: „Auf die Mitwirkung der Arbeiterschaft muss ganz

Aufruf des Aktionsausschusses und Distanzierung der DDP-Ortsgruppe, aus: Preetzer Zeitung vom 6.4. bzw. vom 8 4.1920

76 Alle Zitate aus dem Bericht über die außerordentliche Kollegiensitzung vom 23.3.1920, PZ v. 24.3.1920.

77 Vgl. Protokoll Kollegiensitzung v. 23.3.1920. SAP Nr. 241.

besonders Wert gelegt werden."[78] Vielleicht hoffte man aber auch, über den Aktionsausschuss so die Arbeiterwehr in den Wehrausschuss einzubinden. Die Erlasse schrieben die Beteiligung von Aktionsausschüssen an den Wehrausschüssen jedenfalls nicht zwingend vor. Die Satzung wurde dann vom Wehrausschuss erarbeitet und auf der außerordentlich Kollegiensitzung vom 1.4. zustimmend verabschiedet: „Die Kollegien folgen dem Wehrausschuss, dass er das Richtige treffen wird."[79] In der Besprechung der sogenannten Richtlinien war betont worden, dass die Vorgaben aus den Erlassen des Oberpräsidiums unbedingt eingehalten werden sollten. Nur das könnte Preetz „vor dem Chaos bewahren".[80]

Am 2. April fand die konstituierende Sitzung des Wehrausschusses statt, der, wie es hieß, eine „freiwillige Volkswehr[81] für die Stadt Preetz" schaffen sollte. Es sollte die Satzung beraten und beschlossen werden, um sie dann dem Oberpräsidenten zur Genehmigung einzureichen. Dieses Verfahren hatte Oberpräsident Kürbis festgelegt, um sicherzustellen, dass die Einwohnerwehren auf dem Boden der Verfassung standen und in Krisensituationen nicht von der Rechten für ihre Zwecke missbraucht werden konnten. „Die Mitglieder verpflichten sich gegen Namensunterschrift, der republikanischen Staatsform und der vom Volke gewählten Regierung ihre treuen Dienste zu widmen und die vom Volke gegebenen Gesetze und die öffentliche Ordnung nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen", heißt es dann im Protokoll der ersten Sitzung des Ausschusses.[82] Im diesem Protokoll finden wir auch eine Mitgliederliste. Die bekannten Vertreter der städtischen Gremien (Nothdurft, Röhling und Methmann) werden aufgeführt, dazu jetzt noch für das Gewerkschaftskartell Gottfried Schlüter und Wilhelm Steffen, beide MSPD, Friedrich Ahrens, USPD, sowie Franz Tremmel, KPD, für den Aktionsausschuss. Es ist aber durchaus möglich, dass er die KPD-Ortsgruppe in den beiden Ausschüssen vertrat. Man sieht, wie stark die MSPD im Wehrausschuss insgesamt vertreten war. Daher ist es auch keine Überraschung, dass August Nothdurft zu seinem Vorsitzenden und Wilhelm Steffen zu seinem Stellvertreter gewählt wurden.[83] Mit dem Antrag auf Genehmigung der Satzung wurde auch gleich die Ausrüstung beispielsweise Bewaffnung für die Wehr beim Oberpräsidium angefordert: „60 bis 80 Infanteriegewehre mit Kimmen- und Mündungsschoner, für je 1 Gewehr 100 S(chuss) Patronen, 100 St(ü)ck weiße Armbinden und 10 Signalpfeifen"[84]. Zum Schluss bat August Nothdurft in seinem Anschreiben darum, „die Waffen und Munition recht bald der Stadt Preetz überweisen zu wollen".[85] Die Satzung wurde noch am selben Tag, also ohne, dass sie genehmigt war, veröffentlicht, verbunden mit der Aufforderung an „die Einwohner der Stadt, die gewillt sind […] in die Wehr einzutreten, sich in die ausliegenden Listen bis zum 5. April einzutragen."[86] Das konnte an vier Orten im Stadtgebiet geschehen, unter anderem in der Tonhalle am Feldmannsplatz.[87] Die Satzung der zukünftigen Volkswehr gab ihren Zweck (§ 1) wie folgt an: „Unter dem Druck der Verhältnisse wird eine freiwillige Volkswehr errichtet zum Schutz der

Franz Tremmel kandidierte für die KPD, (vergleiche Kreisanzeiger vom 9.2.1921, Stück 10).

78 Vgl. Bestimmungen, wie Anm.
79 Protokoll Kollegiensitzung v. 1.4.1920, SAP Nr. 241.
80 Vgl. PZ v. 3.4.1920.
81 Auf Druck der Alliierten mussten die Einwohnerwehren aufgelöst werden, so dass neue Wehren nur noch als „Volkswehren" oder „Ortschutzverbände" genehmigt wurden. Vgl. Bestimmungen über die Errichtung von Volkswehren (überschrieben mit „Ortsschutzverbände", R. G.) in der Provinz Schleswig-Holstein, LAS 301 Nr. 2493.
82 Anlage zum „Antrag des Wehrausschusses für die Volkswehr für Preetz auf Überlassung von Infanteriegewehren und Munition" vom 3.4.1920, LAS 301 Nr. 2462.
83 Vgl. ebenda.
84 Vgl. ebenda.
85 Vgl. ebenda.
86 PZ v. 3.4.1920.
87 Vgl. ebenda.

Satzung der beantragten Volkswehr für Preetz, aus: Preetzer Zeitung vom 3.4. 1920

Sicherheit von Personen und Eigentum." Dann ging es um die Mitgliedschaft (§ 2): „Der Eintritt in die Wehr ist ein freiwilliger. Mitglied kann jeder vertrauenswürdige, mindestens 32 Jahre alte Bürger werden, der sich dem Führer gegenüber verpflichtet, der republikanischen Staatsform und der vom Volke gewählten Regierung seine Dienste zu widmen und die öffentliche Ordnung nötigenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen." Auch der sogenannte Alarmtrupp, auf den die Kollegien so viel Wert gelegt hatten, erhielt seine Aufgabe zugewiesen und sollte bei Gefahr „auf Befehl des Führers sofort zusammentreten, um die Ruhewiederherzustellen (§ 3b). Die enge Zusammenarbeit mit der Polizei und der Stadtverwaltung wird ebenso betont wie die Unterstellung unter das Oberpräsidium (§ 4). „In dem Wehrausschusses müssen vertreten sein", heißt es in § 7, „Mitglieder der städtischen Kollegien, Mitglieder des Aktionsausschusses und Vertreter des Gewerkschaftskartells."[88]

Warum stand man jetzt bei der Einrichtung einer Einwohner- beziehungsweise Volkswehr in Preetz so unter Zeitdruck? Das hatte verschiedene Gründe, die außerhalb von Preetz zu suchen sind. Die Interalliierte Militärkommission, die die Durchsetzung der Bestimmungen des Versailler Vertrages in Deutschland überwachte, war schon Ende 1919 zu dem Ergebnis gekommen, dass die Einwohnerwehren mit ihrer beim Innenministerium angesiedelten Zentrale als paramilitärische Formationen anzusehen wären und somit aufgelöst werden müssten. In einer Note vom 12. März hatte sie daher die Reichsregierung ultimativ aufgefordert, die bestehenden Wehren bis zum 10. April 1920 aufzulösen.[89] Auch die Gewerkschaften hatten nach den Erfahrungen während des Kapp-Lüttwitz-Putsches mehrfach, das erste Mal schon am 18.3., zuletzt am 6. April, gegenüber der Reichsregierung darauf gedrungen, Einwohnerwehren und insbesondere Zeitfreiwilligenverbände aufzulösen. Diesem Druck beugten sich letztlich die Reichsregierung sowie die preußische Regierung. Der neue preußische Innenminister Severing, der Heine abgelöst hatte, verbot diese Verbände am 10. April ohne Einschränkung. In den entsprechenden Bestimmungen für Schleswig-Holstein hieß es dazu eindeutig: „Die auf Grund dieser und früherer Erlasse errichteten Einwohnerwehren, Zeitfreiwilligen-Korps, Ordnungsbünde und ähnliche Einrichtungen gelten mit dem heutigen Tage als aufgelöst."[90] Die Reichsregierung war nicht ganz so konsequent. Sie hatte schon die Note vom 12. März erst am 7. April veröffentlicht und damit den Auflösungsprozess hinausgezögert. Der Erlass von Reichsinnenminister Koch-Weser, der schließlich aus einer gemeinsamen Besprechung von Reichsregierung und preußischer Regierung am 7./8.4. hervorgegangen war, wurde am 13.4. in der Preetzer Zeitung unter der Überschrift „Auflösung der Einwohnerwehren" veröffentlicht. Dort findet man aber bezeichnenderweise nur genau die Bedingungen als Auszug aus dem Erlass abgedruckt, die einen sogenannten Ortsschutzverband erlaubten: „Es wird anheimgegeben, dort, wo ein genügender Schutz durch Reichswehr, Sicherheitspolizei und andere Polizeiorgane nicht gegeben ist, gleichzeitig für

88 Alle Zitate aus der Satzung, nach der Veröffentlichung in der PZ v. 3.4.1920, s.a. die Anlage zum Antrag auf Genehmigung v. 3.4.1920, LAS 301 Nr. 2462.

89 Dazu immer noch grundlegend: M. Salewski, Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927, München 1966, hier S. 81ff.

90 Bestimmungen über die Errichtung von Ortsschutzverbänden in der Provinz Schleswig-Holstein; in: LAS 301 Nr. 2493.

Meldekarte des Vorsitzenden des Aktionsausschusses Christian Steen (MSPD), aus: Altarchiv des Einwohnermeldeamtes Preetz

einen Ersatz durch eine nach den örtlichen Verhältnissen zu gestaltende Schutzorganisation zu sorgen. Hierbei ist genau darauf zu achten, dass jeder Anschein vermieden wird, der auf Verletzung der in dem Schreiben des Generals Nollet (gemeint: Note vom 12. 3. 1920, R. G.) angeführten Bestimmungen des Friedensvertrages vermieden wird. Insbesondere ist die Bewaffnung mit Militärgewehren, die nach den Bestimmungen des Friedensvertrags abzuliefern sind, unzulässig, und es ist auf eine andere Art der Bewaffnung[91] Bedacht zu nehmen. Jede militärische Übung ist unter allen Umständen zu unterlassen. Auf eine erweiterte Zuziehung aus Kreisen der arbeitenden Bevölkerung wird, wo dieses bisher nicht geschehen ist, besonders Bedacht zu nehmen sein."[92] Gleichzeitig meldete die Zeitung aber auch, dass sowohl die bayerische Staatsregierung wie die Einwohnerwehrverbände in Bayern unter ihrem Leiter Escherich sich nicht an den Erlass halten werden.[93] Damit konnte jeder aufmerksame Leser erkennen, dass die angestrebte flächendeckende Entmilitarisierung zum Scheitern verurteilt war und unter anderem die sogenannte Organisation Escherich (nach dessen Gründer Georg Escherich, kurz Orgesch) zum Sammelbecken für militante Rechtsradikale und Verfassungsfeinde werden konnte.

91 In einem Schreiben des Innenministeriums, in dem auch die Auflösung der Zentrale für Einwohnerwehren bekannt gegeben wurde, empfahl dieses eine „Bewaffnung nur mit Pistole und Knüppel(!) [...] keine militärische." An der „Beteiligung aller Bevölkerungsschichten" wurde festgehalten. Vgl. LAS 301 Nr. 2493.

92 Zit. nach PZ v. 13.4.1920.

93 Vgl. ebenda.

Rechts:
Protokoll der konstituierenden Sitzung des Wehrausschusses vom 2.4.1920

Als es in Preußen also längst um die Abwicklung der bestehenden Einwohnerwehren ging, war diese in Preetz noch nicht einmal als „Volkswehr“ genehmigt. Dennoch trieb zumindest der Aktionsausschuss deren Aufbau voran. „Auf Beschluss des Aktionsausschusses können in der zu bildenden Volkswehr nur Personen aufgenommen werden, welche mindestens sechs Monate in einer der sozialdemokratischen oder der demokratischen Partei organisiert sind. Meldungen werden noch bis Mittwoch, den 7. April d. Js. (Jahres), […] angenommen.“[94] Die Absicht war klar: Gegner der republikanischen Verfassung sollten aus der zukünftigen Volkswehr herausgehalten werden. Dem Ortsverein der Deutschen Demokratischen Partei ging die Verengung auf die Mitglieder der Arbeiterparteien und der DDP zu weit, er distanzierte sich von der Veröffentlichung des Aktionsausschusses und betonte, dass er sich „voll und ganz auf den Boden der Satzungen, die vom Wehrausschuss bekanntgegeben sind“[95], stelle. Dem „Deutsch-Demokratischen Verein“ genügte dies, zumal die Verpflichtung auf die Verfassung durch die eingetretenen Mitglieder vom Führer der Wehr schriftlich festgehalten und dem Wehrausschuss vorgelegt werden sollte.[96] In der Distanzierung von der Erklärung des Aktionsausschusses kommt aber natürlich auch die Befürchtung der Demokraten zum Ausdruck, dass die neue „Volkswehr“ einseitig links ausgerichtet sein und von MSPD-, USPD- und KPD-Mitgliedern beherrscht werden würde. Die Verlängerung der Einschreibmöglichkeit durch den Aktionsausschuss um zwei Tage deutet darauf hin, dass sich bis zum 5. April nur wenige Preetzer in die Mitgliederlisten eingetragen hatten. Leider liegen uns aber keine Einschreiblisten vor, so dass wir über das Aufwachsen und die Zusammensetzung der entstehenden Wehr keine Angaben machen können. Parallel dazu warb der Aktionsausschuss aber immer noch für den Eintritt in die Arbeiterwehr: „An die organisierten Kopf- und Handarbeiter von Preetz. Da die Gefahr von rechts droht, ersuchen wir euch […] zur öffentlichen Versammlung in Bauers Gasthof, Kirchenstraße, zwecks Eintritt(s) in die Arbeiterwehr zu erscheinen. Da wir annehmen, dass ihr euch der Lage voll bewusst seid, erwarten wir euer aller Erscheinen.“[97] Wie die Preetzer Zeitung am 3. April berichtetet hatte, war schon auf der außerordentlichen Kollegiensitzung zwei Tage zuvor „ausgiebig über die am Orte noch bestehende Arbeiterwehr debattiert“[98] worden. Christian Steen als amtierender Vorsitzender des Aktionsausschusses sah sich gezwungen, den Fortbestand der Arbeiterwehr zu rechtfertigen: „Stadtverordneter Steen führt aus, dass man es den Arbeitern nicht verdenken könne, wenn sie die Waffen nicht abliefern wollen, da die Luft noch voller Konfliktstoffe sei.“[99] Angesichts der Tatsache, dass zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal der Antrag auf Bildung einer Volkswehr in Preetz abgeschickt worden war, war dies eine durchaus nachvollziehbare Haltung, zumal bis dahin die Arbeiterwehr mit ihren Patrouillen tatsächlich für „Ruhe und Ordnung“ in Preetz gesorgt hatte.

Am Tag der Debatte um den Fortbestand der Arbeiterwehr in Preetz schickte Innenminister Severing ein Telegramm an alle nach-

94 PZ v. 6.4.1920.
95 PZ v. 8.4.1920.
96 Vgl. § 2 der Satzung (Anm. 93).
97 PZ v. 8.4.1920.
98 PZ v. 3.4.1920.
99 Ebenda.

geordneten Behörden. Danach wären „*Vollzugsräte*, *Arbeiterräte* und *dergleichen*, welche während der verfassungswidrigen Zustände gebildet wurden und noch bestehen, lediglich als beratende und vermittelnde (Hervorhebungen im Original, siehe Abbildung, R. G.) Organe der betreffenden Stellen der Staats- und Kommunalverwaltungen anzusehen. Vollziehende Gewalt steht ihnen verfassungsgemäß nicht zu. Anordnungen an Behörden, Verhaftungen, Absetzungen und Ernennungen von Beamten durch sie sind deshalb gesetzwidrig.“[100] Die Absicht des Innenministers war klar: Auf keinen Fall wollte man erneute Ansätze von Rätedemokratie, wie sie 1918/19 bestanden hatten, aufkommen lassen. In Preetz führte weder die Arbeiterwehr noch der Aktionsausschuss Derartiges im Schilde. Die überwiegend sozialdemokratischen Mitglieder des Aktionsausschusses wären nie und nimmer auf die Idee gekommen, ihren eigenen Parteigenossen und amtierenden Bürgermeister August Nothdurft oder die von diesem geführten Beamten im Zuge des Putsches abzusetzen ! Jedenfalls auf die Situation in Preetz und auch in vielen anderen Orten in Schleswig-Holstein bezogen musste dieser Versuch, die Aktionsausschüsse oder, wie sie andernorts auch hießen, Exekutivkomitees in die Schranken zu weisen, völlig ins Leere laufen.

Am 10. April antwortete der Referent für Einwohnerwehren beim Oberpräsidium auf den Antrag aus Preetz. Die angeforderten Waffen könnten zurzeit nicht geliefert werden, „da in nächster Zeit allgemeine Bestimmungen über Volkswehren gegeben werden“.[101] Verwunderlich war diese Antwort nicht, war ja zur gleichen Zeit das Einwohnerwehrverbot, wie wir gesehen haben, für Preußen ausgesprochen worden. Dennoch hakte Bürgermeister Krug am 15. April noch einmal nach, indem er darauf hinwies, dass in der eingereichten Satzung „alle berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft genügend Berücksichtigung“ gefunden hätten.[102] Vielleicht glaubte er, dass der sozialdemokratische Oberpräsident wegen der Bestimmungen zur Zusammensetzung der Wehr mit der Genehmigung zögerte. Er hob jedenfalls noch einmal die starke Vertretung der Gewerkschaften und des Aktionsausschusses im Wehrausschuss hervor. Dann brachte er die Kriterien zur Sprache, die der Aktionsausschuss für die Mitgliedschaft in der zukünftigen Volkswehr aufgestellt hatte, und beschwerte sich über einen Beschluss des Aktionsausschusses, die Vertreter der städtischen Kollegien aus dem Wehrausschuss auszuschließen. Dieser Beschluss habe zur Auflösung des Wehrausschusses geführt.[103] Einmal abgesehen davon, dass dieser Beschluss bei zwei Vertretern des Aktionsausschuss im Wehrausschuss wohl kaum ausgereicht haben dürfte, den auf einem einstimmigen Beschluss der Stadtkollegien beruhenden Wehrausschuss aufzulösen, haben wir einen Beleg für seine Weiterexistenz. Auf der Mitgliederversammlung der MSPD vom 9. April wurde der „Gen. Müller in den Wehrausschuss neu gewählt“.[104] Bürgermeister Krug dramatisierte hier wohl wieder etwas. Der wahre Grund für die spätere Einstellung der Tätigkeit des Wehrausschuses letztlich eher ib den un-

100 Weitergegeben von Lauritzen als amtierender Landrat wohl schon am 2.4., veröffentlicht im Öffentlichen Anzeiger für den Kreis Plön sowie der Preetzer Zeitung erst am 9.4.1920.

101 Schreiben an die Stadt Preetz v. 10.4.1920, LAS 301 Nr. 2462.

102 Schreiben v. 15.4.1920, LAS 301 Nr. 2462.

103 Vgl. ebenda.

104 Ortsvereinsprotokoll v. 9.4.1920.

2397 B. Plön, den 2. April 1920.

Vollzugsräte, Arbeiterräte und dergleichen.

Nach einem Telegramm des Herrn Ministers des Innern vom 1. ds. Mts. sind Vollzugsräte, Arbeiterräte und dergleichen, welche während der verfassungswidrigen Zustände gebildet wurden und noch bestehen, lediglich als **beratende und vermittelnde** Organe der betreffenden Stellen der Staats- oder Kommunalverwaltungen anzusehen. Vollziehende Gewalt steht ihnen verfassungsgemäß nicht zu. Anordnungen an Behörden, Verhaftungen, Absetzungen und Ernennungen von Beamten durch sie sind deshalb gesetzwidrig.

Die **Gemeinde-** und **Ortspolizeibehörden** des Kreises erhalten hiervon zur weiteren Mitteilung an die eingangs bezeichneten Stellen Kenntnis.

Der Landrat.
J. V.: J. Lauritzen, Kreisdeputierter.

Veröffentlicht!
Preetz, den 9. April 1920.
Der Magistrat.

Erlass von Innenminister Severing vom 1.4.1920 zu den Rechten der Vollzugsräte wie dem Preetzer Aktionsausschuss vom 1.4.1920, aus: Preetzer Zeitung vom 9.4.1920

überbrückbaren Gegensätzen zwischen KPD- und USPD-Vertretern einerseits und bürgerlichen Vertretern andererseits gelegen haben, die sich unter anderem an der Frage des Fortbestehens der Arbeiterwehr oder den Kriterien für die Aufnahme in die Volkswehr entzündet hatten.

Den Bürgermeister trieb aber noch etwas anderes um. Er stellte fest, dass die Arbeiterwehr seit dem 13. März über 27 Gewehre und die entsprechende Munition verfügte und der Aktionsausschuss „Leute zu den bewaffneten Patrouillengängen mit den Waffen genommen (habe), welche nicht das allgemeine Vertrauen der Einwohnerschaft genießen“. Ob er damit die Auffassung der Mehrheit der Preetzer Bürger einschließlich der Arbeiterschaft zum Ausdruck brachte, sei einmal dahingestellt. „Wenn auch noch nichts Ernstliches vorgekommen ist“, räumte er dann auch ein, „so wollen wir als Obrigkeit doch nicht erst abwarten, bis Vorkommnisse irgendwelcher Art den Frieden, der augenblicklich hier herrscht, stören.“ Er gab also zu, dass seit der Vertreibung von Jaspersen die Ordnung in der Stadt gesichert war und es keinen Anlass für die Forderung nach Entwaffnung der Arbeiterwehr bis dahin gegeben hatte. Aus reiner Spekulation darüber, dass die Arbeiterwehr ihre Macht in Zukunft missbrauchen könnte, forderte er dennoch, „dass die Waffen in sichere Hände kommen“ und bat um die Entsendung eines Kommissars durch den Oberpräsidenten, „um in aller Güte das Notwendige durch Verhandlung mit dem Aktionsausschuss festzusetzen“.[105] Was sollte das anderes heißen, als dass der Vertreter des Oberpräsidiums ihm helfen sollte, die Arbeiterwehr zu entwaffnen und den Aktionsausschuss, der kurz vorher noch als gleichberechtigter Partner im

105 Alle Zitate ebenda.

Wehrausschuss gesessen hatte und als Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt war, zu entmachten oder ganz aufzulösen. Ein solcher Kommissar ist übrigens in Preetz, nach meiner Kenntnis, nie aufgetaucht. Noch dramatischer klingt ein weiteres Schreiben vom 21. April: „In der Zwischenzeit ist eine Arbeiterwehr von Seiten des Aktionsausschusses gebildet worden. Während ihr Herr Referent für Einwohnerwehren für unsere, nach Ihren Grundsätzen zu bildende Einwohnerwehr keine Waffen überweisen konnte, hat die Arbeiterwehr sicherem Vernehmen nach 45 Infanteriegewehre mit 3000 Schuss Munition und 100 Handgranaten aus Kiel durch Auto überbracht erhalten und am Sonntag (18.4., R. G.) nach öffentlich erfolgtem Ausklingeln nachmittags zur Verteilung gebracht. Wir teilen Ihnen das zu unserer – des Magistrats und der Polizeiverwaltung – Entlastung mit, da wir jede Verantwortung für etwa entstehende Unglücksfälle usw. ablehnen.“ Noch einmal erkundigt sich Krug nach dem von ihm erbetenen Kommissar.

Aber was hatte es nun mit dieser Waffenlieferung aus Kiel auf sich? „In der Einwohnerschaft herrscht darüber große Besorgnis“[106], übernahm die Preetzer Zeitung die Worte des Bürgermeisters, als sie über die Lieferung berichtete. Es drängt sich die Vermutung auf, dass sie aus den Beständen der Kieler Arbeiterwehr stammte, die genau zu diesem Zeitpunkt aufgelöst wurde. Die Kieler Arbeiterwehr musste sich ähnlicher Angriffe erwehren wie die Preetzer, wurde aber sogar von der konservativen Kieler Presse als disziplinierte Ordnungsmacht anerkannt.[107] Mitte April war dem Oberpräsidium in Kiel mitgeteilt worden, dass Finanzmittel für diese Wehr, die als stehende kasernierte Truppe organisiert war, über den 20. April hinaus nicht mehr zur Verfügung stünden und sie, wie alle von der Entente nicht genehmigten militärischen Verbände, aufgelöst werden müsste. Am Montag, dem 19. 4., fand deshalb in Kiel eine Vertrauensleuteversammlung von MSPD, USPD und KPD statt, auf der gegen die Auflösung der Arbeiterwehr protestiert wurde.[108] Die versammelten Vertrauensleute wiesen darauf hin, dass für regierungsfeindliche Truppenformationen „immer noch Gelder flüssig gemacht werden“. In einer Entschließung brachten sie die Überzeugung zum Ausdruck, „dass nur durch die Bewaffnung der organisierten Kopf- und Handarbeiter die beste Sicherung gegen alle konterrevolutionären Anschläge gegeben ist“.[109]

Auf einen militärischen Widerstand wollte die große Mehrheit der Versammelten allerdings verzichten, „da man nicht Gewalt gegen Gewalt setzen dürfe“.[110] Offensichtlich war nach Auflösung der Wehr zumindest ein Teil der Waffen in den Händen der Kieler Arbeiter bis zur allgemeinen Entwaffnung im Herbst 1920 geblieben.[111] Es ist also nicht abwegig, wenn man annimmt, dass die am 18.4. an die Arbeiterwehr in der Nachbarstadt Preetz gelieferten Waffen aus diesen Beständen stammten. Nachdem der Preetzer Magistrat und auch Landrat Lauritzen für den Kreis noch einmal nachgehakt hatten,[112] wurde aus Kiel mitgeteilt, dass keinerlei Maßnahmen zur Errichtung von Wehren mehr getroffen werden dürften, insbesondere

106 PZ v. 27.4.1920.
107 Vgl. Jürgen Jensen, Einwohnerwehren und Selbstschutzorganisationen in Schleswig-Holstein (im Folgenden: Jensen, Einwohnerwehren), Kiel 1991 (StA, masch.), S. 123ff. Bibliothek LAS, E I 7771.
108 Vgl. SHVZ v. 20.4.1920.
109 Ebenda.
110 Ebenda.
111 Vgl. Jensen, Einwohnerwehren, S. 128-130.
112 Vgl. Schreiben v. 6.5. u. 11.5.1920, LAS 301 Nr. 2462.

Sämtliche

Herren Arbeitgeber

werden aufgefordert, zu einer dringenden Besprechung heute, Dienstag abend 8 Uhr, im Hotel „Stadt Hamburg" zu erscheinen.

Thema: Wie stellen wir uns zur Forderung der Bezahlung der Streiktage.

Aufstellung ausgefallener Arbeitslöhne sind mitzubringen.

Das Erscheinen aller ist unbedingt erforderlich, da Mittwoch Magistratsverhandlungen stattfinden sollen.

Bund für Handel und Gewerbe.

J. A.: Hamel.

Aufruf der Preetzer Arbeitgeber zur Vorbereitung der Verhandlungen über die Bezahlung der Generalstreiktage, aus: Preetzer Zeitung vom 30. 3. 1920

hätten sich Kreisräte und Wehrberatungsausschüsse, „jeglicher Tätigkeit bei der Neubildung von Orts- und ähnlichen Wehren zu enthalten".[113]

In Preetz hat es also nie eine von allen Bevölkerungsschichten getragene „legale" Volkswehr auf der Grundlage demokratischer Prinzipien gegeben. Als aber Gefahr im Verzuge war, war, wie gesehen, die Arbeiterwehr zur Stelle. Die ausführliche Debatte um ihre Einrichtung und die Diskussion über die Gefahren, die angeblich von der Arbeiterwehr ausgingen, wirft ein Licht auf die Art, wie die lokalen Behörden mit der Gefahr von rechts für die junge demokratische Ordnung umgegangen sind. Kaum hatte die Arbeiterwehr, was eigentlich Aufgabe staatlicher Organe gewesen wäre, die militante Reaktion in Preetz zurückgeschlagen, wurde sie von der konservativen Stadtführung mit Misstrauen beäugt. Das Ziel war, sie so schnell wie möglich wieder aufzulösen. Trotz der zuletzt erwähnten „illegalen" Waffenlieferung war die Preetzer Arbeiterwehr kein linker Hort des Militarismus. Bei über 4000 Einwohnern besaß die Preetzer Arbeiterwehr, nach den „amtlichen" Angaben von Bürgermeister Krug, 72 Infanteriegewehre. Die eher konservativ ausgerichteten Einwohnerwehren in Kühren beispielsweise auf dem Klosterhof Preetz (460 beispielsweise 471 Einwohner) besaßen zum gleichen Zeitpunkt immerhin auch schon 30 beispielsweise 19 Gewehre.[114] Aber richtig ist, dass die flächendeckende Entmilitarisierung, die dann mit dem Entwaffnungsgesetz vom 7. August 1920 eingeleitet werden sollte, nur wenig erfolgreich war. Zwar wurden die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes auf den Titelseiten der Zeitungen veröffentlicht, Abgabeprämien für alle Waffentypen ausgelobt und hilfreiche Broschüren für die Durchführung der Entwaffnung

113 Telegramm des Abwicklungsamtes an den Referenten für Einwohnerwehren beim OP v. 15.5.1920, LAS Nr. 2475.

114 Vgl. Aufstellung des Referenten für Einwohnerfragen v. 11.2.1920, LAS 301 Nr. 2462 u. Statistik der Einwohnerwehren im Kreis Plön v. 15.2.1920, LAS 301 Nr. 2494.

Tagesordnung
für die außerordentliche
gemeinschaftliche Kollegiensitzung
am Donnerstag, den 1. April 1920, abends 7 Uhr, im Rathaussaale.

1. Bezahlung der Generalstreiktage.
2. Verschiedenes.

Preetz, den 31. März 1920.
Der Bürgermeister.

Bezahlung der Generalstreiktage.

Nach erfolgter Beratung zwischen Arbeitgebern u. Aktionsausschuß sollen die sechs Generalstreiktage den Arbeitnehmern von den Arbeitgebern derart bezahlt werden, daß Arbeitgeber und Stadt (letztere vorbehaltlich der Genehmigung der Städtischen Kollegien) je 50 % des Lohnes als Vorschuß zahlen, den das Reich beiden Teilen zurückzuerstatten hat. Die Auszahlung der gesamten Summe erfolgt durch die Arbeitgeber. Zwecks Anmeldung der Gesamtforderung sind die Lohnlisten (mit Spalten: Namen, Lohnbetrag, und Unterschrift des Empfängers als Quittung) bis spätestens **Sonnabend, 10. April 1920,** bei uns einzureichen.

Arbeitgeber, welche die 100 % nicht sogleich zahlen können, müssen Sonnabend, 3. April 1920, einen entsprechenden Antrag auf Vorschuß (unter Beibringung von Unterlagen über die Höhe) bei uns stellen. Dieser Vorschuß ist mit Zinsen in Wochenraten an uns zurückzuzahlen.

Preetz, den 31. März 1920.
Der Magistrat.

Bekanntgabe der Einigung des Magistrats, der Arbeitgeber sowie des Aktionsausschusses vom 31.3.1920 nach der Bestätigung durch die Stadtkollegien vom 1.4.1920, aus: Preetzer Zeitung vom 3.4.1920

verteilt[115], aber es wurden auch Ausnahmen beim Waffenbesitz für bestimmte Vereinigungen gemacht.[116] In einem seiner letzten Berichte über die Waffenbestände in Preetz vom 10.12.1920 bedauerte Bürgermeister Krug: „Die von dem Aktionsausschuss dem Kriegerverein hier selbst abgenommenen 8 Gewehre Modell 98 sind nicht wieder in den Besitz des Kriegervereins gelangt, so dass der Verein jetzt keine Gewehre mehr besitzt.“[117] Sie haben jedenfalls in den Händen der Preetzer Arbeiter seit dem 13. März ihren Dienst getan. Wo die während des Putsches in Preetz in Umlauf befindlichen oder aus Kiel nachgelieferten Waffen geblieben sein könnten, lässt eine kleine Zeitungsmeldung am Ende des Jahres 1920 vermuten: „Die Schüler M. W. und K. H. fanden am Ufer des Postsees an der Hufe mehrere Sorten von Handgranaten und Patronenrahmen, teils noch in Lederpatronentaschen verpackt. Die Waffen sind anscheinend erst in letzter Zeit hierhin geworfen worden, um sich ihrer zu entledigen, weil der Besitzer, falls sie bei einer Hausdurchsuchung gefunden werden, sich noch Strafe zugezogen hätte“.[118] Die Zeitung forderte die städtische Verwaltung dann auf, Waffen und Munition einzusammeln, „damit nicht noch Unglücksfälle entstehen.“[119] Genauso wie die militärischen und wirtschaftlichen Folgen des Putsches noch einige Zeit spürbar waren, so konnte auch die politische Aufarbeitung des Putsches in Preetz nicht so schnell abgeschlossen werden und sollte auf allen Seiten, sei es bei der örtlichen SPD, sei es bei der örtlichen DNVP, noch Verwerfungen zeitigen.

3. Man war sich einig: Die Streiktage müssen bezahlt werden. Zunächst musste aber noch eine Frage geklärt werden, die vielen Arbeiterfamilien viel mehr unter den Nägeln brannte als die relativ abstrakte Frage, ob es in Preetz eine legitimierte Volkswehr geben sollte. Wie sollte man über die Runden kommen bei einem totalen Lohnausfall während des Generalstreiks, der für Werftarbeiter, die in Kiel arbeiteten, mindestens neun Tage betrug, aber auch für alle Werktätigen, die in den verarbeitenden Betrieben und Geschäften in Preetz ihren Arbeitsplatz hatten, einen Lohnausfall für mindestens sechs Tage bedeuteten. Die Kommunen und die Arbeitgeber argumentierten gemeinsam schon früh sehr formal: Da die Reichsregierung für den Streikaufruf verantwortlich sei, hätte diese auch die finanziellen Folgen des Streiks zu tragen. Dieser

Auffassung hatte sich zum Beispiel auch die Arbeiterschaft von Plön angeschlossen.[120] In Preetz nahm sich der Aktionsausschuss auch dieses Problems an und eröffnete die Diskussion um die Bezahlung der Streiktage mit einem Aufruf: „Die am Generalstreik beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen(!) fordern wir hiermit auf, bei den Arbeitgebern eine vorschussweise Bezahlung der Streiktage zu erwirken."[121] Gleichzeitig wurden „nähere Verhandlungen" zwischen Magistrat, Arbeitgebern und Aktionsausschuss angekündigt. Nicht das in Preetz gut organisierte und für Lohnfragen zuständige Gewerkschaftskartell ergriff also die Initiative, sondern der Aktionsausschuss vertrat die Arbeiterschaft in den Verhandlungen mit Arbeitgebern und Stadt. Diese Verhandlungen wurden in Preetz dadurch erleichtert, dass es in Kiel schon am 25.3. zu einer Einigung über die Bezahlung der Streiktage zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern gekommen war, aber auch in dieser hieß es: „Es herrscht Einmütigkeit darüber, dass es Pflicht der Regierung ist, die Vorschüsse zu erstatten."[122] Erst am 15. April beschloss die Reichsregierung die Erstattung der Vorschüsse, aber auch nur unter der Vorbedingung, dass die Arbeit spätestens am 22. März wieder aufgenommen worden war.[123]

In Preetz legte der Magistrat den Beginn der vom Aktionsausschuss angekündigten dreiseitigen Verhandlungen für den 31. März fest: „Am besten wird eine Versammlung des Arbeitgeberverbandes, des Aktionsausschusses und des Magistrats im Rathaussaale stattfinden."[124] Zur Vorbereitung rief der Bund für Handel und Gewerbe für den folgenden Tag eine öffentliche Versammlung aller Arbeitgeber ein, um über das Thema „Wie stellen wir uns zur Bezahlung der Streiktage" zu diskutieren. Eine „Aufstellung ausgefallener Arbeitslöhne" sei mitzubringen, mahnte der Vorsitzende des Gewerbevereins Hamel noch an.[125] Bei den Verhandlungen im Rathaus erklärten sich die Arbeitgeber bereit, 50 Prozent des Lohnausfalls, der sich auf ca. 40 000 Mark[126] belief, zu übernehmen. Die andere Hälfte wollte die Stadtkasse übernehmen, allerdings: „Die Erstattung der 100 Prozent seitens des Reiches wird vorausgesetzt."[127] Diejenigen Arbeitgeber, die sich durch ihren Anteil überfordert fühlten, erhielten einen entsprechenden Kredit von der Stadt, der allerdings verzinst werden musste.[128] Die so von allen Seiten gründlich vorbereiteten „Abmachungen betr. Bezahlung der Generalstreiktage" konnten am 1. April „debattelos", wie die Preetzer Zeitung erstaunt feststellte, auf der außerordentlichen Kollegiensitzung verabschiedet werden.[129] Alle Beteiligten hatten wohl von vornherein ein Interesse an einer schnellen Einigung. Die Arbeitnehmer erhofften sich eine schnelle Auszahlung des verlorenen Lohnes, wenn sie auf den Aktionsausschuss setzten, aber auch die privaten Arbeitgeber und die städtischen Betriebe (zum Beispiel Sparkasse und Stadtwerke) waren offenbar an einer schnellen Einigung interessiert. Auf einen Konflikt um die Nachzahlung der Löhne für die Putschwoche wollte es in dieser Situation offenbar keine Seite ankommen lassen.

115 Vgl. PZ v. 24.8.1920 u. 17.9.1920; Merkbuch zur freiwilligen Ablieferung von Waffen, vollständig erhalten in LAS 301 Nr. 2480.
116 Vgl. PZ v. 24.8.1920.
117 Vgl. SAP Nr. 514.
118 PZ v. 30.12.1920.
119 Ebenda.
120 Vgl. Schreiben des Magistrats von Plön an die Regierung in Schleswig, LAS 309 Nr. 22855.
121 PZ v. 26.3.1920.
122 Zit. n. Kieler Neueste Nachrichten (im Folgenden: KNN) v. 26.3.1920.
123 Vgl. Schreiben des Finanzministeriums an alle nachgeordneten Behörden, Zusage galt nur, wenn die Arbeit am 22.3. wieder aufgenommen worden war, vgl. LAS Nr. 5713.
124 Vgl. Magistratsprotokoll v. 29.3.1920, SAP Nr. 231.
125 PZ v. 30.3.1920.
126 Vgl. PZ v. 1.4.1920.
127 Vgl. Beschluss der Kollegien v. 1.4.1920, SAP Nr. 241.
128 Vgl. PZ v. 1.4.1920; Protokoll Außerordentliche Kollegiensitzung v. 1.4.1920, SAP Nr. 241; Beschluss in: PZ v. 3.4.1920
129 Vgl. PZ v. 3.4.1920.

Rechts:
Anzeige J. Tischbeins (MSPD-Ortsvorsitzender) gegen die Unterstützer Jaspersens vom 26.3.1920, aus: LAS 301 Nr. 4458

4. Juristische Nachspiele und ihre Grenzen Auf der außerordentlichen Kollegiensitzung am 1. April, auf der die Bezahlung der Streiktage so reibungslos genehmigt worden war, kam unter dem Punkt „Verschiedenes" das Vorgehen der Polizei und der Staatsanwaltschaft gegen die Arbeiter zur Sprache, die mitgeholfen hatten, Jaspersen und seine Helfer aus der Stadt zu vertreiben. Christian Steen ergriff wiederum das Wort: „Er kritisiert besonders scharf das Verhalten des ersten Staatsanwalts in Kiel, der, statt die Hochverräter, die von hier am Gefecht von Raisdorf beteiligten Arbeiter auf die Anklagebank zu bringen suche", berichtete die Zeitung.[130] Der Kritik am Vorgehen der Kieler Staatsanwaltschaft durch den Vorsitzenden des Aktionsausschusses war die am 31. März erfolgte Festnahme von zwei an der Schießerei am 18. März bei Raisdorf Beteiligten, dem Schuhmacher P. Richter und dem Arbeiter H. Schütt, vorausgegangen. Ihnen wurde vorgeworfen, für die Erschießung des Wachtmeisters Dörr und die Verwundung der Wachtmeister Blumenberg und Brodersen von der Sicherheitswehr mit verantwortlich zu sein.[131] Die Staatsanwaltschaft Kiel hatte Haftbefehl gegen beide beim Preetzer Amtsgericht beantragt. Aber offensichtlich hatte das Amtsgericht Preetz dem Antrag nicht entsprochen. „Richter und Schütt sind vom Amtsgericht entlassen", teilte Bürgermeister Krug in seiner Antwort auf die entsprechende Anfrage seitens des Oberpräsidenten Kürbis mit.[132] Vermutlich hatten sich die Preetzer Genossen direkt an Kürbis mit der Bitte gewandt, gegen das Vorgehen der Staatsanwaltschaft einzuschreiten. Eine weitere Verhaftung des Preetzer MSPD-Genossen Stark wegen Diebstahlsverdachts wurde sogar auf einer Ortsvereinssitzung der MSPD besprochen.[133] Aber auch er ist offensichtlich schnell wieder freigekommen, der Verdacht hatte sich auch hier nicht erhärtet.[134] Daraufhin hatte es wohl Arbeiterversammlungen in Preetz gegeben. „Die Arbeiterschaft ist durch die Verhaftungen sehr erregt, weil sie von Misstrauen gegen jede Behörde erfüllt ist", vermutete der Bürgermeister, wies aber darauf hin, dass Amtsgericht und Polizei zur Amtshilfe verpflichtet seien und bat Kürbis darum, Steen „nahezulegen, die Vorwürfe gegen die Polizeibehörden, soweit sie in den Versammlungen zum Ausdruck kommen, einzuschränken und aufklärend zu wirken".[135] „Die Polizeiverwaltung kann jedenfalls nichts dafür", fuhr Krug fort, „wenn den Mitgliedern des Aktionsausschusses und anderen das Verfahren bei den Behörden unbekannt ist. Ich bitte daher, […] die Behörden, welche verfassungstreu arbeiten, energisch in Schutz zu nehmen."[136] Kürbis ließ Steen von der Stellungnahme des Bürgermeisters in Kenntnis setzen und wies darauf hin, dass gegen rechtswidrige Anordnungen von Polizeibehörden Beschwerden möglich seien und ungesetzliche Verhaftungen „nach Lage der Sache" ausgeschlossen seien.[137] Kürbis hatte sich damit klar auf die Seite der Staatsanwaltschaft und der Polizei gestellt und den Forderungen von Krug weitgehend entsprochen. Ob die Antwort beruhigend auf die Arbeiterschaft in Preetz gewirkt hat, wissen wir nicht, aber die Preetzer Arbeiter und die MSPD-Basis mussten die Verfolgungsmaßnahmen gegen sie als

130 Bericht von der außerordentlichen Kollegiensitzung v. 1.4.1920, PZ v. 3.4.1920.
131 Vgl. Schreiben von Bürgermeister Krug an den Oberpräsidenten v. 10.4.1920, LAS 301 Nr. 5713.
132 Ebenda.
133 Ortsvereinsprotokoll v. 9.4.1920.
134 Vgl. Schreiben von Bürgermeister Krug an Oberpräsident Kürbis v. 10.4.1920, LAS 301 Nr. 5713.
135 Vgl. ebenda.
136 Ebenda.
137 Handschriftliche Randnotiz von Kürbis auf dem erwähnten Schreiben, vgl. ebenda.

Preetz, den 25. 3. 1920

3624

DEUTSCHER LANDARBEITER-VERBAND
Kreisvertrauensmann

An den
Herrn Oberpräsidenten
in Kiel.

Bitte sehr auch veranlassen auf folgende
Personen in Preetz das Strafverfahren
einleiten zu lassen, wegen Beteiligung
und Handlungen des Militärputsches.
1. die Kandidaten im Prediger Seminar
dieselben waren zum Schutze der Herren
Dr. Johannsen Schellhorn, trugen Schußwaffen
und Handgranaten und bedrohten die Arbeiter.
ferner waren auf dem Postamt in Preetz
2 ihre Waffen schon zu einem Angriff
auf die Arbeiter bereit versammelt, ohne
dass das Postgebäude [illegible] Kommandeur dieser
hatte die Herren Propst [illegible],
David Schön, [illegible] Klemm ehemaliger Leutnant
Kirchhoff, Katzge Professor, der Apotheker
Becker und Referendar Herr Voß

Die [illegible] genannten haben auf Aussage
des Postmeisters [illegible] [illegible] angesehen
schon Wächter welche sich auf dem Postamt
aufgehalten, denn auf dem Postamt wurden
4 Gewehre beschlagnahmt. Es wäre [illegible]
am Platze die Herren nach Kiel zu laden
und das [illegible] zu veranlassen

I. A.
[illegible] Eichelbein

Preetz
Wakendorferstraße 12.

Schikane und Hohn auf ihr mutiges Vorgehen gegen Jaspersen empfinden, zumal sich der Verdacht in keinem der Fälle erhärtet hatte. Die Preetzer Arbeiterschaft musste zu der Auffassung gelangen, dass die Kieler Justiz außerordentlich hart gegen sie vorging, eine Zeugenvorladung hätte es wohl in ihren Augen auch getan. Der Fall zeigt, wie aufgeheizt die Atmosphäre in Preetz drei Wochen nach dem Putsch noch war, wie übereifrig die Justiz gegen die Arbeiterschaft vorging, aber auch, wie sich die organisierte Arbeiterschaft zu wehren versuchte. Von ihrem Genossen Kürbis konnten sie in diesem Zusammenhang eigentlich nur enttäuscht sein.

Aber wie stand es eigentlich mit der strafrechtlichen Verfolgung der Protagonisten des Putsches in Preetz durch die Justiz? Die Initiative zur strafrechtlichen Verfolgung von Jaspersen ergriff weder die örtliche Polizeibehörde unter Bürgermeister Krug noch die Kieler Staatsanwaltschaft, sondern Joseph Tischbein als MSPD-Ortsvorsitzender und führender Gewerkschafter in Preetz. Auf Briefpapier des sozialdemokratischen deutschen Landarbeiterverbandes, dessen Kreisvertrauensmann er unter anderem war, wandte er sich am 25. März wiederum an Oberpräsident Kürbis[138]: „Wir sehen uns veranlasst, auf folgende Personen das Strafverfahren einleiten zu lassen, wegen Beteiligung und Handlungen des Militärputsches. 1. Die Kandidaten im Predigerseminar. Dieselben waren zum Schutze bei Herrn Dr. Jaspersen, Schellhorn, trugen Schusswaffen und Handgranaten und bedrohten die Arbeiter. Ferner waren auf dem Postamt in Preetz Nächte vorher schon zu einem Angriff auf die Arbeiter bereit(s) versammelt, ohne dass das Postpersonal Kenntnis davon hatte, die Herrn Kracht Bankbeamter, David Schön (Beruf unleserlich, R. G.), Etling, ehemaliger Lieutnant, Kirchenstr., Retzge, Provisor bei Apotheker Becker und (siehe oben, R. G.) Hans Voß. Die vier letztgenannten haben nach Aussage des Postmeisters Pohlmann, wie angeführt, schon Nächte vorher sich auf dem Postamt aufgehalten, denn auf dem Postamt wurden 4 Gewehre beschlagnahmt. Es wäre somit am Platze, die Herrn nach Kiel zu laden und das weitere zu veranlassen.“[139] Wenn die Angaben aus der Anzeige von Tischbein zutrafen – er musste allerdings damit rechnen, dass seine Angaben einer Überprüfung vor Gericht standhalten mussten –, dann war Otto Jaspersen nicht der isolierte Militarist auf dem Heilanstaltsberg, der von da aus versucht hatte, Preetz im Handstreich für die Putschregierung zu erobern. Dann hatte er Helfer aus der Mitte des Preetzer Bürgertums, unter anderem Familienangehörige oder leitende Angestellte von Firmen, die zum Teil bis heute existieren. Nach Tischbeins Angaben ist es anscheinend der Arbeiterwehr gelungen, die Verbrüderung von Jaspersens Trupp und den auf der Lauer liegenden Bürgersöhnen zu verhindern. Obwohl die Schilderung der Putschvorbereitungen auf dem Postamt einschließlich der Namensnennung der beteiligten Personen relativ konkret ist, wurden aber, soweit bekannt ist, während der nun folgenden Ermittlungen weder die Kandidaten des Predigerseminars noch die verhinderten Putschisten im Preetzer Postamt polizeilich oder straf-

138 Tischbein folgte damit eigentlich nur den Vereinbarungen der Gewerkschaften mit der Reichsregierung v. 20.3.1920, in denen sich die Vertreter der Mehrheitsparteien als Gegenleistung für den Abbruch des Generalstreiks verpflichtet hatten, dass sie für „die sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch und am Sturz der verfassungsmäßigen Regierung Schuldigen“ eintreten wollten. Diese Vereinbarung war auf der Titelseite der PZ v. 22.3.1920 in vollem Wortlaut abgedruckt worden.

139 Brief an den Oberpräsidenten Kürbis v. 25.3.1920, LAS 301 Nr. 4458. Die Rechtschreibung und die Zeichensetzung wurden in der Wiedergabe nur leicht verändert oder ergänzt, um die Lesbarkeit des Textes zu erhöhen.

rechtlich verfolgt. Der Kieler Polizeipräsident Poller und Oberpräsident Kürbis konzentrierten sich in den folgenden Tagen jedenfalls ganz auf die Verfolgung von Otto Jaspersen, dessen Verfahren mit dem gegen den Diplomingenieur Werner, der als Pressebeirat für den von von Levetzow eingesetzten Oberpräsidenten Lindemann gearbeitet haben sollte, zusammengefasst wurde.[140] Kürbis übermittelte Poller am 30. März die Anzeige von Tischbein, auszugsweise auch den oben erwähnten Rechtfertigungsbericht von Landrat Kiepert, den er inzwischen erhalten hatte, und kam zu folgendem Ergebnis: „Aus diesen Schriftstücken ergibt sich gegen den Sanitätsrat Dr. Jaspersen, Schellhorn, der dringende Verdacht der Beihilfe zum Hochverrat, Verbrechen strafbar nach § 81 des RSTGB[141], dadurch begangen, dass er durch Rat und Tat die Unterstützung der Staatsstreichregierung Kapp förderte […]. Da nach den mir zugegangenen Nachrichten Gefahr besteht, dass Jaspersen und Werner (vergleiche oben) in gleicher Weise wie Lindemann flüchtig werden, bitte ich ihre hurtige Festnahme auszuführen und sie der Staatsanwaltschaft Kiel zu übergeben. Die Staatsanwaltschaft Kiel ersuche ich, Haftbefehl zu erwirken und mir zwecks Berichterstattung an den Herrn Minister des Innern das Veranlasste mitzuteilen."[142] Polizeipräsident Poller reagierte schnell und schickte noch am selben Tag den Kriminalkommissar Leskien zusammen mit zwei Wachtmeistern nach Schellhorn. Dort trafen diese zunächst auf die „Oberin" der Heilanstalt, die ihnen erklärte, dass Otto Jaspersen Schellhorn schon vor 14 Tagen verlassen hätte. Wo er sich aufhalte, könne sie nicht sagen. Nach längerem Warten tauchte dessen Frau Elisabeth Jaspersen auf, zusammen mit ihrem Rechtsbeistand Wilhelm Jaspersen.[143] Dieser bestätigte, dass Otto Jaspersen „seit etwa 14 Tagen von Schellhorn abwesend sei." Er kenne den Aufenthaltsort nicht. „Frau Jaspersen m ö c h t e (Hervorhebung im Original, R. G.) ihn nicht angeben", fügte er hinzu, „Sanitätsrat Jaspersen halte sich verborgen, „weil er von den Preetzer Arbeitern für vogelfrei erklärt worden sei."[144] Es sei ein Bericht aus Jaspersens Sicht an den Regierungspräsidenten abgegangen, eine Abschrift werde auch dem Oberpräsidenten zugänglich gemacht.[145] Die Polizisten scheinen unverrichteter Dinge wieder abgezogen zu sein und sich mit den erhaltenen Auskünften zufriedengegeben zu haben. Eine Durchsuchung, möglicherweise mit weiteren Polizeikräften, auf dem weitläufigen Gelände oder in den Villen der Heilanstalt scheinen sie nicht ins Auge gefasst zu haben. Noch heute wird in der Familie Jaspersen kolportiert, dass Otto Jaspersen sich auf dem Dachboden eines der Häuser auf dem Mühlenberg versteckt gehalten habe. Am 6. April informierte Poller seinen Parteifreund Kürbis darüber, dass die Festnahme von Otto Jaspersen in Schellhorn fehlgeschlagen wäre: „Sein Aufenthaltsort hat bisher nicht ermittelt werden können."[146] Weder er noch Poller haben dann aber augenscheinlich Maßnahmen ergriffen, um Jaspersens Aufenthaltsort zu erkunden und seiner doch noch habhaft zu werden. Eine kleine Zeitungsnotiz, ein Zufallsfund, ist ein weiteres Indiz dafür, dass Jaspersen sich weiterhin auf seinem Gelände in

140 Vgl. ebenda.

141 § 81 lautete: „Wer […] es unternimmt die Verfassung des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates […] gewaltsam zu ändern […] wird wegen Hochverrats mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein."

142 Schreiben von Kürbis an Poller v. 30.3.1920, LAS 301 Nr. 4458.

143 W. Jaspersen gehörte der Haderslebener Linie der Familie Jaspersen an und führte seit 1919 eine Rechtsanwaltspraxis in der Bahnhofstraße 14 in Preetz.

144 Bericht des Kriminalkommissars Leskien v. 30.3.1920, LAS 301 Nr. 4458.

145 Vgl. ebenda. Dieser angekündigte Bericht taucht in keiner Akte des Verfahrens auf.

146 Schreiben von Polizeipräsident Poller an Oberpräsident Kürbis v. 6.4.1920. LAS 301 Nr. 4458.

Schellhorn aufgehalten hat. Der zusammenfassende Bericht der Kieler Neuesten Nachrichten über die Ereignisse in Kiel während des Putsches vom 23.3. enthält die folgenden Zeilen: „Marine-Gewerberat Jaspersen von der Reichswerft wurde Sonnabend (20.3., R. G.), als er sich auf dem Wege nach Preetz befand, um seinen dort wohnenden Bruder zu besuchen, auf der Landstraße bei Elmschenhagen von Elmschenhagener Wachmannschaften angehalten, nach Kiel gebracht und dann entlassen. Sonntag wurde Gewerberat Jaspersen vom Polizeipräsidenten in Schutzhaft genommen."[147] Wir wissen nicht, warum er in Schutzhaft genommen wurde. Dies muss nichts mit der Beteiligung seines Bruders am Kapp-Putsch in Preetz zu tun gehabt haben, aber er wird sich kaum bei unterbrochenem Schienenverkehr auf den mühsamen Weg nach Schellhorn aufgemacht haben, wenn er vermuten musste, dass er seinen Bruder dort nicht antreffen würde.

Joseph Tischbeins Initiative war also alles in allem, obwohl der Oberpräsident von Schleswig-Holstein und der Polizeipräsident von Kiel eingeschaltet waren, am Ende im Sande verlaufen. Von der Preetzer Gendarmerie unter Bürgermeister Krug konnte er aber auch keine energischere Verfolgung von Jaspersen und den Unterstützern des Putsches in Preetz erwarten. Im Grunde genommen waren nicht mehr als ein paar Berichte und ein umfangreicher Briefwechsel bei der Sache herausgekommen. Mit dem Amnestiegesetz vom August 1920 war an eine wie auch immer geartete Bestrafung der Putschisten auf lokaler Ebene ohnehin nicht mehr zu denken.

Ein kleiner „Erfolg" ließ sich für die Verteidiger der Demokratie in Preetz aber vielleicht doch verbuchen. Am 3. Juli meldete die Preetzer Zeitung: „Versetzung. Postmeister Pohlmann ist von hier nach Barmstedt versetzt und Postmeister Kutzky von Barmstedt nach hier. Der Antritt erfolgt am 6. Juli."[148] Könnte diese Versetzung, bei der einfach ein Postmeister gegen einen anderen ausgetauscht wurde, also keine Beförderung oder Ähnliches im Spiel war, etwas mit dem Putsch oder mit dem Waffenlager auf der Preetzer Post im März 1920 zu tun haben? Pohlmann war ein angesehener Bürger von Preetz, der seit Februar 1916[149] den mächtigen Bürgerverein führte. So hatte er auch mit dafür gesorgt, dass die gemeinsame bürgerliche Wahlliste zur Kommunalwahl 1919 zustande gekommen war. Noch im Kommunalwahlkampf hatte er, DNVP-Mitglied wie Jaspersen, gerechtfertigt, dass den Sozialdemokraten im Oktober 1918 bei der Nachwahl zur Stadtverordnetenversammlung nur ein Sitz auf der damaligen Einheitsliste angeboten worden war.[150] Die SPD eroberte dann, allerdings über eine eigene Liste, insgesamt fast die Hälfte der Sitze, nämlich 4 von 9. Am 30.6.1920 trat er als Bürgervereinsvorsitzender zurück und Apotheker Becker wurde zu seinem Nachfolger gewählt.[151] Dass vielleicht nicht nur eine zeitliche Nähe zwischen dem Putsch und seiner Versetzung bestand, deutet sich in einer persönlichen Eintragung an, die er dem Protokoll vom Tag seiner überraschenden Verabschiedung hinzugefügt hat: „Ich wünsche dem Verein bei meinem Fortzuge aus Preetz, zu dem

147 Kieler Neueste Nachrichten (im Folgenden: KNN) v. 23.3.1920. Dieser wird im Herbst 1920 in Auseinandersetzungen zwischen der Reichswerftleitung und den Werfarbeitern auf der Seite der Leitung noch eine prominente Rolle spielen.
148 PZ v. 3.7.1920.
149 Vgl. Protokoll Bürgervereinssitzung v. 23.2.1916, SAP Nr. 1028.
150 Vgl. PZ v. 22.2.1919.
151 Vgl. Protokoll Bürgervereinssitzung v. 30.6.1920, SAP Nr. 1028.

Deutsche Wähler und Wählerinnen!

Der 20. Februar ist der Tag des Volksgerichts! Wen wählen wir?

Niemals die Sozialdemokratie, denn sie hat uns in den Sumpf hineingetrieben, sie hat das Reich und Preußen zerschlagen, sie hat uns die Parteiwirtschaft auf allen Gebieten gebracht, sie kann und will verteilen und zerteilen, aber sie kann keine Werte schaffen.

Niemals die Demokratische Partei, die Partei der Juden, die Hörigen der Sozialdemokratie, die Schieber und Schätzer der Zwangswirtschaft, die Befürworter der Sozialisierung, die Partei, durch deren angebliche bürgerliche Stimmen das Deutsche Reich seine alte ruhmreiche Flagge „schwarz-weiß-rot" verloren hat.

Niemals die Schleswig-Holsteinische Landespartei, die Fahnenträgerin ohne parlamentarische Ehre, die auf die Partei der Erzbrecher, die Partei, die sich mit den Welfen verbündete, deren einziger Abgeordneter Hospitant bei den Demokraten war.

Auch nicht die Deutsche Volkspartei, die Partei der „mittleren Linie", auf der man und demnach Verantwortung nicht zu erreichen sind.

Wer auf falschem Wege ist, wie unser armes deutsches, preußisches Volk jetzt, muß den Mut zu starken Entschlüssen haben, darf sich nicht mit Halbheiten begnügen.

Darum wählen wir die

Deutsch-Nationale Volkspartei!

Sie will ein neues Deutschland — Preußen auf nationalem Pflichtbewußtsein und der Mitarbeit aller am Staat in alter Redlichkeit gründen, getreu ihrer in ihren „Grundsätzen" niedergelegten Weltanschauung.

Deshalb wählen wir:

Zum Reichstage die Liste: Dr. Oberfohren — Thomsen — Frau Voss-Zietz!

Zum Landtage die Liste: Milberg — Rüffer — Bayer.

Wahlaufruf der DNVP zur Reichstagswahl am 20. Februar 1921, aus: Preetzer Zeitung vom 18.2.1921

mich widrige Verhältnisse gezwungen haben, schönstes Blühen und Gedeihen zum Wohle der schönen Stadt, in der ich trotz allem immer gern geweilt habe."[152] Nach einem freiwilligen Abschied klingt das wirklich nicht. Pohlmann hatte, laut Anzeige von Tischbein, ja auch erklärt, dass vier Putschteilnehmer sich in den vier Nächten vor dem Putsch auf dem Postamt aufgehalten hatten.[153] Es liegt also nahe, dass er zumindest über Putschvorbereitungen informiert war, wenn er sie nicht selbst sogar begünstigt hat.

5. Otto Jaspersen und die DNVP im Kreis Plön. Otto Marius Christian Jaspersen, geb. 1863, stammte aus einer Kieler Kaufmanns- und Industriellenfamilie. Ursprünglich stammte die Familie Jaspersen allerdings aus Nordfriesland. Dort besaß sie im heutigen Treia östlich von Husum einen sogenannten Freihof, der ursprünglich weitgehend abgaben- und herrschaftsfrei war. Otto Jaspersen studierte Medizin in Kiel, Freiburg/Br. und Paris und ließ sich danach als Nervenarzt in Kiel nieder. 1895 heiratete er Elisabeth Stender, Tochter eines Besitzers einer privaten „Irrenanstalt" aus der Nähe von Schleswig, und kaufte 1893 das 5½ ha große Gelände auf dem Mühlenberg in Schellhorn, um eine moderne Nervenheilanstalt für betuchte Patientinnen zu errichten. Im 1. Weltkrieg diente er als Militärarzt und wurde 1915 zum Oberstabsarzt befördert und als Obermedizinalrat aus der Reichswehr entlassen. Dem Ehepaar wurden vier Kinder geboren, die beiden älteren, die Söhne Karsten und Wolfgang, schlos-

152 Protokoll Bürgervereinssitzung v. 30.6.1920.

153 Vgl. den Text der handschriftlichen Anzeige, S. 141.

sen sich später der NSDAP an, Wolfgang Jaspersen auch der SA. Otto Jaspersen selbst trat politisch in Preetz erstmals im Dezember 1913 in Erscheinung, als er zur Gründung einer Ortsgruppe der Nationalliberalen Partei aufrief, „um den bestehenden konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Vereinen auch äußerlich ein geschlossenes Ganzes entgegenstellen."[154] Schon hier wurde deutlich, wo er politisch stand und wen er als seinen politischen Hauptgegner betrachtete. Er führte aus: „Von den beiden Zielen der Partei – national, liberal – sei die Bestrebung, im echt nationalen Sinne zu wirken, die wichtigste." Vor allem wandte er sich „mit aller Entschiedenheit" gegen jede Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie. Dann machte er sich zum Anwalt der Preetzer Gewerbetreibenden und Geschäftsleute und hob „besonders die sich immer weiter ausdehnende Macht der Konsumvereine hervor, die zu bekämpfen das Hauptziel des bürgerlichen Mittelstandes sein müsse."[155] Der Gastredner auf der Veranstaltung, der Generalsekretär der Nationalliberalen, Wenken, forderte, dass mehr Geld für die Aufrüstung ausgegeben werden müsste und Kolonien für Deutschland unbedingt zu bejahen seien. Man habe an der Sozialpolitik mitgewirkt, die Belastungsgrenze besonders für die kleinen Arbeitgeber sei aber erreicht und deshalb habe die nationalliberale Partei im Reichstag auch gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung gestimmt.[156]

Auf der ersten Mitgliederversammlung des neuen Nationalliberalen Vereins freute er sich, dass die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung der SPD von der Ortsgruppengründung Notiz genommen hatte. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war er wahrscheinlich auch der Vorsitzende der DNVP-Ortsgruppe von Preetz und Schellhorn.[157] Die beiden Gastredner hier sprachen zu sozialpolitischen Themen: Die Regelung des Arbeitswilligenschutzes in der Gewerbeordnung und „das wichtige Thema" Arbeitslosenversicherung. Diese wurde vom Referenten wiederum abgelehnt, stattdessen eine Zuzugssperre für die Landbevölkerung in die Städte empfohlen, um die Unterstützungskassen zu entlasten. Am Ende gedachte Jaspersen als Versammlungsleiter „der Tage vor zehn Jahren, wo Teile des deutschen Heeres in Südwestafrika gegen die aufständischen Schwarzen einen schweren Kampf ausführen mussten."[158]

Kurz vor diesen beiden Preetzer Veranstaltungen war Jaspersen zusammen mit Gutsbesitzer Johannßen aus Sophienhof, Hofbesitzer Ohrt aus Schellhorn und Graf zu Rantzau-Rastorf auf der sogenannten Nordmarkversammlung in Flensburg aufgetreten. Auf dieser Versammlung des „gesamten national gesinnten Schleswig-Holsteins", wie es in der Einladung hieß, hatte Jaspersen eine Resolution eingebracht, in der der preußische Staat aufgefordert wurde, „fest und ohne Wanken der dänischen Propaganda in Nordschleswig" entgegenzutreten und „eine Politik der festen Hand" gefordert wurde. Mit den Worten: „Nordschleswig ist deutsch, der Deutsche ist dort Herr im Hause und wer dort sonst noch wohnen will, muss das deutsche Hausrecht achten." Das Protokoll verzeichnete danach: „Langanhaltender, stürmischer Beifall !"[159] Die deutsche Niederlage im

154 Bericht von der Gründungsversammlung am 15.2.1913, PZ v. 16.12.1913.
155 Ebenda.
156 Vgl. ebenda. 26 Mitglieder sollen nach der Veranstaltung in die Partei aufgenommen worden sein.
157 Er tritt seit Januar 1919 auf verschiedenen politischen Versammlungen als ihr Sprecher auf, auf einer Protestveranstaltung der DNVP gegen den Versailler Vertrag am 19.5.1919 wird er zum ersten Mal als ihr Vorsitzender tituliert, vgl. PZ v. 21.5.19.
158 PZ v. 27.1.1914.
159 Stenographischer Bericht über die Nordmarkversammlung in Flensburg am 14. Dezember 1913, S. 19f.

1.Weltkrieg und die Novemberrevolution muss ein Mann mit dieser Haltung als besonders demütigend empfunden haben, aber schon im Dezember 1918 arbeitete er auf die Gründung einer Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei in Preetz hin. Auf der Gründungsveranstaltung der Deutschen Volkspartei in Preetz im Januar 1919, auf der er als Debattenredner auftrat, wurde Jaspersen gefragt, warum er jetzt, als ehemaliger Nationalliberaler, die DNVP unterstütze. In einem Leserbrief kurz danach stellte er in der Preetzer Zeitung klar, er habe auf der Veranstaltung als Grund seines Austritts nicht die nicht erfolgte Neugründung der Nationalliberalen Partei angegeben, sondern „den in der Provinzialausschusssitzung vom 17. 12. 1918 gefassten Beschluss eines engen Wahlbündnisses (der DVP, R. G.) mit der Demokratischen Partei bezeichnet und darauf hingewiesen, dass […] ein Zusammengehen mit dieser letzteren Partei wegen ihrer engen Beziehungen zur Sozialdemokratie und einer hartnäckigen Ablehnung der Vereinigung der bürgerlichen Listen unmöglich sei.“[160]

Politischer Hauptgegner war und blieb aber auch jetzt die Sozialdemokratie. Die Weltkriegsniederlage und die Novemberrevolution hatten sein nationalistisches Weltbild offensichtlich überhaupt nicht erschüttern können. Die mit dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches erstarkenden demokratischen und sozialistischen Kräfte sah er als Bedrohung für die herkömmliche Gesellschaftsordnung, die Republik allenfalls als vorübergehende Verfassungsordnung, deren Untergang er über kurz oder lang erwartete. Auf einer Wahlveranstaltung der DNVP im Januar 1919 in Ascheberg zeigte er das deutlich, indem er „auf die Zerfahrenheit und mangelnde Autorität der Regierung, Willkür und Eigennutz der A. und S.-Räte, den (sic !) wüsten Chaos in Berlin, den beginnenden Bürgerkrieg (unter den sozialdemokratischen Gruppen), die Arbeitslosigkeit, Arbeitsunlust und auf den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch hinwies“. Mit dem Satz: „Ferner wies Redner hin auf die heutige demokratische Partei, in welcher der jüdische Geist herrsche“ schloss der Bericht über Jaspersens Einlassungen in Ascheberg.[161]

Im Wahlkampf zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung 1919 hatte die DNVP ein Trommelfeuer von Propagandaanzeigen in der Preetzer Zeitung abgefeuert, das die aller anderen Parteien zusammen in den Schatten stellte. Redner wurden herbeigeschafft, darunter die bekannte Deutschnationale Frau Voss-Zietz aus Bad Schwartau, auch der Bürgerverein stellte sich als Plattform für die DNVP zur Verfügung.[162] Das Ergebnis bei den Wahlen zur Nationalversammlung ließ allerdings, was die Stadt Preetz anging, stark zu wünschen übrig, nur 189 Stimmen waren für die DNVP abgegeben worden, das entsprach nicht einmal 7 Prozent der Gesamtstimmenzahl.[163] Dagegen konnte sich Jaspersen über das Ergebnis der Kommunalwahlen im Februar 1919 in Schellhorn freuen. Sie hatte ein Patt der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Liste gebracht, so „dass in Schellhorn nicht das sozialdemokratische Kommunalprogramm dienen wird, sondern das wohlverstandene Interesse der gesamten Einwohnerschaft“, wie er kommentierte.[164] Das

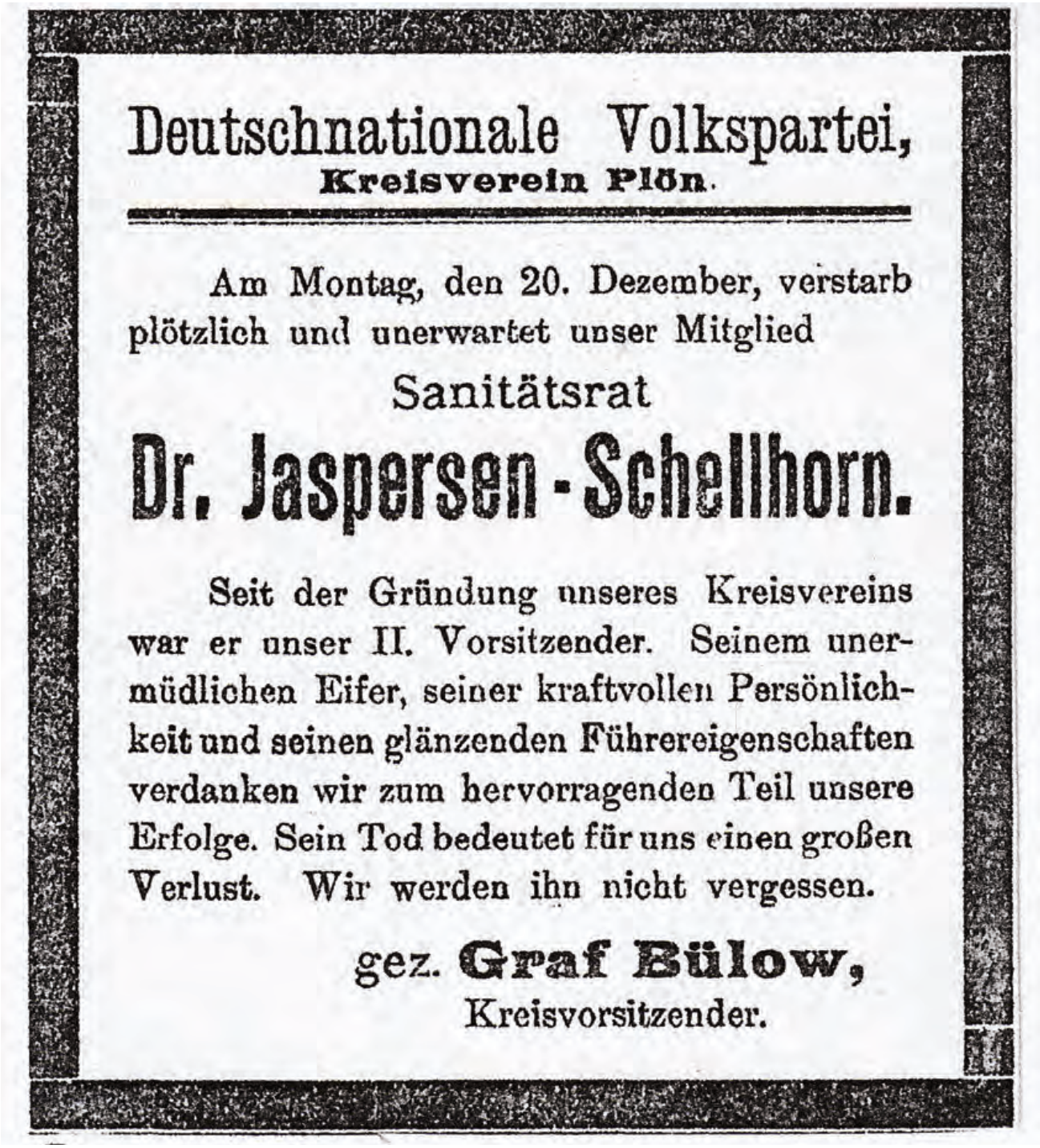
160 Leserbrief von Jaspersen in PZ v. 13.1.1919. Ein solcher Zusammenschluss von dem Demokratischen Verein bis zur Ortsgruppe der DNVP war zur Kommunalwahlwahl 1919 unter Führung des Preetzer Bürgervereins gelungen und hatte entscheidend zur knappen Wahlniederlage der MSPD beigetragen.

161 PZ v. 10.1.1919.

162 PZ v. 27.12.1918. Justizrat Bokelmann: „Die politische Lage und die Richtlinien der Deutschnationalen Volkspartei“

163 Vgl. PZ. v. 20.1.1919.

164 „Eingesandt“ von Jaspersen, PZ v. 27.2.1919.



Deutschnationale Volkspartei,
Kreisverein Plön.

Am Montag, den 20. Dezember, verstarb plötzlich und unerwartet unser Mitglied

Sanitätsrat

Dr. Jaspersen-Schellhorn.

Seit der Gründung unseres Kreisvereins war er unser II. Vorsitzender. Seinem unermüdlichen Eifer, seiner kraftvollen Persönlichkeit und seinen glänzenden Führereigenschaften verdanken wir zum hervorragenden Teil unsere Erfolge. Sein Tod bedeutet für uns einen großen Verlust. Wir werden ihn nicht vergessen.

gez. Graf Bülow,
Kreisvorsitzender.

Todesanzeige des DNVP-Kreisvereins für Otto Jaspersen, aus: Preetzer Zeitung vom 23.12.1926

Vorgehen, eine gemeinsame bürgerliche Liste aufzustellen, empfahl er auch für Preetz, wo er eine „wachsende Erregtheit und Nervosität" der MSPD glaubte feststellen zu können: „Es liegt nur an der Bürgerschaft von Preetz, die Befürchtung der Sozialdemokratie wahr zu machen."[165] Diese Liste kam dann ja auch zustande und siegte in der Wahl am 2. März 1919, wenn auch knapp. Im Mai 1919 wurde dann eine Protestveranstaltung gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages von der DNVP abgehalten. Redner war Dr. Oberfohren, Mitglied der Nationalversammlung und zu diesem Zeitpunkt unumstrittener Kopf der schleswig-holsteinischen DNVP. Wie immer ließ Jaspersen die Veranstaltung nach der Verabschiedung

165 Ebenda.

zweier Resolutionen mit einem dreifachen Hoch auf das Vaterland enden.[166]

Wahrscheinlich bewusst als Gegengewicht zu den Gedenkfeiern zum Jahrestag der Novemberrevolution veranstaltete die DNVP unter Jaspersen dann am 11.11.1919 einen „Vaterländischen Abend" im Preetzer Hotel „Stadt Hamburg". Der Saal wurde, wie zu erwarten war, „mit den schwarz-weiß-roten Wahrzeichen alter deutscher Treue" geschmückt. Als Jaspersen seine Begrüßungsansprache hielt, wurde klar, welche Art von Vaterland er meinte. So führte er „den Zuhörern noch einmal unser Vaterland in den glücklichen Zeiten unseres glänzenden Aufstiegs vor Augen, dadurch still dem Manne eine Huldigung darbringend, dem wir unsere einstige Größe in erster Linie zu verdanken hatten – Bismarck."[167] Das Ganze wurde mit Musik und Rezitationen untermalt und auch Professor Weinreich vom Predigerseminar hielt einen Vortrag über niederdeutsches Volkstum und Plattdeutsch, der dazu geführt habe, dass die Zuhörer „wieder stolz gemacht" worden seien auf ihre „niederdeutsche Art".[168]

Auf einer Kreisvertreterversammlung der DNVP in Preetz Ende Februar 1920 überließ er dann dem Kreisvorsitzenden Graf von Bülow und dem DNVP-Landesvorsitzenden Rogge das Feld, er hielt nicht einmal die sonst übliche Begrüßungsansprache. Landrat a. D. Rogge verkündete, laut Bericht: „Der Ruck nach rechts in politischer Hinsicht trete mit jedem Tage deutlicher hervor, trotzdem gelte es, mit äußerster Anstrengung an dem Gesundungsprozess unseres Volkes weiterzuarbeiten. Die politische Lauheit und Gleichgültigkeit der bürgerlichen Parteien müssen aufhören, dann würden die kommenden Wahlen ein Gottesgericht werden für die jetzt regierenden Parteien und die Regierung. Nicht nur einzelne Mitglieder der Regierung, nein, die ganze Regierung müsse verschwinden."[169]

Wenige Tage vor dem Putsch veranstaltete die DNVP noch eine Veranstaltung mit dem Thema: „Die Deutschnationale Volkspartei und die allgemeine Lage". Gastredner war diesmal der ehemalige Landrat von Hadersleben, Geheimrat von Dryander. Die nationale Begeisterung auf der Veranstaltung soll groß gewesen sein. „Der allseitige Beifall, den der Referent erntete, war der schlagende Beweis für ihre Richtigkeit", meinte die Preetzer Zeitung. Näher auf die Rede eingehen könnte sie aber wegen „immer fühlbarer werdende(n) Platzmangel(s)" nicht. Otto Jaspersen schloss die Versammlung wie immer mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das Vaterland, „das von allen […] stehend ausgebracht wurde."[170] Wenn wir von Tischbeins Angaben in der Anzeige vom 24. März ausgehen, begannen genau an diesem Abend, vier Nächte vor dem Putsch, die Putschvorbereitungen auf dem Postamt in Preetz mit der Einlagerung der Waffen. Es ist damit anzunehmen, dass zu diesem Zeitpunkt schon Informationen über oder sogar Anweisungen für den Putsch nach Preetz gelangt waren.[171] Fünf Tage später hatte Otto Jaspersen dann seinen großen Auftritt auf dem Preetzer Markt und auf dem Rathaus, bis er nach dem Putsch untertauchte

166 Vgl. PZ. v. 21.5.1919.
167 PZ v. 13.11.1919.
168 Vgl. ebenda.
169 PZ v. 1.3.1920.
170 PZ v. 9.3.1920.
171 Auch für Eutin gibt es Hinweise, dass der Protagonist des Putsches dort, der DNVP-Kreisvorsitzende Harders, schon bis zu 14 Tage vorher über die Putschvorbereitungen informiert war. Vgl. Lawrence D. Stokes, Der Kapp-Putsch von 1920 in Eutin, in: Ders., „Meine kleine Stadt steht für tausend andere…", S. 127-139, hier: S. 130f.

und aus der Öffentlichkeit verschwand. Intern scheint er aber weiterhin für den DNVP-Kreisverband aktiv gewesen zu sein, denn in der Todesanzeige für ihn schrieb Graf von Bülow: „Seit der Gründung unseres Kreisvereins war er unser II. Vorsitzender.“[172] Das deutet darauf hin, dass er diese Funktion durchgehend bis 1926 ausgeübt hat. Als Ortsvorsitzender der DNVP war er aber jetzt aber nicht mehr tragbar und wurde am 23.4. von seinem Parteifreund, dem Hofbesitzer Ohrt aus Schellhorn, abgelöst.[173] Als Propagandist wurde er durch den Geschäftsstellenleiter der DNVP und Gemeindevorsteher Mohr[174] aus Schellhorn ersetzt. In einem Beitrag für das Ostholsteinische Tageblatt kurz nach den Reichstagswahlen 1921 unter der Überschrift „Herr mach' uns frei“ glaubte er feststellen zu können, dass die Freiheit in der Weimarer Republik darin bestünde, „ungehemmt rauben, stehlen und betrügen zu können“. Seine Agitation zielte auch hauptsächlich auf die Sozialdemokratie ab: „Keine Partei hat, nachdem sie sich am Ziele ihrer Wünsche sah, so große Enttäuschungen erlebt wie die Sozialdemokratie nach der Revolution. Ihre utopistischen (sic !) Ziele, die sie als Aushängeschild für die Umnebelung der Massen benutzte wie Völkerverständigung, Völkerverbrüderung und ewiger Frieden […] sind restlos in alle Winde zerstoben.“[175] Aber er greift auch das parlamentarische System insgesamt an. Nachdem er Regierungsbildungen als reines „Theater“ abgetan hat, glaubt er feststellen zu können, dass auch frühere Verteidiger des Parlamentarismus zugeben müssten, „dass das deutsche Volk für den auf westlichem Boden gewachsenen 'reinen Parlamentarismus' noch nicht reif ist.“[176] In diesem Leitartikel des OHT versucht er der Zersplitterung der Rechtsparteien, die kurz zuvor durch die Abspaltung der Deutschvölkischen Freiheitspartei von der DNVP zugenommen hatte, noch etwas Positives abzugewinnen. Die Bildung der DVFP wäre eigentlich eine „Verbreiterung der Kampffront“, zumal die NSDAP „besonders unter ihrem begabten Führer Hitler in Bayern eine recht lebhafte Tätigkeit entfaltet.“ Er bekennt sich dabei auch ausdrücklich zur völkischen Ideologie, an dieser Frage käme auch kein DNVP-Politiker vorbei. Antisemitismus, über den jetzt niemand mehr die Nase rümpfen würde, und völkische Ideologie gehörten zusammen: „Die Judengegnerschaft ist nur ein allerdings sehr wesentlicher Teil des deutschvölkischen Gedankens.“ Er ist aber ganz optimistisch, was die Zukunft der DNVP angeht, er betrachte sie weiterhin als „Bindeglied im rechten Parteispektrum, bis sich alles wieder unter dem Banner der Deutschnationalen Volkspartei zum letzten Ansturm zusammenfindet.“ Das ist, wie wir heute wissen, der DNVP nicht gelungen. Zum Schluss bekräftigt er noch einmal: „Der Feind ist und bleibt für uns alle der gleiche: Er steht links in der jüdisch beherrschten Demokratie aller Schattierungen.“[177]

Am 23. 8. 1922 erschien Jaspersen dann wieder auf einer Kreisausschusssitzung der DNVP zur Vorbereitung der Kreisdelegiertenversammlung, die für Ende des Jahres in Preetz geplant war, und brachte dort eine einstimmig verabschiedete Entschließung ein, de-

172 PZ v. 25.12.1926.

173 Vgl. PZ v. 26.4.1920. Ohrt wurde gleichzeitig auch Kandidat für die bevorstehenden Reichstagswahlen. Die Verschiebung der Wahlen in Schleswig-Holstein war zu diesem Zeitpunkt noch nicht beschlossen.

174 Mohr war im April 1920 „wegen seiner Beteiligung an der Gegenrevolution“ angewklagt worden. Er soll Aufrufe der Kapp-Regierung im Gemeindekasten von Schellhorn veröffentlicht und Jaspersen unterstützt haben. Er ist daraufhin von Lauritzen am 14.4. suspendiert worden. Ein Disziplinarverfahren, das er gegen sich selbst eingeleitet hatte, führte zu einem Freispruch vor dem Untersuchungsausschuss beim Oberpräsidium. Vgl. Schreiben von Lauritzen an das Oberpräsidium v. 12.4.1920, LAS 301 Nr. 4458 u. PZ v. 27.5.1920.

175 OHT v. 15.5.1921

176 OHT v. 30.12.1922.

177 Alle Zitate ebenda.

ren Inhalt wir nicht kennen.[178] Auf dem Kreisparteitag im Dezember 1922 hielt er dann einen einstündigen Vortrag mit dem Titel „Die politische Lage im Lichte unseres Görlitzer Parteitages."[179] Ob er auch am Görlitzer Parteitag der DNVP teilgenommen hat, ließ sich nicht feststellen. Jaspersens Ausführungen sollen „fein durchdacht" und von „wärmster Vaterlandsliebe" geprägt gewesen sein und „lebhaften Beifall" gefunden haben.[180]

Eine geradezu programmatische Rede, die uns seine ideologische Ausrichtung schon eher deutlich macht und zeigt, dass er seit dem Putsch nichts dazu gelernt hatte, verdanken wir dem DNVP-Sprachrohr Ostholsteinisches Tageblatt (vormals Plöner Wochenblatt). Er sprang für einen verhinderten Redner auf einer Veranstaltung der Plöner DNVP-Ortsgruppe ein. Das Blatt, das die Rede sehr ausführlich wiedergab, erklärte: „Seine Ausführungen verdienen, da sich die November-Revolutionstage zum fünften Male jähren, als politische Lehre wiedergegeben zu werden."[181] Auf fast zwei Spalten ließ Jaspersen sich dort unter der Überschrift „Der Zusammenbruch" aus. Von Bismarck, wie konnte es anders sein, bis zur Novemberrevolution reichte der Rundumschlag: „Das Wesen der Revolution war der Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres, der Schmach- und Schandvertrag von Versailles und nach der Unterwerfung und Knechtung das Londoner Ultimatum." Der Ruhrkampf sei „so schmählich" verlaufen, „weil er nicht so geführt worden ist, wie vaterländisch gesinnte Männer es forderten und Cuno nicht der Mann war, diese vaterländischen Absichten gegen die Marxisten durchzusetzen". Dann kam er auf das Versprechen Friede, Freiheit, Brot der Revolutionäre zu sprechen. Derjenige, der, als er glaubte die Macht dazu zu haben, als Erstes die Pressefreiheit in Preetz abgeschafft hatte, rief knapp drei Jahre später aus: „Die Freiheit ist ausgestorben in deutschen Landen, der äußere Feind umfasst uns enger und enger. Bald haben wir nicht mehr das trockene Brot, um unser Leben zu fristen."

Aber es mischen sich jetzt auch neue Töne in sein ideologisches Gebäude: „Noch niemals, solange das deutsche Volk besteht, gab es solch klaffende Unterschiede zwischen Arm und Reich als heute. Niemals zeigte sich die Zusammenballung des Kapitals in immer wenigere (sic !) Hände wie heute. Der Kampf gegen das Kapital, besonders das internationale jüdische Leih- und Wucherkapital ist erfolglos gewesen, denn heute beherrscht das jüdische Großkapital die ganze Wirtschaft. Zerstört hat der Kampf nur den fleißig erwerbenden, schaffenden, für Deutschland unentbehrlichen Mittelstand." Offensichtlich hatte er von den völkischen Demagogen sowie den Antisemiten innerhalb und außerhalb der DNVP gelernt. Diese scheinbar antikapitalistische Stoßrichtung trieb er zum Schluss propagandistisch auf die Spitze, indem er soziale Probleme aufgriff: „Millionen von Menschen sind heute obdachlos, kaum eine Hütte kann heute gebaut werden, weil die Baukosten unerschwinglich sind. Aber die Bankpaläste sprießen aus der Erde [...]. Der ganze Geldverkehr wird durch die jüdischen Großbanken aufgesogen."

178 Vgl. PZ v. 24.8.1922.

179 PZ v. 6.12.1922. Das Parallelreferat hielt Oberfohren über Finanz- und Steuerfragen, über den Inhalt der beiden Reden erfahren wir in der PZ leider nichts; Bericht vom Kreisparteitag in Preetz am 3.12.1922.

180 Vgl. ebenda.

181 Ostholsteinisches Tageblatt (im Folgenden: OHT) v. 10.11.1923.

Demagogisch ging er natürlich mit den in regierungs- und Verwaltungsämter gewählten Sozialdemokraten um. Es hätte ein „allgemeiner Wettlauf unter den sozialdemokratischen Angestellten" eingesetzt, „um an die fetteste und reichste Futterkrippe zu kommen […]." Die von der Sozialdemokratie geforderte Gleichheit würden „die fleißigsten tüchtigsten Männer" ablehnen. Gut kam bestimmt am Ende des Krisenjahres 1923 an, dass er „Kommunalisierung und Sozialisierung" als Gefahr für den Mittelstand an die Wand malte. Besonders die vielleicht in der Anfangsphase wichtigste Errungenschaft der Revolution, der Achtstundentag, war ihm ein Dorn im Auge. Wohl wissend, dass dieser schon längst wieder von Arbeitgeberseite in Frage gestellt wurde und nur noch teilweise Bestand hatte, nutzte er die hohe Arbeitslosigkeit, um zu polemisieren: „Er ist nicht aufrecht zu erhalten und viele Arbeiter würden heute gern zehn Stunden arbeiten, wenn sie nur die Aussicht hätten, mit Frau und Kindern ein erträgliches Leben zu führen." Bayern stellte er als Hort der Ordnung und Sicherheit dar, das die Sozialdemokraten nur deshalb angreifen würden, weil sie sich dort nicht hätten durchsetzen können. „Nicht ein einziger Fall von Plünderung ist aus Bayern gemeldet worden." Und daraus schloss er messerscharf: „In Bayern muss es also für die Arbeiter besser zu leben sein, als in Sachsen und Thüringen", wo Kommunisten und Sozialdemokraten zusammengegangen seien. Den bayerischen Staatskommissar Kahr stellte er als einen der „besten deutschen Männer, die wir haben", hin, um dann mit den Worten zu schließen: „Es kann nur besser werden, wenn alle fleißigen und vaterlandsliebenden Menschen fest zusammenstehen und e i n (Hervorhebung im Orig., R. G.) Mann Ordnung schafft, die Arbeitsmaschine wieder in Gang setzt, damit die Hungernden gespeist und die Frierenden gekleidet werden. Im Bismarckschen Sinne wollen und müssen wir arbeiten, damit es wieder besser wird in deutschen Landen."[182]

Am Schluss kam zwar der typisch nationalliberale Schwenk, aber die antisemitischen und antikapitalistischen Versatzstücke in dieser Rede zeigen, dass Jaspersen eher zu dem Flügel der DNVP zählte, der durchaus das Ziel hatte, in das kleinbürgerliche Milieu oder sogar in die Arbeiterschichten, die von der Sozialdemokratie enttäuscht waren, vorzudringen, der erkannt hatte, dass es ohne eine Massenbasis, sei es als Wählerschaft, sei es als Mobilisierungsmasse für die Straße, nicht gehen würde. Jedenfalls gab der Erfolg Jaspersen und seiner DNVP Recht. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 kam sie im Kreis Plön auf einen Stimmenanteil von 39,6 Prozent, ein Zuwachs von 15,1 Prozent gegenüber der Reichstagswahl vom Februar 1921.[183] Auf nationaler Ebene hatte sie fast 20 Prozent erreicht. Es fällt auf, dass Otto Jaspersen, soweit ich feststellen konnte, weder bei dieser Wahl noch bei anderen, weder vor noch nach dem Putsch auf irgendeiner Wahlliste der DNVP kandidiert hat. Auf parlamentarische Arbeit wollte er sich wohl nicht einlassen.

Im gleichen Jahr wurde sowohl eine Ortsgruppe des Stahlhelms als auch eine Bruderschaft des Jungdeutschen Ordens in Preetz ge-

182 Alle Zitate n. OHT v. 10.11.1923.

183 Vgl. Landkreise mit den höchsten DNVP-Zugewinnen bei den Reichstagswahlen 1924 (Tab. 2), in: Rudolf Rietzler, Kampf in der Nordmark (im Folgenden: Rietzler, Nordmark), Neumünster 1982, S. 228.

gründet und in beiden mischte Jaspersen mit. Zur Feier des einjährigen Bestehens des Ordens 1925 traten Angehörige des Stahlhelms auf der Feier auf, aber „auch eine Reihe von deutschen, auf nationalem Boden stehenden Männern".[184] Der Abend habe aber, laut PZ, „einen besonderen Inhalt" bekommen durch einen „längeren überzeugenden Vortrag des Sanitätsrates Dr. Jaspersen".[185] Über den Inhalt des Vortrages erfahren wir leider nichts. Der Orden wurde später in Preußen verboten, da er verdächtigt wurde, als paramilitärische Organisation Waffenlager anzulegen und so einen Bürgerkrieg vorzubereiten. Seine letzten öffentlichen Auftritte hatte Otto Jaspersen nach der Hindenburgwahl im Jahre 1925. Zu dessen Ehren veranstalten der Stahlhelm und der Jungdeutsche Orden einen Fackelzug durch Preetz, der auch mit 250 Teilnehmern „die Schellhornerstraße bis zur Mühle" hinauf führte. Vor dem Schützenhof hielt Jaspersen eine Ansprache, in der er sich jetzt vor allem der Volksgemeinschaftsideologie bediente und sich milde seinen politischen Gegnern gegenüber zeigte: „Nicht ein Triumph über unseren geschlagenen Gegner soll zum Ausdruck gebracht werden, sondern der Gedanke solle neues Leben bekommen, dass auf der jetzigen Grundlage alle deutschen Männer und Jünglinge ohne Ansehen des Standes und der Klasse zusammenfinden mögen zu gemeinsamer Arbeit beim Wiederaufbau des Vaterlandes."[186] Das klang schon sehr staatstragend. Mit den Wahlerfolgen von 1924/25 konnte er jetzt hoffen, die Umgestaltung der ungeliebten Republik in seinem Sinne auf parlamentarischem Wege im Bündnis mit anderen Rechtsparteien zu erreichen.

Die DNVP war 1925 ja auch vorübergehend an der Reichsregierung beteiligt. Auf der Saalfeier zu Hindenburgs Ehren, zu der neben dem Stahlhelm und dem Jungdeutschen Orden jetzt auch der Preetzer Männerturnverein, der Kriegerverein von Preetz und Umgebung sowie der Preetzer Gesangverein vierzehn Tage später eingeladen hatten, trat er als Schlussredner auf, „der in bekannter und beredter Form alles das in Worte kleidete, was zur Gesundung unseres Volkes notwendig sei". Das Stahlhelm- und das sogenannte Ordenslied wurden gesungen und das Schleswig-Holstein-Lied beschloss den Abend, „der in seinem Verlauf ein gut Teil zu deutschen Namens Reinheit, zu deutschen Volkes Einheit beigetragen hat", wie die Preetzer Zeitung formulierte.[187]

Der Saal der „Stadt Hamburg" wurde immer noch oder wieder „mit den alten Reichsfarben" Schwarz-Weiß-Rot geschmückt.[188] Der politische Wind hatte sich zugunsten von Otto Jaspersen und den rechten Vereinigungen in Preetz gedreht. Seine Rolle im Kapp-Putsch schien vergessen zu sein. Am 20. Dezember 1926 meldete die Preetzer Zeitung, dass „Sanitätsrat Dr. Jaspersen Schellhorn" gestorben sei. Es erschienen zwei Todesanzeigen, eine vom Kriegerverein Schellhorn und eine vom Kreisverband DNVP. Der Kriegerverein schrieb: „Ausgestattet mit hervorragenden Geistesgaben und beseelt von glühender Vaterlandsliebe war er uns stets ein vorbildlicher Führer." Der Kreisvorsitzende der DNVP, Graf Bülow, gedach-

184 Vgl. PZ v. 11.2.1925.
185 Vgl. Ebenda.
186 PZ v. 28.4.1925.
187 PZ v. 13.5.1925.
188 Vgl. Ebenda.

Deutschnationale Volkspartei
Ortsgruppe Preetz und Umg.

Oeffentliche Versammlung

am Donnerstag, den 30. September, abends 8 Uhr im Hotel „Stadt Hamburg".

Herr Sekretär Hugo Jordan aus Waren
spricht über

Sozialismus, Kommunismus und Bolschewismus.

Freie Aussprache.

Es ist Pflicht jedes Mannes und jeder Frau, besonders jedes Mitgliedes der Deutschnationalen Volkspartei, sich durch Besuch dieser Versammlung über die obigen Fragen zu unterrichten.

Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pfennig Eintrittsgeld erhoben.

Der Vorstand.

Propagandaveranstaltung der DNVP-Ortsgruppe Preetz, aus: Preetzer Zeitung vom 30. 9. 1920

te seiner mit den Worten: „Seinem unermüdlichen Eifer, seiner kraftvollen Persönlichkeit und seinen glänzenden Führungseigenschaften verdanken wir zum hervorragenden Teil unsere Erfolge. Sein Tod bedeutet uns einen großen Verlust."[189]

6. Die „Aufarbeitung" des Putsches durch die Rechtsparteien und die bürgerliche Lokalpresse. Schon in der Diskussion um die Errichtung einer Einwohnerwehr war es zu einem kurzen Schlagabtausch über den Putsch in Preetz und im Kreis Plön gekommen. Joseph Tischbein hatte das Verhalten der „rechtsstehenden Parteien" während des Putsches kritisiert, Stadtverordnetenvorsteher Damm warnte davor, „die Politik auf das Rathaus zu tragen". Gemeint war hier Parteipolitik, ein ständig wiederholter Vorwurf an die SPD. Damm nahm auch den inzwischen suspendierten Landrat Kiepert in Schutz, der zu Un-

189 PZ v. 23.12.1926.

recht „mit in den Putschistenkreis“ hineingezogen worden sei, worauf MSPD-Vertreter Brodhagen konterte, dass Kiepert „sich dem ungesetzlichen Oberpräsidenten Lindemann“ zur Verfügung gestellt habe.[190] Gegenseitige Vorwürfe setzten also schon gleich nach dem Putsch zwischen den Parteien in Preetz ein. Eine innerparteiliche Aufarbeitung, so sollte man meinen, hatte in Preetz aber die DNVP nötig. Man konnte gespannt sein, wie sie sich zum Putsch und der Beteiligung ihres Ortsvorsitzenden an ihm stellen würde. Schon in den Erklärungen vom 13./14. März hatte sich die Parteizentrale in Berlin vom Putsch distanziert, obwohl, wie wir heute wissen, zahlreiche Kontakte zwischen den Putschisten und Parteimitgliedern bestanden. Nicht zuletzt war Preetz ein Beispiel für die führende Beteiligung von DNVP-Mitgliedern zumindest auf lokaler Ebene. In allen Erklärungen nach dem Putsch betonte die DNVP, dass sie nur auf verfassungsmäßigem Wege den Sturz der Regierung hatte herbeiführen wollen. Gleichzeitig hielt sie auch nach dem Putsch daran fest, dass die Reichsregierung für den Putsch mitverantwortlich sei, weil sie nicht rechtzeitig Neuwahlen zum Reichstag ausgeschrieben und keine Direktwahl des Reichspräsidenten zugelassen hätte. Ende März schob die DNVP dann noch eine Erklärung mit gleichem Tenor nach: „Wenn jetzt Männer aus schwerer Sorge um Volk und Vaterland den Weg der verfassungsmäßigen Entwicklung verlassen haben, wenn wertvolle Teile unseres Volkes, vor allem in der Reichswehr und in der Jugend, sich hinter diese Männer gestellt haben, so fallen Verantwortung und Schuld auf die Mehrheitsparteien und die aus ihrer Mitte gewählte Regierung.“[191]

Nach einer Sitzung des DNVP-Ortsvorstands am 23.4., auf der „eine eingehende Aussprache über die politische Lage“ stattgefunden haben soll, wurden aber auch die vermeintlich bevorstehenden Reichstagswahlen vorbereitet.[192] Zum Auftakt des Wahlkampfes zu diesen später verschobenen Wahlen fand ein paar Wochen später eine öffentliche Mitgliederversammlung statt, auf der ein Vortrag über „Zwangswirtschaft und Misswirtschaft“ gehalten wurde. Die heftige Kritik gegen die Koalitionsregierung ging unvermindert weiter. Die Zwangswirtschaft habe die Lebensmittel- und Textilpreise steigen lassen, überhaupt habe sie „dazu geführt, dass wir mehr und mehr verhungern, dass wir moralisch zugrunde gegangen sind und die Achtung vor dem Gesetz verloren haben. Noske hat durchaus Recht mit seiner Behauptung, dass Deutschland ein Riesen-Schweinestall geworden ist. Aber wer hat es dazu gemacht? Diejenigen, die die Revolution machten und nachher in unglaublicher Weise mit den Staatsgeldern wirtschafteten. Wir leiden im Lande bittere Not, und doch werden Unterhosen und wollene Decken nach Polen, Stiefel nach Schweden und Eisenbahnwaggons nach der Tschecho-Slowakei ausgeführt […]. Trotz der riesenhaften Preiserhöhungen arbeitet die Eisenbahn mit zwölf Milliarden und die Post mit einer Milliarde Fehlbetrag.“ Dann kam aber der Kapp-Putsch doch noch zur Sprache. Referent Jordan wies die Behauptung, dass die DNVP am Putsch schuld sei, zurück: „Männer aus allen Parteien haben sich

190 Vgl. PZ v. 24.3.1920.

191 Erklärung vom 19.3., zitiert nach PZ v. 28.3.1920.

192 Alle Zitate aus Bericht in der PZ v. 10.5.1920.

daran beteiligt. […] Das Gewissen der Deutschnationalen Volkspartei ist rein und ihr Schild ist blank.“ Und dies behauptete ein Vertreter der DNVP in Preetz, wo knapp zwei Monate vorher ihr Ortsvorsitzender versucht hatte, den Putsch mit Waffengewalt durchzusetzen ! Die Zuhörer jedenfalls sollen dankbar gewesen sein „für die ihnen gewordene Aufklärung“, wie die Preetzer Zeitung glaubte feststellen zu können.[193]

Auch der Kampf um die ‚Köpfe der Jugend’ wurde kurz nach dem Putsch wieder aufgenommen. Zwei Tage vor der oben erwähnten Wahlkampfveranstaltung der DNVP hatte ein Unterhaltungsabend des „Deutschvaterländischen Jugendbundes“ stattgefunden: „Deklamationen, Volkstänze, Gesang plattdeutscher Lieder und zwei flottgespielte Einakter zeugten von dem vaterländischen Geist, der in unseren Jugendlichen lebt und der die Hoffnung der Alten ist. Wer die Herzen der Jugend hat, der hat die Zukunft“, schließt die Zeitung den Bericht.[194] Die MSPD hielt dagegen und ihre „Freie Jugendorganisation Preetz“ organisierte eine Wanderfahrt nach Eckernförde und Louisenlund.[195]

Otto Jaspersen wird erst im August 1922 wieder in der Preetzer Zeitung erwähnt. Die DNVP hielt eine „erweiterte Kreisausschusssitzung“ in Preetz ab, auf der sich der Kreisvorsitzende Graf von Bülow über die Einführung einer Getreideumlage beschwerte und sie als „einseitige Belastung und Sonderbesteuerung der Landwirtschaft“ bezeichnete. Der Abgeordnete Milberg lehnte in seinem Referat die neue Landgemeindeordnung „als für unsere Provinz ungeeignet“ ab und die DNVP entdeckte ihr Herz für die Rentner. Milberg empfahl, indem er „warme Herzenstöne für die Not der Rentner“ äußerte, Patenschaften für in Not geratene „Rentner auf dem Land“ zu übernehmen.[196] Über Otto Jaspersen erfahren wir hier nur, dass er eine Entschließung eingebracht habe, die einstimmig angenommen wurde. Umfangreicher meldete er sich dann aber schon einige Monate später wieder zu Wort. Die DNVP führte im November 1922 einen Kreisparteitag in Preetz durch, auf dem er einen einstündigen Vortrag mit dem Titel „Politische Lage im Lichte unseres Görlitzer Parteitages“ hielt. Ob er dort Delegierter aus Schleswig-Holstein war, war nicht zu klären. „Seine feindurchdachten, von wärmster Vaterlandsliebe zeugenden Ausführungen fanden lebhaften Beifall“, stellte die Preetzer Zeitung fest. Fast ein Jahr später ist er dann wieder ganz der Alte. In Plön springt er kurzfristig für einen verhinderten Gastredner ein. Unter dem Titel „Der Zusammenbruch“ rechnet er mit dem Marxismus, der Revolution, der Sozialisierung, den Separatisten sowie dem internationalen „Wucher-, Leih- und Bankkapital” ab und lässt Bayern als Ordnungszelle in Deutschland hochleben.[197]

Die Preetzer Zeitung lavierte zur gleichen Zeit in ihren Kommentaren etwa auf der Linie der DVP, kam aber zum Teil den Rechtfertigungsversuchen der DNVP für den Putsch recht nahe. Nachdem sie in einem Leitartikel mit der Überschrift „Nach der Sintflut“ deren Erklärungen verständnisvoll wiederholt hatte, kritisiert sie dann

193 Ebenda

194 Schon im November 1919 war in Preetz ein „Nationaler Jugendverein“ gegründet worden, eine „vaterländische Vereinigung ohne irgendeinen Parteistandpunkt“, wie auf einer Werbeveranstaltung betont wurde, vgl. PZ v. 10.11.1919 u. 10.5.1920.

195 Vgl. PZ v. 19.5.1920.

196 Vgl. PZ v. 24.8.1922.

197 Vgl. Ostholsteinisches Tageblatt (Nachfolgezeitung des Plöner Wochenblatts, im Folgenden: OHT) v. 10.11.1923

aber doch die Putschisten: „Was sie aber nicht sahen, war die Tatsache, dass hinter allen diesen Zuständen und Absichten (der Regierungen der Weimarer Koalition, R. G.) der Wille des deutschen Volkes stand, dass dieser Wille zwar korrigiert […] werden konnte, dass dieser Versuch aber nur mit Mitteln unternommen werden durfte, die dem Willen des deutschen Volkes entsprachen […] Hatten Kapp und Lüttwitz kein Vertrauen zu dieser Methode? Oder hatten sie keine Geduld, so lange zu warten? […] Es war ein unblutiger Staatsstreich; das wenigstens soll und kann man ihnen zu Gute halten. […] Knapp fünf Tage hatte der verfrühte Aprilscherz gedauert. Unblutig, wie er begonnen, hätte er beendet werden können, – wenn nicht draußen im Lande die Wut über den Berliner Militärangriff jede Besinnung hinweggefegt hätte […] Der Aufruhr erhob sein Haupt – […] nach Hunderten, insgesamt wohl nach Tausenden sind die Opfer zu zählen."[198] Die von mir vorgenommenen Auslassungen helfen dabei, zu erkennen, wie die Schuld zum Beispiel an den Folgen der Abwehrkämpfe der Arbeiter im Ruhrgebiet gegen die sogenannten Wattertruppen (einschließlich der aus Schleswig-Holstein dorthin geschickten Brigade Löwenfeld) den Verteidigern der Demokratie in die Schuhe geschoben wurde. Das wurde nur noch getoppt vom Kommentar im Plöner Wochenblatt ein paar Tage später. Die DNVP lehne zu Recht eine Mitverantwortung für den Putsch ab,

Ankündigung der Veranstaltung der DDP-Ortsgruppe mit dem Schriftleiter der Kieler Zeitung, Dr. Rathje, zur Aufarbeitung des Putsches, aus: Preetzer Zeitung vom 27.3.1920

198 Kommentar in PZ v. 23.3.1920.

könne aber mit Recht sagen, dass für die heutige verworrene Lage weniger das Vorgehen der Kapp und v. Lüttwitz die Verantwortung trägt als vielmehr diejenigen, die es mit dem Gewissen verantworten konnten, die ohnehin unruhevollen Massen zum Generalstreik aufzureizen.[199] Die letzte Bemerkung zielte vor allem auf die Demokratische Partei und ihre Zustimmung zum Generalstreik zu Beginn des Putsches. Diese hätte damit die „Geschäfte der Arbeitermassen" besorgt."[200] Auf diese Angriffe antwortete die DDP auf einer Veranstaltung am 30.3. in der „Stadt Kiel" mit dem Chefredakteur der Kieler Zeitung, Rathje, auf der er direkten Bezug auf den Putsch nahm: „Die Gegenrevolution und ihre Lehren" war sein Thema".[201] Den Putsch bezeichnete er als „die Frucht, die das deutsche Volk geerntet (hat) aus der Aussaat der Deutschnationalen Volkspartei, der Rechtskreise mit ihren reaktionär-militaristischen Bestrebungen, die alles in den Schmutz zogen, was im letzten Jahr von der Volksregierung geschaffen worden ist. […] Er bedeutet andererseits aber die größte Rechtfertigung der Deutschen Demokratischen Partei, die sich im Gegensatz zu den Deutschnationalen in die Bresche gestellt hat, um mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlandes." Selbstverständlich forderte er die Bestrafung der Putschisten, aber dann auch eine Reorganisation der Behörden und der höheren Schulen. „Es ist nicht angängig, dass Beamte weiter in ihnen tätig sind, die gegen die Reichsverfassung angehen. Eine gründliche Reinigung ist unumgänglich erforderlich, und zwar müssen alle Beamten, die ihren Eid gebrochen haben, ohne Ruhegehalt entfernt werden." Am Ende schlug er vor, das die Regierung tragende Parteienbündnis zu erweitern und die Zahl der Parteien zu verringern. „Wenn wir so auf dem Boden der Demokratie an die Arbeit gehen, so verkennen wir nicht, dass der Demokratie auch eine Gefahr von anderer Seite drohen kann, das ist die von der äußersten Linken. […] Zu der sozialdemokratischen Partei darf man (aber) das Vertrauen haben, dass sie den Kampf gegen die äußerste Linke gemeinsam mit der demokratischen Partei führen wird."[202] Die Reaktion des Preetzer Publikums auf die Rede, die in Kiel mit stürmischem Beifall aufgenommen worden war, kennen wir leider, wie gesagt, mangels Berichterstattung in der Preetzer Zeitung nicht. Eine Parteiveranstaltung der DVP-Ortsgruppe ist leider in keiner zugänglichen Quelle dokumentiert. Eine Diskussion über die Verstrickung der DVP-Führung in Berlin in den Kapp-Putsch wäre aufschlussreich gewesen.

7. Die Arbeiterparteien in Preetz nach dem Putsch.[203] Auch die Preetzer MSPD rief schon am 24. März zu einer außerordentlichen öffentlichen Mitgliederversammlung in der „Tonhalle" auf, die lediglich zwei Tagesordnungspunkte hatte: 1. Vortrag: Diktatur und Demokratie und 2. Wahl von vier Mitgliedern in den Aktionsausschuss.[204] Das Referat auf der Versammlung hielt der Ortsvorsitzende Tischbein, der sich gerne mit Grundsatzfragen und der Geschichte der Revolution beschäftigte. Er „entledigte sich seiner Aufgabe in vortrefflicher Weise", wie die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung

199 PZ v. 26.3.1920.
200 Vgl. u. a. Nord-West v. 1.4.1920.
201 PZ v. 27.3.1920. Ich gehe hier von dem ausführlichen Bericht in der Kieler Zeitung aus, indem ich annehme, dass er die gleiche oder eine sehr ähnliche Rede eine Woche später (am 30.3.) in Preetz gehalten hat.
202 Alle Zitate aus Bericht in der Kieler Zeitung(im Folgenden: KZ) v. 23.3.1920
203 Hier muss der Schwerpunkt auf der MSPD in Preetz liegen, einerseits weil sie eine mehr als zehnfach größere Anhängerschaft als die anderen beiden vertrat, andererseits ist uns nur von der MSPD ein örtliches Protokollbuch aus dieser Zeit überliefert, auf das ich mich hier u. a. stützen kann.
204 Vgl. PZ v. 24.3.1920.

Einladung zur Mitgliederversammlung des MSPD-Ortsvereins vom 26. März 1920, aus: Preetzer Zeitung vom 24.3.1920

schrieb. Im Protokoll dieser Mitgliederversammlung lesen wir gleich zu Beginn: „Eingehend auf die politische Lage führt er dann etwa Folgendes aus. Die Deutschnationalen glaubten, ihre Position sei gestärkt, mit der demokratischen Regierung brechen zu können, und die Militärdiktatur aufrichten zu können. Obgleich (!) der Reichswehrminister erklärte, die Lage sei klar und nicht daran zu denken, dass ein Putsch möglich sei, denn die Reichswehr stehe auf dem Boden der Verfassung, erfuhr die Regierung erst durch ausländische Zeitungen von dem von den Monarchisten geplanten Putsch.“[205] Abgesehen von der steilen These am Ende des Satzes stand also für die Preetzer Sozialdemokratie fest, wer politisch hinter dem Putsch gestanden hatte. Genau dies hatte sie ja in der Auseinandersetzung mit dem Deutschnationalen Jaspersen am eigenen Leib erfahren. Aber von Noske setzte man sich ab, nach langem Zögern hatte Ebert ihn ja erst vier Tage vorher entlassen. Nach einer wohl sehr knappen Schilderung des Putsches in Berlin ging er zur Darstellung der Revolutionsgeschichte seit dem 19. Jahrhundert über, wobei er zu dem Ergebnis kam, dass „die kommunistische Wirtschaftsweise“ nicht durchführbar sei, sondern nur „die ehrliche

205 Ortsvereinsprotokoll v. 26.3.1920 (Original falsch datiert auf den 26. 2.1920, vgl. Paginierung)

Demokratie auf Grund der Gleichberechtigung und Mitarbeit aller Glieder des Staates".[206] Auf gleicher abgehobener Ebene trat ihm der Genosse Tregner[207] entgegen: „In ruhiger und sachlicher Entwicklung müsse die allmähliche Ablösung des Kapitalismus zur kommunistischen Wirtschaftsweise erstrebt werden, damit nicht, wie es leider jetzt der Fall ist, unsere Ernährung von einer Handvoll Agrariern abhängig sei […] Wir müssen uns mehr Einblick verschaffen in die großagrarische Wirtschaft und den Herrschaften aufs Leder rücken."[208] Es kommt einem so vor, als hätten zwei Protagonisten des Ortsvereins ihre Standardreden gehalten, an der Position der MSPD zur demokratischen Ordnung der Weimarer Republik einerseits und zum Modell Sowjetunion hatte sich auch durch die Putscherfahrungen überhaupt nichts geändert. Eine Analyse der eigenen Fehler der Ortsgruppe vor und während des Putsches beziehungsweise der entsprechenden Konsequenzen daraus fand aber nicht statt. Die Schleswig-holsteinische Volkszeitung stellte diese Mitgliederversammlung der Preetzer Ortsgruppe dennoch, besonders wegen des guten Besuchs, als vorbildlich heraus und hoffte, „dass jetzt ein reges Leben beginnt, denn der Wahlkampf steht bevor".[209] Gleichzeitig warnte sie aber: „Verzettelt eure Kraft nicht im persönlichen und politischen Bruderkampf, sondern schafft eine Kampffront nach rechts" und fügte hinzu: „Wir möchten wünschen, dass auch die Preetzer Genossen diesem Mahnruf folgen und sich der Worte erinnern, die ihnen der Genosse Tischbein am Schluss seines Referats zugerufen hat. Meldet euch zum Eintritt in die Einwohnerwehr, die auf eine geordnete Grundlage gestellt wird."[210]

Dieser Aufruf zeigte, dass die „ungeordnete" Arbeiterwehr auch der SHVZ und damit dem Bezirksvorstand ein Dorn im Auge war und diese sie so schnell wie möglich ersetzt sehen wollte. Der Aufruf zur Einheit war auch im Hinblick auf die drei Ortsgruppen der Arbeiterparteien in Preetz durchaus berechtigt. Schon seit dem Frühjahr 1919 setzten die beiden Ortsgruppen von KPD und USPD der Mehrheits-SPD zu, was ja auch zu einer kleinen Austrittswelle aus der Ortsgruppe geführt hatte. Richard Hansen aus Kiel hatte zum Beispiel im März 1919 eine Veranstaltung in Preetz mit dem Titel „Der Kampf um das Endziel des Sozialismus" bestritten. Die örtliche KPD hatte mit einem Werbeabend unter der Fragestellung „Was wollen wir Kommunisten?" auf sich aufmerksam gemacht und 1. Mai 1919 zu einer eigenen „Volksversammlung" aufgerufen.[211] Beide nutzten die Situation nach dem Putsch in Preetz, um für ihre Auffassungen zu werben. Für die KPD sprach ein Genosse Lindau aus Hamburg am 29. März über das Thema: „Der Kampf um die Diktatur des Proletariats". Bei einem Eintrittsgeld von 30 Pfennig sollte eine „freie Aussprache" stattfinden.[212] Die freie Aussprache war übrigens nichts Ungewöhnliches auf Parteiveranstaltungen nach der Revolution in Preetz. Vertreter aller Parteien nutzten die Möglichkeit, auf Versammlungen der Konkurrenten oder sogar auf öffentlichen Mitgliederversammlungen der Konkurrenten für ihre Positionen zu werben.

206 Ebenda.
207 Tregner vertrat die schleswig-holsteinische SPD auf dem Parteitag in Görlitz 1921, kam eigentlich aus Bredeneek und vertrat vor allem die Landarbeiter in der MSPD-Ortsgruppe. Später trat er zur NSDAP über und trat für diese als Fachmann in Gewerkschaftsfragen auf. Vgl. dazu auch: Pauselius, Hakenkreuz, S. 75ff.
208 Ortsvereinsprotokoll v. 26.3.1920.
209 Vgl. Bericht von der Mitgliederversammlung v. 26.3.1920, SHVZ v. 30.3.1920.
210 Ebenda.
211 Vgl. PZ v. 25.3., 23.5. u. 30.4.1919.
212 Vgl. PZ v. 27.5.1920.

Maifeier 1920

für Preetz, Schellhorn u. Umgegend am Sonnabend, den 1. Mai.

Festfolge. Morgens 7 Uhr: Zwangloser Spaziergang nach dem „Weinberg".
Morgens 10 Uhr: Festversammlung in Bauers Gasthof, Kirchenstr.
Nachmittags 2 Uhr: Festmarsch. // Nachmittags 3 1/2 Uhr: Familien-Unterhaltung in der „Tonhalle". // Nachmittags 4 Uhr: Kinderbelustigungen in Bauers Gasthof, Kirchenstr.
Von 7 Uhr abends an: **Festbälle** mit Verlosung in Bauers Gasthof, Tonhalle und Scheels Gasthof, Schellhorn.

Beim Programm Mitwirkende: Gesangverein Vorwärts (Männer- und Frauenchor), Freie Turnerschaft, Preetz, Dilettantenklub, Preetz, die Möllersche Musikkapelle.
Die Festrede in der Vormittagsversammlung hält Redakteur Molkenbuhr, Kiel.

Eintrittspreise. Für die gesamten Veranstaltungen ausschließlich der Vormittagsversammlung wird ein Festbeitrag von 2,99 Mk. für Herren und 1,49 Mk. für Damen, Arbeitslose und Jugendliche erhoben. Für die Vormittagsversammlung werden 50 Pfg. erhoben. Die Preise verstehen sich ausschließlich Kartensteuer.

Die gesamte werktätige Bevölkerung von Stadt und Land wird hierzu freundl. eingeladen. Das Maifestkomitee.

Aufruf zur Maifeier des MSPD-Ortsvereins, aus: Preetzer Zeitung vom 27. 4. 1920

Auch Richard Hansen versuchte seinen USPD-Genossen in Preetz jetzt wieder den Rücken zu stärken. Er wollte wohl einen großen Bogen mit seinem Thema schlagen: „Die weltpolitische Lage und die Lehren der letzten militärischen Erhebung". Die MSPD werden beide Referenten mitten in der sogenannten Märzrevolution im Ruhrgebiet und so kurz nach dem Putsch und dem Rücktritt von Noske und Heine nicht geschont haben. Leider wissen wir nichts über den Zuspruch oder den Verlauf dieser Veranstaltungen, geschweige denn über die Inhalte der Referate. Die Preetzer Zeitung hat grundsätzlich nie, auch wenn sie die Ankündigungen zu diesen zum Teil mehrfach abdruckte, über sie berichtet. Übrigens konnte die KPD-Ortsgruppe sicher an eine ihrer Veranstaltungen vom Herbst 1919 anknüpfen, auf der über das Thema: Noske-Deutschland, Sowjet-Rußland" diskutiert worden war.[213] Der Profilierungsversuch der beiden kleinen Ortsgruppen von USPD und KPD waren allerdings wenig erfolgreich, der Zulauf beiden Parteien blieb gering.[214]

Wie stand es nun aber um die interne Aufarbeitung der Putschtage in Preetz bei der MSPD? Im Protokoll der Mitgliederversammlung vom 26. 3. findet man unter „Verschiedenes" plötzlich folgenden Schlusssatz: „[…] und wurden verschiedene Angriffe gegen den Genossen Nothdurft von diesem zurückgewiesen."[215] Hatten diese Angriffe etwas mit seinem Verhalten als amtierender Bürgermeister während des Putsches zu tun? In der nächsten Mitgliederversammlung, am 9. 4., standen die turnusmäßigen Neuwahlen des Vorstandes an. Eine „ausgedehnte Debatte" zu diesem Tagesordnungspunkt

213 Vgl. PZ v. 19.9.1919.
214 Vgl. Wahlergebnis v. 20.2.1921 (Anm. 238).
215 Ortsvereinsprotokoll v. 26.3.1920.

führte dazu, dass der gesamte Vorstand zurücktrat. „Heftig angegriffen wird“, heißt es in den Aufzeichnungen, „besonders der 2. Vorsitzende, der Gen. Nothdurft, besonders vom Genossen Steen und Wriedt wegen seines Verhaltens als stellvertretender Bürgermeister während der Putschzeit.“[216] Nothdurft verzichtete daraufhin auf eine Wiederwahl als stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender und Wriedt wurde an seiner Stelle gewählt. Joseph Tischbein wurde noch einmal einstimmig zum Vorsitzenden bestimmt.[217] Wir können dem Protokoll nicht entnehmen, was Nothdurft im Einzelnen vorgeworfen wurde, möglicherweise seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit Jaspersen während des Putsches oder seine nachgiebige Haltung anlässlich des Vorgehens der Reichswehrsoldaten im Auftrage von Jaspersen gegen die Preetzer Zeitung.[218] Jedenfalls spielte er, der 1905 als erster Sozialdemokrat noch unter dem alten Zensuswahlrecht einen Sitz in der Preetzer Stadtverordnetenversammlung erobert hatte, von da ab keine Rolle mehr in der örtlichen Parteiführung. Er blieb allerdings Stadtverordneter für die MSPD und berichtete regelmäßig auf den Mitgliederversammlungen seiner Partei über kommunalpolitische Fragen aus der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat. Vor den Vorstandswahlen hatte Tischbein, wie üblich, einen Jahresbericht abgegeben. Er hatte im Jahr zuvor für die schleswig-holsteinische MSPD am Parteitag in Weimar teilgenommen und betonte, sich darauf beziehend, die Errungenschaften der Verfassung, die damals kurz vor der Verabschiedung stand. Er bedauerte aber auch die Spaltung der Sozialdemokratie, die die Einheitsfront sehr geschwächt habe, und „das an unserem Orte die Beamten unserer Bewegung noch immer fernstehen.“[219] Er endete mit einem Appell, „der Parteipresse die Treue zu halten“, wobei ihm Christian Steen beipflichtete, der kritisierte, dass noch immer in Arbeiterhaushalten in Preetz die Kieler Neuesten Nachrichten zu finden seien. Der schon erwähnte Genosse Tregner hielt „es als notwendig, dass ein frischer, fröhlicher Geist in unsere Bewegung hineinkommt, alle Kräfte müssen angestrengt und die Parteibewegung in die breitere Öffentlichkeit getragen werden. Es muss mehr darauf hingewiesen werden, was die Partei geleistet habe, denn sie war es, die in der Stunde der Not das Steuer in die Hand genommen habe.“[220] Mit der „Stunde der Not“ war natürlich nicht der Putsch kurz zuvor gemeint, sondern die Übernahme der Regierung im November 1918! Zur Unterstützung des Vorstandes wurde, im Hinblick auf die zu diesem Zeitpunkt noch bevorstehenden Reichstagswahlen, eine Agitationskommission gewählt, dem neben 11 anderen Genossen auch der Aktionsausschussvorsitzende Christian Steen, aber keine Frau angehörte.[221] Christian Steen beantragte in dieser Sitzung noch Sitzungsgelder für die mit ihm im Aktionsausschuss tätigen Parteimitgliedermitglieder, die auch anstandslos bewilligt wurden.[222] Auch dies war ein Zeichen dafür, dass der Aktionsausschuss zu diesem Zeitpunkt noch arbeitete und die Arbeit der Parteimitglieder dort anerkannt wurde.[223] Auf Spannungen innerhalb der Ortsgruppe im Zusammenhang mit der Arbeit des Aktionsausschusses

216 Ortsvereinsprotokoll v. 9.4.1920.
217 Vgl. ebenda.
218 Vgl. ebenda.
219 Ortsvereinsprotokoll v. 9.4.1920.
220 Ebenda.
221 Vgl. ebenda.
222 Vgl. ebenda.
223 Die letzte Erwähnung des Aktionsausschusses finden wir im Protokoll der Ortsvereinsversammlung v. 9.7.1920, wo eine Zahlung von 20,20 Mark an die örtliche Parteikasse registriert wird. Vgl. ebenda.

Gemeinsamer Maiaufruf von USPD und KPD, aus: Preetzer Zeitung vom 29. 3. 1920

und den Aktivitäten der von ihm angeleiteten Arbeiterwehr deutet aber der letzte Satz im Protokoll hin: „Da Genosse Steen glaubt, nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit der Partei zu besitzen, bittet er, ihn von seinem Mandat als Stadtverordneter zu entbinden."[224] Dies wurde allerdings vom Ortsverein abgelehnt.[225]

Bezeichnend für das Verhältnis der Arbeiterparteien zueinander war, dass es wiederum, wie auch 1919, nicht gelang, eine gemeinsame Feier am Sonnabend, dem 1. Mai 1920, zustande zu bringen. Das führte zu der Kuriosität, dass KPD und USPD zur Feier des Tages einen „zwanglosen Spaziergang" zum Weinberg beispielsweise der Gaststätte dort machten, und zwar morgens um 6.00 Uhr. „Antreten beim Genossen Ahrens", hieß es im gemeinsamen Aufruf von KPD und USPD.[226] Die MSPD folgte auf dem gleichen Weg um 7.00 Uhr! KPD und USPD feierten am Nachmittag gemeinsam im „Etablissement Weinberg" („dortselbst Familienunterhaltung"), die MSPD mit einer Festversammlung in Bauers Gasthof, einem „Festmarsch" um 14.00 Uhr und „Familienunterhaltung" in der Tonhalle.[227] Eingeladen für die MSPD hatte „Das Maifestkomitee" (der Parteiname tauchte nicht auf) mit Hilfe einer mit Blumenornamenten geschmückten großen Anzeige in der Preetzer Zeitung. Man kann nur hoffen, dass auch KPD- und USPD-Mitglieder Zugang hatten zu den angekündigten Festbällen in der Tonhalle, Bauers Gasthof und Scheels Gasthof in Schellhorn![228] Die Beteiligung am „Morgenspaziergang" (der MSPD, R. G.) „infolge der empfindlichen Kühle" blieb gering. Die Nachmittagsveranstaltungen und die Festbälle aber „litten unter drangvoller Überfüllung".[229] Die Kinder hatten übrigens an diesem Tag schulfrei, das Regierungspräsidium

224 Ortsvereinsprotokoll v. 9.4.1920.
225 Vgl. ebenda.
226 Vgl. PZ v. 29.4.1920. Ahrens war offensichtlich der Vorsitzende der USPD-Ortsgruppe, er besaß eine Gaststätte in der Klosterstraße und hatte schon die Wahlliste der USPD zur Arbeiterratswahl am 14.3.1919 angeführt.
227 Vgl. PZ v. 27.4.1920.
228 Vgl. PZ v. 27.4.1920 u. 29.4.1920.
229 Vgl. PZ. v. 3.5.1920.

hatte Städten und Gemeinden freigestellt, ob sie schulfrei freigeben wollten, und der Preetzer Magistrat hatte von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, zumal es auch „Kinderbelustigungen“ in Bauers Gasthof gab, allerdings erst am Nachmittag.[230] Diese umfangreichen und gut besuchten Feierlichkeiten zum 1. Mai täuschten darüber hinweg, dass es dem MSPD-Ortsverein nicht allzu gut ging. Schon Anfang April hatte man eine „schwach besuchte“ Mitgliederversammlung, und auch die Abonnentenzahlen für die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung gingen in kurzer Zeit von 322 (April) über 308 (Mai) auf 285 (Juni) zurück[231]. Man wollte sich jetzt auch verstärkt um die Landarbeiter kümmern und Tischbein warb für das Sammeln von Abonnements für die neue vom Bezirksverband der Partei herausgegebene Schleswig-Holsteinische Landpost.[232] Im Mai war der Ortsverband mit den Vorbereitungen der vermeintlich auch für Schleswig-Holstein anstehenden Reichstagswahlen beschäftigt. Es galt, die Finanzmittel für den Wahlkampf bereit zu stellen. Für diesen Zweck wurden Wahlfondsmarken an die Mitglieder in einem Wert von 10 Mark verkauft und es sollten 200 Wahlveranstaltungen im Bezirk stattfinden.[233] Die Richtlinien“ für den Wahlkampf wurden diskutiert und das Vorgehen auf Ortsebene besprochen. „Ferner wird hervorgehoben, dass es notwendig ist, bei dem entbrennenden Wahlkampf auf die Versammlungen der links von uns stehenden Parteien zu gehen, um dort unseren Standpunkt klar zu machen.“[234] Die rechten Parteien hatte man offenbar weniger im Auge, jedenfalls wird keine entsprechende Aufforderung in den Protokollen erwähnt. Nach dem Erfolg der USPD und der KPD fürchtete man wohl eher die Konkurrenz von links. Dann wurde aber klar, dass die Reichstags- und Landtagswahlen in Schleswig-Holstein wegen der Abstimmungen in Nordschleswig verschoben werden, und deshalb wurden die weiteren Vorbereitungen des Ortsvereins, die Kandidatenlisten waren schon verabschiedet worden, ausgesetzt. So blieb dem Ortsverein auf der nächsten Sitzung im Juli nur übrig, die Wunden nach

230 Vgl. PZ v. 27.4.1920.
231 Zahlen nach Ortsvereinsprotokoll v. 13.8.1920.
232 Vgl. Ortsvereinsprotokoll v. 9.4.1920.
233 Vgl. Ortsvereinsprotokoll v. 23.4.1920.
234 Vgl. Ortsvereinsprotokoll v. 14.5.1920.

Gewerkschaftskartell Preetz ruft zu Einigungsverhandlungen auf, aus: Preetzer Zeitung vom 7. 9. 1920

der Wahl vom 6. Juni zu lecken. Zur Bewältigung der eklatanten Wahlniederlage, die MSPD war auf 21,7 Prozent zurückgefallen, die USPD erreichte 17,9 Prozent und war zweitstärkste Fraktion geworden, hatte man sich den Bezirksvorsitzenden Hackelberg als Referenten eingeladen. Dieser stellte dann unumwunden eine „Verschiebung der Machtverhältnisse besonders nach rechts" fest. Der Stimmenanteil der DDP hatte sich mehr als halbiert, der für die DVP und die DNVP hatte stark zugenommen, während MSPD und USPD zusammen gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung 1919 5,1 Prozent eingebüßt hatten. Hackelberg versuchte die Mitglieder des Ortsvereins aufzurichten, indem er auf die Leistungen der MSPD in der Regierung seit 1918 verwies und dabei unter anderem das Wahlrecht, den Acht-Stunden-Tag, die Verfassung und das Betriebsrätegesetz hervorhob. Ein Seufzer schloss die Aufzählung: „Aber es gibt keine Dankbarkeit in der Politik !" Besonders die immer noch rechts wählenden Frauen und Beamtem hätten zur Wahlniederlage beigetragen, aber auch ein Teil der „werktätigen Bevölkerung" stünde noch zu weit rechts von der Sozialdemokratie.[235] „Doch wird sich unsere Kampffront für die Zukunft nicht nur gegen die Rechtsparteien richten müssen, sondern auch gegen links, wenn auch auf anständige Weise, so doch mit größerer Härte"[236] Das war zwar für die Gesamtpartei ein sinnvolles Vorhaben, aber bei einer Wählerschaft von rund 100 Stimmen für KPD und USPD zusammen[237] war links von der MSPD in Preetz nicht viel zu holen. Das Problem, Wählerinnen und neue weibliche Mitglieder zu gewinnen, war einige Male Diskussionsstoff auf den Mitgliederversammlungen. Die Notwendig-

235 Vgl. Ortsvereinsprotokoll v.9.7.1920.

236 Ebenda.

237 Die USPD gewann bei den in Schleswig-Holstein nachgeholten Reichstagswahlen 1921 in Preetz lediglich 41, die KPD immerhin 64 Stimmen. Vgl. PZ v. 21.2.1920.

Die USPD-Ortsgruppe will mit Hilfe von Richard Hansen Lehren aus „der letzten militärischen Erhebung" ziehen, aus: Preetzer Zeitung vom 21. 4. 1920, aus: Preetzer Zeitung vom 21. 4. 1920

keit, dieses Defizit auszugleichen, zeigte sich nicht zuletzt an der 1920/21 lange Zeit stagnierenden Zahl der weiblichen Mitglieder.[238] Einzelne Frauen spielten als Vertreterinnen für die Frauenkonferenzen und als Beisitzerinnen im Vorstand der Preetzer MSPD eine Rolle, aber die meisten kamen nur als Wahlhelferinnen und Flugblattverteilerinnen zum Einsatz.

Diese Mitgliederversammlung vom Juli 1920 zeigte aber auch exemplarisch, dass die Preetzer MSPD nach dem Putsch schon längst wieder im kommunalpolitischen Alltag angekommen war. In der Stadtverordnetenversammlung hatten die MSPD-Vertreter, wie auf dieser Versammlung berichtet wurde, einer Gas- und Strompreiserhöhung zugestimmt, um das Defizit bei der Gasanstalt auszugleichen und Investitionen in eine neue Wassergasanlage zu finanzieren. Auch eine Erhöhung der Beamtengehälter im Rahmen eines Nachtragshaushalts hatten die MSPD-Stadtverordneten passieren lassen. Die ungerechte Kohlenverteilung war ebenso Thema wie die mangelnde Holzversorgung und die Besetzung von Gremien wie die Steuerkommission beim Kreis. Die „traurigen Wohnverhältnisse" in der Stadt brachten Stadtrat Peters dazu, die Gründung eines Bauvereins zu fordern.[239] Zur Überraschung aller trat dann aber plötzlich auf derselben Versammlung J. Tischbein als Ortsvorsitzender zurück, nachdem vorher sein Stellvertreter Wriedt erklärt hatte, dass ihm „kein gedeihliches Arbeiten" mit Tischbein mehr möglich sei.[240] Der Rücktritt Tischbeins erfolgte „nach längerer Debatte", wie es im Protokoll heißt, in deren Verlauf „das Verhalten des Vorsitzenden Genossen Tischbein beim Musikerstreik hart verurteilt wurde."[241] Worum ging es bei diesem Musikerstreik, der sich noch bis in den September 1920 hinzog? Das ortsansässige Musikinstitut Möller bot Kapellen und Einzelmusiker für Veranstaltungen von Vereinen, Gewerkschaften und Parteien an. Diese waren durchweg im Musiker-

238 Die Zahl der weiblichen Mitglieder blieb bei unter 90, während die der männlichen Mitglieder auf über 400 anstieg. Vgl. Zahlen Angaben in den Ortsvereinsprotokollen v. 9.4.1919 bis 8.4.1921.
239 Vgl. ebenda
240 Vgl. Ortsvereinsprotokoll v. 9.7.1920, vgl. auch Bericht in der Preetzer Zeitung v. 10.7.1920.
241 Ebenda.

Aufruf der MSPD-Ortsvereine Preetz und Schellhorn zur Revolutionsfeier am 13. 11. 1920, aus: Preetzer Zeitung vom 10. 11. 1920

verband organisiert und erhielten Tariflöhne. Sie bekamen jetzt aber zunehmend Konkurrenz durch billigere Musiker von außerhalb, die von den Veranstaltern zunehmend beschäftigt wurden. Gegen diese unliebsame Konkurrenz wehrten sich die Musiker von Möller und bestreikten die großen Tanzlokale.[242] Das Preetzer Gewerkschaftskartell unterstützte sie mit einem Aufruf: „Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen werden dringend ersucht, die Lokale von Bauer und Kohrt strengstens zu meiden, solange die Musikerfrage nicht erledigt ist."[243] Der Rücktritt Tischbeins fiel in die erste Phase dieser Auseinandersetzung, die sich bis in den September 1920 hinzog, und wir erfahren nicht, welches Verhalten Tischbein im Zusammenhang mit dem Streik vorgeworfen wurde. vielleicht hat er diesen nicht vorbehaltlos unterstützt. Auffällig bei diesem Vorgang ist aber, dass auch hier, wie beim Rücktritt von A. Nothdurft und der Kritik an dessen Verhalten während des Jaspersen-Putsches, der Genosse Wriedt die zentrale Rolle spielt. Festzuhalten ist jedenfalls, dass im Zuge interner Auseinandersetzungen nach dem Putsch die altgediente Führungsspitze des Ortsvereins ausgetauscht wird. Wriedt nahm offenbar seinen Rücktritt zurück, denn er berief die nächste Mitgliederversammlung und referierte dort über „die politische Lage". Dieses Intermezzo dauerte aber nicht lange, denn am 13. August wurde der eher gemäßigte August Petersdotter neuer Ortsvorsitzender. J. Tischbein hat nie wieder eine Führungsrolle im Ortsverein erlangt, obwohl die Untersuchung ergeben hatte, dass „die Sache nicht so schlimm sei, wie sie hingestellt wurde. […] Wenn Genosse Tischbein sich auch einige Male verfahren habe, so sei das kein Grund, um etwas gegen ihn zu unternehmen."[244] Beide, Nothdurft und

242 Vgl. PZ v. 15.5.1920.
243 PZ v. 17.5.1920.
244 Ortsvereinsprotokoll v. 10.9.1920.

Nachruf des Preetzer Reichsbundvorstands für Karl Keidel, aus: Preetzer Zeitung vom 23. 3. 1920

Tischbein, blieben aber weiterhin für die MSPD in der Kommunalpolitik aktiv. 1924 führte Nothurft noch einmal die Liste der MSPD zur Kommunalwahl an.[245]

Grundfragen der politischen Ausrichtung wurden 1920 im Preetzer Ortsverein nur noch selten diskutiert. Im Oktober wurde noch einmal eine Art Schulung mit dem Thema „Wahres über Russland" angesetzt.[246] Dabei wurde die Broschüre des zeitweiligen USPD-Genossen Wilhelm Dittmann[247] , die gerade herausgekommen war, als Grundlage benutzt. Einig war man sich darin, „dass das heutige Räte-Russland nur durch Gewaltherrschaft bestehe" und deshalb als Gesellschaftsmodell abzulehnen sei. In der Diskussion kam man schnell auf die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme zurück, „dass es besser wäre, wenn sich die Arbeiter mehr um ihre eigene Lage kümmern würden. Die Arbeitgeber hätten einen 20 Prozent-Lohnabzug vorgenommen und sie würden es auch fertig bringen, wenn sich die Arbeiter nicht einigen würden. Die Einigkeit wäre wichtiger wie der Streit um Moskau u(nd) Amsterdam."[248] Gleich nach dieser Debatte ging es um die Kartoffelpreise, die zu hoch wären. Ein Redner forderte den Ortsverein auf, in dieser Sache etwas gegen die Gutsbesitzer zu unternehmen.[249] Der neue Ortsvorsitzende Petersdotter stimmte dem zu, „empfahl aber, alles in Ruhe zu machen."[250] Im August 1920 wurde im Ortsverein unter der Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Wriedt, der nach dem Rücktritt von Tischbein augenscheinlich im Amt geblieben war, noch einmal „über die heutigen Verhältnisse betreffs der Putschgefahr von rechts und links" gesprochen. Die Parteimitglieder sollten „die Augen offen halten" und „alle „Vorkommnisse" an den Bezirksvor-

245 Er wurde als Stadtverordneter wiedergewählt, starb aber schon am 13.12.1926 und wurde unter großer Anteilnahme der Preetzer Bevölkerung beigesetzt. Vgl. PZ v. 13. 12. 1926 u. 17.12.1926

246 Vgl. Ortsvereinsprotokoll v. 7.10.1920.

247 Wilhelm Dittmann kehrte nach der Wiedervereinigung mit der „rechten" Rest-USPD Ende 1922 wieder in die MSPD zurück.

248 Ortsvereinsprotokoll v. 7.10.1920.

249 Vgl. ebenda

250 Vgl. ebenda.

Grabstein von Karl Keidel (1891-1920) auf der Gedenkstätte für die Opfer der Novemberrevolution 1918 und des Kapp-Putsches 1920 (eigenes Bild, R. G.)

stand melden. Das politische Jahr wurde von der MSPD-Ortsgruppe mit einer Revolutionsfeier am 13. 11. abgeschlossen.[251]

Werfen wir noch einen Blick auf die Vierfachwahlen am 20. Februar 1921! Hatte der Jaspersen-Putsch Auswirkungen auf diese Wahlen? Immerhin wurden neue Volksvertreter in den Reichstag, den Preußischen Landtag, den Provinziallandtag und den Kreistag in Plön gewählt. Ein Vergleich der Wahlergebnisse von 1919 und 1921 ist hier leider nicht für die Kreistagswahlen möglich, da die DNVP dabei nicht mit eigener Liste angetreten ist, die nächste Stadtverordnetenwahl fand ohnehin erst 1924 wieder statt. Konzentrieren wir uns also auf die Reichstagswahlen in Preetz und im Kreis Plön. Dabei lässt sich dabei auch in Preetz 1921, wie anderswo auch, eine Rechtsverschiebung der bürgerlichen Wählerschaft beobachten, wobei der Weg zunächst über die Zunahme der Wählerstimmen für die DVP ging (Reichstagswahl 1919: 854 Stimmen, 1921: 980 Stimmen). Bei leicht zurückgegangener Gesamtstimmenzahl verliert die MSPD 300 Stimmen (1919: 1512, 1921: 1211).[252] Beim Vergleich mit dem Ergebnis für Schleswig-Holstein zeigt Preetz aber doch ei-

251 Vgl. Anzeige in der PZ v. 10.11.1920.

252 Vgl. Wahlergebnis in PZ v. 21.2.1920.

Bürgermeister Schneider enthüllt Schild am Jaspersengang, aus: Kieler Nachrichten vom 18. 5. 2000

nige Besonderheiten. Während die DNVP im Land ihren Stimmenanteil gegenüber der Wahl von 1919 auf 20,5 Prozent verdreifachen kann, bleibt sie in Preetz bei 7,2 Prozent stehen und kann ihren Stimmenanteil nur um ganze 7 Stimmen erhöhen. Auch das dürfte eine Folge der Tatsache gewesen sein, dass sie sich beim Jaspersen-Putsch, an dem mehrere DNVP-Mitglieder beteiligt waren, in Preetz desavouiert hatte. Auffällig ist aber auch, dass die Preetzer DDP die landesweit ein Drittel ihrer Stimmen verliert, in Preetz fast genau die gleiche Stimmenzahl (194 u. 196) bekommt wie 1919.[253] Der kleine demokratische Stimmenanteil von 1919 blieb stabil, profitierte aber andererseits nicht von der Verstrickung von DNVP und DVP in den Putsch. Ein Teil der ehemaligen MSPD-WählerInnen dürfte nicht zur Wahl gegangen sein; die Wahlbeteiligung, die 1919 mit 93 Prozent sehr hoch gewesen war, sank um einige Prozentpunkte. Ob sie zum Teil auch den direkten Weg zur DVP gefunden haben, bleibt Spekulation. Insgesamt hat es in Preetz im Nachgang zum Kapp-Putsch bei den Wahlen von 1921 nur einen bescheidenen Erfolg der beiden sozialistischen Parteien gegeben. Auf der anderen Seite fiel der überall in Schleswig-Holstein zu verzeichnende Rechtsruck in Preetz moderat aus. Dieser trat erst bei den Stadtverordnetenwahlen im Mai 1924 ein: Die MSPD erhielt nur noch 890 Stimmen und sah sich mit 4 Stadtverordneten 7 bürgerlichen und einem Bodenreformer gegenüber.[254] Von einem „roten“ Preetz konnte nicht mehr die Rede sein.

253 Vgl. Zahlen ebenda u. Rietzler, Nordmark, S. 107.
254 Vgl. PZ v. 5.5.1924.

Zusammenfassend könnte man auch für Preetz sagen, dass sich trotz der Verstrickung der DNVP in den lokalen Putsch und des Sieges der geschlossenen Arbeiterschaft der Stadt auch hier letztlich, wie es L. D. Stokes für Eutin formuliert hat, das Ergebnis der Märzereignisse „die Bändigung beispielsweise die Schwächung derjenigen Kräfte (war), die am entschiedensten die demokratische Verfassung verteidigt hatten."[255] Dabei bleibt aber festzustellen, dass die Rechtsentwicklung schon weit vor dem Putsch eingesetzt hatte, propagandistisch vorangetrieben und gesteuert durch die rechten Parteien und Verbände, aber auch begünstigt durch die Noske-Politik der Koalitionsregierung. Das Krisenjahr 1923 mit Inflation, Wirtschaftskrise und Ruhrkampf tat ein Übriges, um diese Entwicklung zu beschleunigen. Die Niederschlagung des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsches hat sie nur kurz unterbrechen können. Alle Versuche wie die Errichtung einer Arbeiterregierung mit Hilfe der Gewerkschaften waren zum Scheitern verurteilt. Zuletzt blieb nur ein Abwehrkampf zum Erhalt der Errungenschaften der Revolution wie dem 8-Stunden-Tag und der demokratischen Rechte. Letztlich hatte der Kapp-Putsch trotz seines Scheiterns erneut gezeigt, dass die politische und militärische Macht, im Gegensatz zur Überzeugung der Mehrheitssozialdemokraten, immer noch woanders lag und im Folgenden den Aufstieg einer völkisch-nationalistischen Ideologie begünstigte oder absicherte. Die Preetzer Verteidiger der Demokratie machten sich dabei Illusionen darüber, dass die Spitze der Verwaltung in Gestalt des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Kürbis für eine ausreichende Verfolgung und Bestrafung der lokalen Putschisten sorgen wollte oder konnte. Ebenso wie die Putschisten von 1920 – oder noch weniger als sie – scherten sich deren mit einer Massenbasis versehenen Nachfolger noch weniger um Rechtsstaatlichkeit und Volksrechte.

7. Vom Umgang mit Geschichte. Einige Publikationen zur Geschichte von Preetz, Schellhorn und der Heilanstalt auf dem Mühlenberg bringen es fertig, den Kapp-Putsch in Preetz überhaupt nicht zu erwähnen, genauso wie die Festschrift „100 Jahre Predigerseminar Preetz".[256] Andere, wie die 1986 erschienene Chronik von Schellhorn, streifen die Ereignisse nur knapp, indem es zum Beispiel heißt: „Sanitätsrat Jaspersen wurde Vertrauensmann der neuen Regierung. Allerdings brach der Putsch infolge Generalstreiks nach wenigen Tagen zusammen."[257] Fast immer wird, wenn auf Otto Jaspersen und sein Wirken eingegangen wird, die Heilanstalt als innovative Klinik in den Mittelpunkt gerückt und als „weitgehend autarke Insel der Harmonie und Zufriedenheit, des Gleichmaßes, Friedens und der Selbstgenügsamkeit im eleganten Ambiente" oder als „ein Stück zeitgenössischer Sozialpsychiatrie" dargestellt.[258] Da ist es fast erfrischend zu lesen, wie der Herausgeber der Preetzer Zeitung J. M. Hansen mit den Ereignissen im März 1920 in Preetz noch aus eigenem Erleben heraus umgegangen ist. Diese Texte sind zu Recht 1970 noch einmal in eine Nachfolgepublikation eingegangen.[259] Erwähnt wird der

255 Lawrence D. Stokes, Der Kapp-Putsch von 1920 in Eutin, in: Ders.: „Meine kleine Stadt steht für tausend andere…", Eutin 2004, S. 137.

256 Dazu zählen u. a.: Britta Gräfin von Harrach, Preetz im Wandel der Jahrhunderte, o. O. (Preetz), 1983; Stadt Preetz (Hrsg.), Preetz. Landschaft-Mensch-Kultur, Großbarkau 2000; Peter Hamann, Die Heilanstalt Schellhorner Berg bei Preetz (im Folgenden: Heilanstalt), in: Jahrbuch für Heimatkunde im Kreis Plön Nr. 18, 1988, S. 202-220.

257 700 Jahre Schellhorn, Chronik einer Gemeinde im Kreis Plön, Plön 1986, S. 120.

258 Peter Hamann, Heilanstalt, S. 210.

259 J. M. Hansen, W. Rönnau, Preetz im Spiegel seiner Heimatzeitung 1828-1945, Preetz 1970.

Kapp-Putsch in Preetz auch in Stöltings „Lebensbild einer holsteinischen Stadt“, erschienen im selben Jahr: „Ein politisches Zwischenspiel, der Kapp-Putsch, brachte vorübergehend auch den Landrat des Kreises Plön, Dr. Kiepert, und den Schellhorner Gemeindevorsteher Mohr in den Verdacht der Beteiligung. In der Druckerei der Preetzer Zeitung kam es zu einem Zwischenfall, als während des Generalstreiks dort ein Aufruf der (!) Reichsregierung gesetzt und gedruckt wurde. Ein Unteroffizier mit vier bewaffneten Soldaten versuchte die Veröffentlichung zu verhindern.“[260] Stöltung schreibt einfach beim alten Hansen ab und baut in die Verkürzung, ohne selbst zu recherchieren, gleich noch ein paar Ungenauigkeiten und Fehler ein. Auch die einzige Publikation zu den Ursprüngen der SPD in Kiel, Preetz und im Kreis Plön aus sozialdemokratischer Feder, die unseren Zeitraum berührt, geht nur auf die Ereignisse 1920 in Kiel ein und spart den Putsch in Preetz ganz aus. Auf Peter Pauselius, der nahe an der Preetzer Zeitung arbeitet und seine in den 90er Jahren geführten Interviews heranzieht, ist schon eher Verlass. Zum Kapp-Putsch in Preetz finden sich aber einige kurze Hinweise mit Belegstellen sehr verstreut in seiner Publikation „Preetz unter dem Hakenkreuz“ von 2001. Obwohl sein Arbeitsschwerpunkt der Nationalsozialismus in Preetz war, konnte ich an seine Hinweise und Vorarbeiten anknüpfen.[261] An dieser Stelle will ich exemplarisch zeigen, dass es auch heute noch möglich ist, die Verteidiger von Demokratie von 1920 in Preetz und auch anderswo dem Vergessen zu entreißen, damit es möglich wird, ihrer angemessen zu gedenken. Bei dem Beispielereignis handelt es sich um die Ereignisse auf der Reichswerft in Kiel am 13. März 1920, dem ersten Putschtag, und die Erschießung des Preetzer Werftarbeiters Karl Keidel, den ich eingangs erwähnt habe. Regina Rocca, die 1988 einen Aufsatz über den Kapp-Putsch in Kiel publiziert hat,[262] stützt sich bei der Darstellung der Ereignisse auf der Reichswerft an diesem Tag hauptsächlich auf die Kieler Neuesten Nachrichten: „Es kam zu Schießereien zwischen den Arbeitern auf der Werft und einem Landungskorps, das die Reichswerft wieder `unter die unbedingte Gewalt´ des Stationschefs bringen sollte. Es fielen sechs Mann des Landungskorps; 15 Militärangehörige und ein Arbeiter wurden verletzt.“[263] Wenn man sich den Bericht in den KNN genauer ansieht, liest man dort als Einleitung, dass die Zeitung sich auf einen „für die Presse von dem Kommando der Marinestation der Ostsee herausgegebenen Bericht“ stützte, indem es weiter unten heißt: „ Die Arbeiter, die sich in den Besitz der Werft gesetzt hatten, waren hinter Gebäuden und auf Schiffen gedeckt und haben infolgedessen keine Verluste erlitten, jedenfalls sind von der Truppe keine Verluste beobachtet.“[264] Dann fahren die KNN aber fort: „Nach anderen Ermittlungen hat ein auf der Werft beschäftigter Arbeiter den Tod gefunden.“[265] Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung hatte schon vorher den Kampf auf der Reichswerft so dargestellt: „Der Stationschef, Admiral von Levetzow, der schnell seine heuchlerische Neutralität aufgegeben hatte, ließ die Werft von Wasser- und Landseite angreifen. Dabei sind

260 W. Stölting (Hrsg. Stadt Preetz), Lebensbild einer holsteinischen Stadt, Preetz 1970, S. 75

261 Peter Pauselius, Preetz unter dem Hakenkreuz, Großbarkau 2001.

262 Regina Rocca, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch in Kiel, in: DG III, 1988, S.285-305.

263 Ebenda, S. 289. Quellenangabe: KNN v. 21.3.1920.

264 KNN v. 21.3.1920.

265 Ebenda

angeblich fünf Offiziere und Soldaten gefallen. Die Arbeiter mussten sich zurückziehen. Die Genossen Garbe, Professor Radbruch, Dr. Heller und andere gerieten in Gefangenschaft. Die Verluste auf Seiten der Arbeiter sind nicht bestimmt festgestellt, waren aber nicht erheblich."[266] Gustav Radbruch, der zeitlich und räumlich ganz nah dran war, er wurde auf der Werft kurz nach dem Vorfall verhaftet, schreibt: „Die bewaffneten Arbeiter am Tore der Reichswerft melden, dass die Nordwerft von der Marine besetzt ist. Verluste beiderseits: 4 Marinesoldaten, 2 Arbeiter tot (nach richtigeren Meldungen wohl nur ein verwundeter Arbeiter)."[267] Auf der anderen Seite hatte ich, im Gegensatz zu diesen widersprüchlichen Angaben in den Kieler Zeitungen, in der Preetzer Zeitung unter dem 22. März gelesen: „Leider ist aber bei den Kämpfen auf der Reichswerft in Kiel ein hiesiger Einwohner, der Arbeiter Keitel(sic !), durch einen Kopfschuss getötet worden."[268] Um diese Meldung zu verifizieren, mehr über Karl Keidel zu erfahren und letztlich die verschiedenen eher verharmlosenden Berichte über die Opfer auf Seiten der Arbeiter zu widerlegen, begann ich die Recherche. Diese war auf dem Preetzer Friedhof und in den Unterlagen der Ev. Kirchengemeinde in Preetz zunächst erfolglos, Nachfahren waren in Preetz auch nicht bekannt. Manchmal hilft in Preetz dann aber das Altarchiv des Einwohnermeldeamts; dort fand sich dann auch die alte Meldekarte mit dem Eintrag: „Karl Keidel, Arbeiter, geb. 3. 2. 91 in Cassel […], im März 1920 in Kiel verstorben."[269] Von der Todesart erfährt man nichts. Aber wir finden dort auch die Karte seiner Ehefrau und erfahren, dass sie aus Schönhagen, Kreis Eckernförde, stammte, sich zeitweise in Lübeck aufgehalten hat und aus der Kührenerstraße 46, der gemeinsamen Wohnung der beiden Eheleute, 1924 nach Schönhagen zurückgezogen ist. Ein Zusatzvermerk gibt einen Hinweis, wie es ihr nach dem Tode ihres Mannes ergangen ist: „Witwe, hilfsbedürftig."[270] Der nächste Schritt konnte nur die Einsichtnahme in das Sterbehauptregister im Stadtarchiv Kiel sein. Dort fand sich dann auch ein genauerer Eintrag, allerdings erst unter dem 31. Mai: „Der Polizeipräsident in Kiel zeigte an, dass der Arbeiter Karl Keidel, 29 Jahre alt, katholischer Religion, wohnhaft in Preetz, Kreis Plön, geboren zu Wüstensachsen, Kreis Gersfeld, verheiratet mit Minna Christine, geborene Paar, Sohn der Paulina Keidel […] zu Kiel auf der Reichswerft am dreizehnten März des Jahres tausendneunhundertzwanzig nachmittags verstorben sei. Die genaue Zeit des Todes konnte nicht festgestellt werden."[271] Es hatte offenbar eine Untersuchung des Falls durch die Polizei gegeben, aber vor allem wird bestätigt, dass Karl Keidel während des Gefechtes auf der Reichswerft oder unmittelbar danach zu Tode gekommen ist. Die Meldung, dass es nur einen verwundeten Arbeiter gegeben hatte, ist also falsch, dass die Verluste damit „nicht erheblich" waren, ist Ansichtssache. Über die Todesursache wird leider auch hier nichts gesagt. Ein zweiter toter Arbeiter wird allerdings im Sterberegister, soweit ich feststellen konnte, nicht angezeigt. Konnte es nun sein, dass Karl Keidel gar nicht in Preetz, sondern in Kiel beerdigt worden war? Der Eich-

266 SHVZ v. 20.3.1920.

267 Gustav Radbruch, Der Kapp-Putsch in Kiel, (Kiel 1920), zit. nach: Der Kapp-Putsch in Kiel. Eine Dokumentation zum 60. Jahrestag der Märzereignisse von 1920, hrsg. von D. Dähnhardt u. G. Garnier, Kiel 1980, S. 105 (=MGKSTG Bd. 66).

268 PZ v. 23.3.1920.

269 Vgl. Meldekarte Karl Keidel, aus: Altarchiv des Einwohnermeldeamtes Preetz.

270 Vgl. Meldekarte Minna Keidel, aus: s. o.

271 Standesamt II Kiel 1920, Nr. 216, Stadtarchiv Kiel Nr. SST 2. 49.

hof-Friedhof war deshalb die nächste Station. Laut Friedhofsregister wurde Karl Keidel tatsächlich dort am 24. 3. „ohne Pastor" auf dem Feld XXXXIV, Grab Nr. 24, beerdigt. Der Todestag wird hier allerdings mit dem 18. März 1920 angegeben.[272] Der 18. März war in der Putschwoche der blutigste Tag gewesen, an dem es wahrscheinlich über hundert Tote, die Angaben dazu differieren, auf allen Seiten bei den Straßenkämpfen in Kiel gegeben hatte. Danach musste er auf dem gleichen Friedhofsfeld wie die Opfer dieses blutigen Tages liegen, also auf der heutigen Gedenkstätte für die Opfer der Novemberrevolution und des Kapp-Putsches in Kiel liegen. Der Namenszug auf seinem Grabstein, er ist schon etwas verwittert und teilweise nicht mehr gut zu erkennen, aber es ist klar: Karl Keidels Sarg wurde in dem großen Trauerzug vom 24. 3. mitgeführt.[273] Auch für Karl Keidel hielt Gustav Radbruch die Rede auf der Trauerfeier, in der er sagte: „Die Märzgefallenen von 1920 sollen ihre Ruhe finden neben den Novembergefallenen von 1918. Die Novembergefallenen haben den Grund gelegt, erst die Märzgefallenen haben den Bau begonnen […] Und so standen wir wehrlos überfallen dem Gewaltstreich vom 13. März gegenüber. Jetzt war kein Zweifel mehr erlaubt, dass es gelte, Gewalt gegen Gewalt zu setzen; als die, welche sich heuchlerisch als Schützer der Ordnung ausgaben, den Hochverrat begingen, ruhte unsre und unsre Verfassung allein auf den Schultern unserer bewaffneten Arbeiter. Auf der Werft stand die allein rechtmäßige Armee der deutschen Republik, und die, wenn auch vergebliche Besetzung und Verteidigung der Werft bleibt ein Ruhmesblatt der Kieler Arbeiterschaft, ein Ruhmesblatt besonders derer unter unseren Märzgefallenen, die dabei waren."[274]

An Karl Keidel, genauso wenig wie an Christian Steen und die anderen Verteidiger der Demokratie im März 1920, erinnert in Preetz nichts, auch wenn in der Innenstadt jedes historisch wertvolle Haus eine Plakette zur Stadtgeschichte trägt. Dafür wird Otto Jaspersen gleich mehrfach geehrt. Nicht gerade im Zentrum der Stadt, aber auf dem ehemaligen Gelände seiner Heilanstalt, auf dem die Wankendorfer Baugenossenschaft eine große Wohnsiedlung als „Wohnpark Mühlenberg" errichtet hat. 1987 wurde im Zentrum ein großer Gedenkstein zu seinen Ehren errichtet, auf dem natürlich nur seine langjährige Tätigkeit als Leiter seiner Heilanstalt vermerkt ist.[275] Die Gedenkrede hielt Prof. Dr. Döhner, der ehemalige Chef des Landeskrankenhauses Schleswig. Nach der Schilderung der Anfänge der Heilanstalt und der modernen Behandlungsmethoden, die Jaspersen eingeführt habe, fasste er die Zeit nach dem 1. Weltkrieg so zusammen: „Auf eineinhalb Jahre des Aufschwungs kamen nach 1914 schwere Jahre: Der erste Weltkrieg, die Revolution von 1918, die Inflation 1923, die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932, 1926 starb Dr. Jaspersen."[276] Nachdem er ausführlich auf das Konzept der Nervenheilanstalt und die Familiengeschichte eingegangen war, fasste er zusammen: „So kann man mit Recht sagen, dass das Vermächtnis des Gründers dieses Sanatoriums ´Schellhorner Berg´ heute mächtig weiterlebt."[277] Wir erfahren dann noch, dass der Stein auf

272 Angaben aus Eichhof-Register Nr. 6, 1918-1923, S. 449.
273 Siehe auch den Nachruf des Kieler Gewerkschaftskartells, in dem sein Name aufgeführt wird. Vgl. SHVZ v. 23.3.1920 u. Republik v. 23.3.1920.
274 SHVZ v. 25.3.1920.
275 Vgl. Text auf dem Stein Ecke Mühlenberg/Jaspersengang.
276 W. Döhner, Ein Gedenkstein für Dr. Otto Jaspersen, S. 1, SAP 1395.
277 Ebenda.

Initiative und auf Kosten seiner Schwiegertochter und Witwe seines Sohnes Wolfgang „in Abstimmung mit der Wankendorfer Baugenossenschaft und der Stadt Preetz“ errichtet worden ist.[278] Die Kieler Nachrichten berichteten über das Ereignis unter der Überschrift: „Die Stadt Preetz vergisst ihre Söhne nicht“. Wieder standen Otto Jaspersen und seine Heilanstalt im Zentrum des Artikels und Ingo Bubert bedauerte, laut KN, „Preetz habe mit seinen großen Söhnen wie Suadicani und Jaspersen, beide in ihrer Zeit wegweisende Fachärzte der Psychiatrie, […] ohnehin nicht viel im Sinn.“[279] In Bezug auf den Gedenkstein wünschte Professor Döhner sich: „Möge er für ewige Zeiten das Andenken an den Sanitätsrat Dr. Otto Jaspersen […] wach halten und die Nachwelt daran erinnern, dass hier Menschen geholfen worden ist, wieder gesund zu werden und neue Lebenskraft zurückzugewinnen“[280] Diese einseitige Ehrung war dann einigen alten sozialdemokratischen Familien denn doch zu viel. Die Tochter von August Röhling, Stadtverordneter zur Zeit des Jaspersen-Putsches in Preetz, stellte in einem Leserbrief richtig: „Oh nein, vergessen werden wir alten Sozialdemokraten einen Dr. Otto Jaspersen nicht und das, was er uns nach dem 1. Weltkrieg anzutun versuchte. Jaspersen, der sich bemüßigt gefühlt hatte, gegen die Sozialdemokraten von damals einzuschreiten. Das ist es ihm aber nur deshalb nicht geglückt, weil die damaligen Größen der SPD wie Heinrich Peters, Carl Brodhagen oder August Nothdurft sich tagelang versteckt hielten. Dr. Otto Jaspersen war der größte Hasser der Arbeiterschaft, den ich je in meinem Leben kennengelernt habe. Oh nein, diesen Preetzer Sohn werden ich und die anderen Sozialdemokraten bestimmt nicht vergessen. Es ist ein Skandal und ein Schlag ins Gesicht der Sozialdemokraten, diesen Mann zu ehren.“[281] . Damit aber nicht genug der Ehrung. Als 1997 im Zuge der Bauarbeiten auf dem ehemaligen Anstaltsgelände Reste des Fundaments der ehemaligen „Villa Lindenhaus“ freigelegt wurden, wurde daran, offensichtlich wieder auf Initiative Elisabeth Jaspersens, zusammen mit dem technischen Leiter der Wankendorfer Baugenossenschaft, Hans Stoltenberg, eine Messingtafel zur Erinnerung an das alte Gebäude und den Jasperschen Park angebracht. Hans Stoltenberg betonte in seiner Ansprache: „Diese Entwicklung vom Jasperschen Park zum Wohnpark Mühlenberg stelle durchaus ein Stück Preetzer Geschichte dar. Und das Stück solle mit dem Erhalt des Mauerwerkes aus dem Jahre 1895 dokumentiert werden.“[282] Damit aber der Erinnerung an Otto Jaspersen nicht genug. In einer Sitzungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung von Preetz am 7. 3. 2000 lesen wir: „Beschlussvorschlag: Der Verbindungsweg vom Mühlenberg zum Rehwinkel wird Dr. – Jaspersen – Gang genannt.“ Und gleich danach unter „Sachverhalt“ werden wir aufgeklärt: „Frau Elisabeth Jaspersen regt an, dass im Bereich des Mühlenberggebietes eine Straße oder Weg in Würdigung seiner Verdienste nach Sanitätsrat Dr. Otto Jaspersen benannt wird.“[283] Als Begründung für die Benennung dieses Gangs nach Jaspersen wird dann nach Angaben über die Gründung der Heilanstalt und den angegliederten landwirtschaftli-

278 Vgl. ebenda. Der Gedenkstein war schon auf einer Veranstaltung über die Heilanstalt Schellhorn am 2. 2. 1986 im Rahmen der Reihe „Kennen Sie Preetz?“ von der Familie Jaspersen angeboten worden.

279 KN v. 18.5.1987.

280 Ebenda.

281 Kontakt-Bürgerzeitung für Preetz (Hrsg. SPD-Ortsverein) Juni 1987, S.8.

282 KN v. 25.10.1997.

283 Sitzungsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung am 7. 3. 2000 zu TOP 18, SAP Nr. 1133.

chen Betrieb kurioserweise angeführt: „Im Parkgelände wurde neben der Haltung von einigen Stück Damwild sowie weitestgehender Schonung freien Wildes, insbesondere die Vogelwelt durch Anbringung zahlreicher Nistkästen, Unterhaltung von Futterplätzen und geeignete Anpflanzungen planmäßig geschützt. Es bietet sich an, den Weg, der am Gedenkstein Dr. Jaspersens vorbei zum Rehwinkel führt, entsprechend zu benennen. Eine Benennung eigener Wegeparzellen ist in einer Ortslage sehr sinnvoll und bietet Gelegenheit auf örtliche Besonderheiten, historische Begebenheiten, verdiente Bürger, ehemalige Eigentümer unter anderem mehr, hinzuweisen. einer örtlichen Beschreibung (so zum Beispiel im Straßenverzeichnis zur Straßenreinigungssatzung) bedarf es dann nicht mehr.“[284] Wie praktisch für die Stadt! Sollte hier nun der „ehemalige Eigentümer“, der „verdiente Bürger“ oder sogar der Naturschützer Jaspersen geehrt werden? In der Fortsetzung der Stadtverordnetenversammlung vom 7. 3., am 14. 3. 2000, man hätte also noch etwas Zeit gehabt über die Namensgebung nachzudenken, äußert lediglich der FWG-Vertreter Breitenfeld „erhebliche Bedenken, da seines Erachtens der Betroffene vor 80 Jahren an einem politischen Putschversuch aktiv und maßgeblich teilgenommen haben (sic!) und in seinem Verhalten rechtsradikale Tendenzen zu erkennen gewesen sein sollen.“[285] Bürgermeister Schneider antwortete auf die Bedenken von Breitenfeld, „dass diese Schilderung nicht bekannt sei, aber unabhängig von der politischen Gesinnung sollten das Wirken und die Verdienste gewürdigt werden. Er habe keine Bedenken gegen die vorgeschlagene Namensgebung.“[286] Stadtvertreter Breitenfeld schlug dann vor, „in Würdigung der Verdienste der Familie Jaspersen“, den Weg mit dem Namen „Jaspersen-Gang“ zu benennen.[287] An welche Verdienste von Familienmitgliedern er dabei gedacht hat, bleibt unklar. So erging im Anschluss an die kurze Aussprache, die ganze Sitzung dauerte einschließlich zweier anderer Tagesordnungspunkte nur eine halbe Stunde, der Beschluss, den Weg auf dem Mühlenberg „Jaspersen-Gang“ zu nennen.[288] Auf die Anbringung eines Nebenschild mit Erläuterungen war man wohl nicht gekommen. Es hätte die Erinnerung ja auch etwas getrübt. Der Beschluss erging mit 23:0:3 Stimmen, also auch denen der überwiegenden Zahl der SPD-Fraktionsmitglieder. In der KN vom 16. 3. ließ die Stadtverwaltung dann verlauten, dass sie prüfen lasse, ob Jaspersen „möglicherweise Anfang des vergangenen Jahrhunderts mit Putschisten sympathisiert“ habe.[289] Von einer solchen Prüfung ist nichts mehr bekannt geworden. Bürgermeister Schneider ließ es sich jedenfalls nicht nehmen, das Wegeschild zwei Monate später eigenhändig in Anwesenheit der Initiatorin der Namensgebung zu enthüllen. In der Überschrift des entsprechenden KN-Artikels hieß es jetzt wieder: „Lebenswerk es Sanitätsrates gewürdigt“, und Schneider betonte in seiner Rede, dass „der Weg an das medizinische Wirken des Dr. Otto Jaspersen erinnern“[290] soll. Im Anzeigenblatt „Schaufenster“ wird dann aber doch auf die Rolle Jaspersens im Kapp-Putsch in Preetz hingewiesen: „Der als deutsch-national geltende Sanitätsrat tat sich im März 1920

284 Ebenda.
285 Niederschrift über die Fortsetzung der 13. öffentlichen Sitzung der Stadtvertretung am Dienstag, dem 14. 3. 2000, um 19.00 Uhr, SAP Nr. 1133.
286 Ebenda.
287 Vgl. ebenda.
288 Vgl. ebenda.
289 Vgl. KN v. 16.3.2000.
290 KN v. 18.5.2000.

beim reichsweiten 'Kapp-Putsch' in Preetz als Rädelsführer hervor. Eskortiert von Soldaten übernahm er als Vertrauensmann der neuen Regierung die Macht im Rathaus und führte wieder die Zensur für die örtliche Presse ein."[291] So unbekannt war Jaspersens Rolle während des Putsches in Preetz also auch nicht, wie ja auch schon die Reaktion auf die Errichtung des Gedenksteins 1987 gezeigt hatte. Beim sozialdemokratischen Teil der Preetzer Bevölkerung gehörten die negativen Erfahrungen mit Otto Jaspersen zur Familiengeschichte. In dem Artikel des „Schaufenster" wurde dann noch einmal die Auffassung der damals noch lebenden Zeitzeugin Olga Brede wiedergegeben: „'Ich kann mich noch an das Durcheinander auf dem Marktplatz erinnern', erzählt Olga Brede […]. Die 88-jährige Preetzerin hat keine guten Erinnerungen an Jaspersen, der sich auch immer wieder bemüßigt gefühlt habe, gegen damalige Sozialdemokraten einzuschreiten. Da es bereits einen Gedenkstein für Dr. Otto Jaspersen auf dem Mühlenberg gebe, hätte man dieses Thema nicht wieder aufgreifen sollen, meint die alte Dame." Und der Autor des Artikels fügte hinzu: „Recht hat sie, gibt es doch viele frühere Bürger und Politiker aus Preetz, die Wichtiges geleistet haben und dennoch (sic!) fest auf dem Boden der Demokratie standen."[292] Bleibt nur noch hinzuzufügen, dass die Kämpfer für Demokratie und der damals noch jungen Weimarer Verfassung im März 1920 in Preetz zu diesen Bürgern ganz sicher dazugehören. Bis heute konnte sich die Stadt Preetz, wie gesagt, allerdings nicht dazu durchringen, ihrer an einem angemessenen Ort in der Stadt zu gedenken. Das gilt übrigens für die Träger der Revolution im November 1918 wie die Mitglieder des Arbeiterrates, die zum Teil langjährige Stadtvertreter oder sogar Magistratsmitglieder wurden[293], gleichermaßen. Dafür hat Preetz aber bis heute noch einen „Hindenburg-Park".

291 Schaufenster v. 18.5.2000.
292 Ebenda.
293 Vgl.: R. Gehrke, Der Preetzer Arbeiterrat 1918/19. Revolutionäre Politik zwischen Sozialdemokratie und Kommune, in: DG Nr. 28, 2018, S. 107-164.